

# vbb magazin

1/2

Januar/Februar 2022 • 61. Jahrgang



Zeitschrift des Verbandes  
der Beamten und Beschäftigten  
der Bundeswehr



## Farbwechsel

Seite 6 <

Von der Vorstellung  
direkt ins medias res  
– auf Antrittsbesuch  
bei Sts'in Dr. Sudhof

Seite 9 <

BwFuhrparkservice  
GmbH – Beistellung  
der Zivilkraftfahrer  
nicht verlängert

8 Tage / 7 Nächte  
Inkl. Nutzung  
Wellnessbereich  
ab € **189,-** p.P.

## Neueröffnung an der polnischen Ostsee

Modernes 4-Sterne Hotel • Badeort Kolberg • Grünes Parkviertel

Das moderne 4-Sterne Hotel Radisson Kolberg wurde im Juli 2021 eröffnet und bietet den neuesten sowie modernsten Standard. Das Resort liegt im grünen Parkviertel des Ostsee-Städtchens Kolberg und der helle, feinsandige Ostsee-Strand befindet sich nur wenige Gehminuten vom Hotel entfernt. Zur bekannten Seebrücke und zum kleinen Hafen sind es ca. 3km am Strand entlang.

**Ihre Unterbringung:** Das Hotel bietet ein Restaurant sowie ein hoteleigenes Café. Auf der Dachterrasse befindet sich die Rooftop-Bar und der Infinity-Pool (witterungsabhängig) mit herrlichem Blick in Richtung Ostsee. Der Aquapark bietet einen Außen- und Innenpool, vier Rutschen, drei Whirlpools, ein Kinderbecken, mehrere Saunen, ein Dampfbad und eine große Sonnenterrasse.

**Ihre Zimmer:** Die modernen Zimmer (ca. 23 m<sup>2</sup>) sind mit Minibar, TV, Klimaanlage, Safe, Dusche, WC, Föhn sowie Leihbademantel ausgestattet und bieten einen Balkon oder Terrasse mit Blick ins Grüne. Die Superior-Zimmer liegen in den oberen Etagen des Hotels.

### IHRE REISETERMINE UND SONDERPREISE 2022 (p.P. in €)

Saison (tägliche Anreise)	Doppelzimmer Standard	Doppelzimmer Superior	DZ Superior zur Alleinnutzung
07.02.- 31.03.2022	239,-	249,-	449,-
01.04.- 15.04.2022	269,-	279,-	499,-
16.04.- 23.06.° / 04.09.- 05.11.2022	349,-	359,-	649,-
24.06.- 07.07. / 21.08.- 03.09.2022	459,-	469,-	859,-
08.07.- 20.08.2022	589,-	599,-	1.099,-
06.11.- 22.12.2022	189,-	199,-	369,-

Zuschläge: Halbpension + 154,- / Vollpension + 210,-

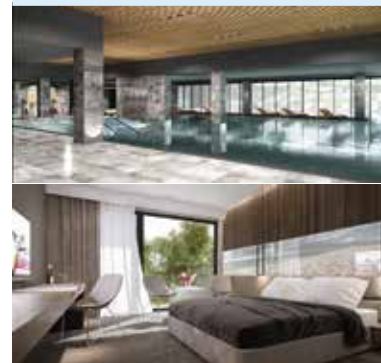
°Die Buchung der Halbpension am 17.04.2022 ist verpflichtend. // Weitere Termine auf Anfrage und in unserem Online-Shop.

**Bequeme An- & Abreise:** Eigene An- & Abreise, PKW-Parkplatz nach Verfügbarkeit am Hotel.

### Ihr exklusives Leistungspaket zum Sonderpreis:

- ✓ Kostenfreie Stornierung bis 60 Tage vor Anreise\*
- ✓ Inkl. 7 Nächte in der geb. Kategorie
- ✓ Inkl. Frühstück
- ✓ Inkl. Nutzung des Aquaparks mit Wellnessbereich (1 Stunde täglich)
- ✓ Inkl. Nutzung des Infinity Pools (witterungsabhängig) auf der Dachterrasse
- ✓ Inkl. Leihbademantel

Reisecode: **DBB0122-RADKOL**



10 Tage / 9 Nächte  
Inkl. € 70,-  
Ausflugsguthaben  
ab € **1.399,-** p.P.

## Impressionen von Main, Rhein und Mosel

Deutschsprachiges Superior-Schiff • Winzerorte • Inkl. € 70,- Ausflugsguthaben p.P.

Reisen Sie mit der neuen MS ASARA ab/bis Frankfurt vorbei an einer der schönsten Landschaften der Mosel bis zur Kaiserstadt Trier. Auf einem Zwischenstopp in Cochem bietet sich die Möglichkeit zur Weinprobe. In Trier erwartet Sie die Porta Nigra, das berühmteste Bauwerk und Wahrzeichen der Stadt. Erfahren Sie in Bernkastel-Kues mehr über den Bernkasteler Doctor Wein. Im als Weltkulturerbe geschützten romantischen Rheintal kreuzen Sie vorbei an steilen Weinbergen, romantischen Winzerdörfern, trutzigen Burgen und dem berühmten Loreley-Felsen.

**Ihre Route:** Frankfurt am Main – Wiesbaden – Cochem – Traben-Trarbach – Schweich – Trier – Bernkastel-Kues – Winningen – Koblenz – St. Goarshausen – Rudesheim – Mainz – Wiesbaden – Frankfurt

**Ihr deutschsprachiges Superior-Schiff:** Stilvolle Einrichtung • Überschaubares und großzügiges gestaltetes Schiff • Deutsche Reiseleitung • Vollpension an Bord • Komfortable Kabinen mit TV, Klimaanlage, DU/WC, Föhn, Safe • Viele Kabinen mit französischem Balkon

### IHRE REISETERMINE 2022

29.04.- 08.05. / 24.06.- 03.07. / 17.07.- 26.07. / 26.07.- 04.08. / 04.08.- 13.08. / 05.09.- 14.09. / 14.09.- 23.09.2022

### IHRE SONDERPREISE (p.P. in €)

Kat.	Kabine (Deck)	Ihr Preis
B	2-Bett Außen (Neptun, achtern)	1.399,-
C	2-Bett Außen (Neptun)	1.499,-
D	2-Bett Außen frz. Balkon (Saturn)	1.799,-
E	2-Bett Außen frz. Balkon (Orion) – SILBER	1.899,-
G	2-Bett Außen zur Alleinnutzung (Neptun)	2.299,-

Weitere Kabinenkategorien auf Anfrage und in unserem Online-Shop.

**Bequeme An- & Abreise:** Die An- & Abreise mit der Deutschen Bahn ist zu tagesaktuellen Preisen buchbar. Bitte beachten Sie, dass die Transfers Bahnhof-Hafen-Bahnhof nicht inklusive sind.

### Ihr exklusives Leistungspaket zum Sonderpreis:

- ✓ Inkl. Ausflugsguthaben in Höhe von € 70,- pro Person
- ✓ Inkl. Vollpension an Bord (Frühstück, mehrgängiges Mittag- und Abendessen, Nachmittagskaffee/Tee, Mitternachtsnack)
- ✓ Inkl. Kapitänsempfang und Captain's Dinner
- ✓ Inkl. Willkommenscocktail
- ✓ Inkl. deutschsprachiger Reiseleitung an Bord
- ✓ Inkl. Bordveranstaltungen
- ✓ **Zusätzlich bei SILBER-Kabinen:** 1 Flasche Sekt, Begrüßungsüberschuss und Pralinen.

Reisecode: **DBB0122-ASAMOS**

**★ Unser besonderer Tipp:** Begleiten Sie an vielen Terminen von März bis November 2022 die MS ASARA auf ihrer Schnupperreise nach Straßburg. Nähere Informationen zu dieser Reise finden Sie mit dem Reisecode DBB0122-ASASTRAS online unter: [www.riv-touristik.de](http://www.riv-touristik.de)

**SORGLOS BUCHEN UND REISEN!** ► Es erwarten Sie höchste Sicherheits- & Hygienestandards im Hotel und an Bord des Schiffes.

► Sollte die Reise pandemiebedingt abgesagt werden, erhalten Sie Ihr Geld zurück oder wir bieten Ihnen eine kostenfreie Umbuchung auf einen anderen Termin an.

**Jetzt anrufen ...und gleich Vorzugsangebot sichern!**

Persönliche Beratung & Buchung: **06128 / 740 81 60**  
MO-SO: 8.00 - 22.00 Uhr

Online buchen: **Bitte geben Sie Ihren jeweiligen Reisecode an:**

[www.riv-touristik.de/DBB0122](http://www.riv-touristik.de/DBB0122)

Viele weitere Sonderangebote: [www.riv-touristik.de](http://www.riv-touristik.de)



### Unser Fluss- & Seereisen Frühbucker-Katalog 2022!

Bestellen Sie auch unseren kostenlosen Fluss- & Seereisen-Katalog 2022 mit vielen weiteren Angeboten.

**RIV TOURISTIK** seit 1984

Ihr Reisespezialist seit 35 Jahren.

Veranstalter: RIV Touristik GmbH  
Georg-Ohm-Str. 17, 65232 Taunusstein

**Wichtige Hinweise:** Radisson Hotel Kolberg: \*Sie haben nun die Möglichkeit, die Reise bis 60 Tage vor Reiseantritt kostenfrei, abweichend von unseren AGB, zu stornieren. Die Kurtaxe ist vor Ort an das Hotel zu zahlen. Bei Saisonüberschneidungen entsteht ein Mischpreis. Es kann nicht garantiert werden, dass die örtlichen Mitarbeiter in den Hotels Deutsch sprechen. // Flussreise mit MS ASARA: Für diese Reise ist zum Reiseantritt ein vollständiger Impfschutz notwendig (Vollständig geimpft: ab 15 Tage nach der letzten notwendigen Impfung). Der Status „genesen“ ist nicht ausreichend. // Reisedokumente: Deutsche Staatsbürger benötigen einen gültigen Personalausweis oder Reisepass. Staatsbürger anderer Nationen informieren wir gerne vor der Buchung über ihre Einreisebestimmungen - bitte geben Sie uns Ihre Nationalität vor der Buchung an. // Diese Reise ist grundsätzlich nicht für Personen mit eingeschränkter Mobilität geeignet. Personen mit eingeschränkter Mobilität beraten wir vor der Buchung der Reise. Änderungen vorbehalten. Es gilt die Reisebestätigung, die Sie nach Buchung erhalten und die AGB der RIV Touristik GmbH (auf Wunsch Zusendung der AGB vor Buchungabschluss). Mit Aushändigung des Sicherungsscheines ist eine Anzahlung in Höhe von 20% des Reisepreises fällig. Restzahlung 30 Tage vor Reiseantritt. // Datenschutzinformationen: Wir sind daran interessiert, die vertrauensvolle Kundenbeziehung mit Ihnen zu pflegen und Ihnen Informationen und Angebote zukommen zu lassen. Deshalb verarbeiten wir auf Grundlage von Artikel 6 (1) (f) der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (auch mit Hilfe von Dienstleistern) Ihre Daten, um Ihnen Informationen und Angebote von uns zuzusenden. Wenn Sie dies nicht wünschen, können Sie jederzeit bei uns der Verwendung Ihrer Daten für Werbezwecke widersprechen (Telefon: 06128 / 740810, E-Mail: [werbung@riv-touristik.de](mailto:werbung@riv-touristik.de)). Weitere Informationen zum Datenschutz erhalten Sie unter [www.riv-touristik.de/Datenschutz](http://www.riv-touristik.de/Datenschutz). Unseren Datenschutzbeauftragten erreichen Sie ebenfalls unter unserer Anschrift. // Verfügbarkeit, Druck- und Satzfehler vorbehalten.



© Windmüller

Liebe Kolleginnen,  
Liebe Kollegen,

die Bundestagswahl hat zu einem politischen Farbwechsel geführt. Die ersten Schritte der Gründung einer Koalition und der Verankerung der gemeinsamen Ziele in einem Koalitionsvertrag wurden zügig vollzogen.

Die aktuelle politische Entwicklung der Bedrohung der Ukraine durch Russland trifft eine Bundesregierung, die sich innerhalb der ersten 100 Tage befindet; die Zusammenarbeitsbeziehungen müssen noch etabliert werden. Der erste realpolitische Stresstest – mindestens für das Verteidigungs- und Außenressort – ist eingetreten.

In den politischen Gremien finden sich einige bekannte, aber auch viele neue Gesichter. Die Leitung des Verteidigungsausschusses liegt in den Händen einer erfahrenen Parlamentarierin, Frau Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, FDP. Aber auch frisch gewählte MdBs wie zum Beispiel Dr. Kristian

*Klinck* starten nicht bei „null“, sondern bringen Know-how und Erfahrungen in den Verteidigungsausschuss mit ein.

Welches sind nun die Themen, die anstehen? Zum einen sind es die Festlegungen im Koalitionsvertrag, auch wenn er offiziell keinen verbindlichen Charakter hat. Aber ganz gewiss werden die Ministerinnen und Minister auch eigene Schwerpunkte setzen, die sie im Laufe der Einarbeitung erkennen. Für das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) rechnet der VBB mit organisatorischen Veränderungen. Es scheint auch erkennbar, dass die Besuche von Bundesministerin Christine *Lambrecht* in der Fläche der Sondierung von Änderungsbedarf dienen. Wir machen keinen Hehl daraus, dass wir auf eine gründliche Analyse bauen, auch wenn wir wissen, dass die Zeit eilt und die Bündnispartner der Bundesrepublik, die EU und die NATO, Entscheidungsfreude erwarten. Nach den ersten Äußerungen unserer Bundesministerin zu der Beschaffung der amerikanischen F 35 ist erkennbar, dass die neue IBuK mit Tatkraft und Gestaltungswillen unterwegs ist.

Wir haben unsere jederzeitige Gesprächsbereitschaft bereits der Leitung signalisiert und daran erinnert, dass sich die Bundeswehr aus den Streitkräften und der zivilen Wehrverwaltung mit sich ergänzenden Kernaufgaben zusammensetzt.

An der dbb Jahrestagung, die am 10. Januar erneut in digitaler Form stattfand und die alljährlich den gewerkschaftlichen Startschuss für die politische Arbeit symbolisiert, nahmen Bundesinnenministerin Nancy *Faeser* und Bundesfinanzminister Christian *Lindner* teil.

Die Antworten auf die von dem Vorsitzenden des dbb, Ulrich *Silberbach*, erhobene Forderung zur Reduzierung der Wochenarbeitszeit der Bundesbeamten und -beamtinnen in Höhe von 41 Stunden enthielten

- > Großer Zapfenstreich in Berlin zur Verabschiedung von Annegret Kramp-Karrenbauer 5
- > Der Wechsel – ein erstes Resümee 5
- > Von der Vorstellung direkt in medias res – auf Antrittsbesuch bei Sts'in Dr. Sudhof 6
- > Sitzungswoche – VBB führt erste Gespräche mit MdBs 8
- > VBB und VSB gemeinsam für die Bundeswehr! 8
- > BwFuhrparkservice GmbH – Beistellung der Zivilkraftfahrer nicht verlängert 9
- > Sturz im Homeoffice kann Arbeitsunfall sein 10
- > Nachruf für unseren Ehrenbereichsvorsitzenden Edgar Höfling 11
- > Mitglied des Bundesvorstands bekam für sein Engagement die Ehrennadel des Landes Rheinland-Pfalz verliehen 11
- > In eigener Sache VBB-Bundesgeschäftsstelle erhält weitere Verstärkung 12
- > Bundesschwerbehindertenvertretung 12
- > Wissenswertes für Senioren 14
- > VBB-Jugend 15
- > HPR 16
- > Aus unseren Bereichen und Landesverbänden 16

- > dbb Jahrestagung 2022 Politischer Auftakt: Einfach machen – Investition und Innovation für unser Land 24
- > Reguläre und irreguläre Migration: Wie gut sind Deutschland und Europa vorbereitet? 28
- > Deutschland nach der Wahl: Kommt jetzt die Verwaltungsdigitalisierung? 31
- > Politik und moderner Staat: Bürgernah, leistungsstark, klimaneutral? 33
- > Nachgefragt bei den europapolitischen Sprechern der Bundestagsfraktionen 38
- > frauen Politikwissenschaftlerin Emilia Roig über intersektionale Gerechtigkeit: Keine Gesellschaft ohne Ungleichheiten 40
- > interview Nancy Faeser, Bundesministerin des Innern und für Heimat 46

**Herausgeber:** Bundesgeschäftsstelle des VBB, Baumschulallee 18 a, 53115 Bonn. **Telefon:** 0228.38927-0. **Telefax:** 030.31174149. **Redaktion:** Bundesgeschäftsstelle des VBB. **Internet:** www.vbb-bund.de. **E-Mail:** mail@vbb-bund.de. **Herausgeber der dbb seiten:** Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion – Bund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors – Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5598. **Internet:** www.dbb.de. **E-Mail:** magazin@dbb.de. **Leitende Redakteurin:** Christine Bonath (cri). **Redaktion:** Jan Brenner (br). **Bezugsbedingungen:** Die Zeitschrift erscheint 10-mal im Jahr und ist für VBB-Mitglieder im Beitrag eingeschlossen. Nichtmitglieder bestellen in Textform beim DBB Verlag, Inlandsbezugspreis: Jahresabonnement 35,20 € zzgl. 7,50 € Versandkosten, inkl. MwSt.; Mindestlaufzeit 1 Jahr. Einzelheft 4,00 € zzgl. 1,50 € Versandkosten, inkl. MwSt. Abonnementkündigungen müssen bis zum 1. Dezember in Textform beim DBB Verlag eingegangen sein, ansonsten verlängert sich der Bezug um ein weiteres Kalenderjahr. **Verlag:** DBB Verlag GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Versandort:** Geldern. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **Layout:** FDS, Geldern. **Anzeigen:** DBB Verlag GmbH, Mediacyber, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacyber@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannan. **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Andrea Franzen. **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigen disposition:** Britta Urbanski. **Telefon:** 02102.74023-712. **Preisliste 63** (dbb magazin) und **Preisliste 47** (vbb magazin), gültig ab 1.1.2022. **Druckauflage:** dbb magazin: 554.157 (IVW 4/2021). **Anzeigenschluss:** 6 Wochen vor Erscheinen. Gedruckt auf Papier aus elementar-chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

ISSN 0521-7814

erwartungsgemäß den Hinweis auf die Kassenlage.

Nicht nachzuvollziehen war jedoch die Verknüpfung der Bundesinnenministerin mit der vom dbb genannten Zahl der unbesetzten Dienstposten im öffentlichen Dienst. Nach unseren Recherchen ist nicht nur der diskutierte Umfang von circa 330.000 sehr hoch gegriffen, vielmehr existiert die Personallücke vor allem bei den Bundesländern. In der weit überwiegenden Zahl der Bundesländer existiert jedoch bereits eine Wochenarbeitszeit von 40 Stunden. Hier werden wir nachhaken. Denn der Bund mit seiner guten Personalpolitik darf nicht abgestraft werden für Personallücken in den Bundesländern.

Positiv war allerdings die Anmerkung von Bundesinnenministerin Faeser, dass angesparte Zeitguthaben möglicherweise zu einem früheren Eintritt in den Ruhestand führen können. Dies wäre eine Abkehr der bisherigen Linie des BMI und würde auch den Tarifbeschäftigten im Rahmen der Langzeitkonten zugutekommen. Wir bauen hier auf die Durchsetzungskraft der Ministerin.

Aber noch einmal zurück zum Anfang des Editorials – die Themen des Koalitionsvertrages:

Wir weisen auszugsweise auf einige inhaltliche Aspekte des Koalitionsvertrages hin, die auch für die Zivilbeschäftigten der Bundeswehr interessant sein dürften. Für Vielleser fügen wir den Link<sup>1</sup> der Vollversion bei.

Positiv ist: Die Koalition gibt bereits auf den ersten Seiten des Koalitionsvertrages ein klares Bekenntnis zum öffentlichen Dienst (Seite 9) ab:

„Die Modernisierung des Staates gelingt nur mit einem starken öffentlichen Dienst.“

Der Verband der Beamten und Beschäftigten der Bundeswehr (VBB) begrüßt die Erwartung, dass „die Leitung der Ministerien

und die Führungskräfte im öffentlichen Dienst eine moderne Führungs- und Verwaltungskultur vorantreiben und für digitale Lösungen sorgen.“

Ebenfalls positiv finden wir, dass „Eigeninitiative und Mut der Beschäftigten wertgeschätzt und belohnt werden müssen“; auch wenn es offensichtlich nötig ist, dies besonders zu erwähnen.

Hinsichtlich der erwünschten Rotation zwischen verschiedenen Behörden, auch zwischen Bund und Ländern, wird allerdings angesichts der heterogenen Gehaltsstrukturen im Bund und den Bundesländern und der sonstigen Besonderheiten ein intelligentes Anreizsystem erforderlich werden.

Größere Flexibilität wird sowohl beim Berufseinstieg – „Berücksichtigung praktischer Berufserfahrungen“ – und beim Berufsende – „Stärkung des Instruments des Altersgeldes“ – angestrebt. Diese Ziele müssen das Personalmanagement des BMVg aufhorchen lassen, denn eine Fortführung der restriktiven Praxis am Berufsende wird dann nicht mehr möglich sein. Der Fokus muss in einem noch viel stärkeren Maß in einer modernen, schnellen und agilen Personalgewinnung liegen. Nicht auszuschließen ist es, dass eine zentrale Steuerung diesen Anforderungen nicht mehr genügt und regional beziehungsweise dezentral besser auf die Adressaten und Adressatinnen eingegangen werden kann. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, dass die Durchlässigkeit von beruflicher und akademischer Bildung verbessert werden soll (Seite 28). Es ist zu erwarten und wäre auch begrüßenswert, wenn die Entgeltordnung für die Tarifbeschäftigten hier einer Neubewertung unterworfen würde.

Im allgemeinen Teil (Seite 12 ff.) wird weiterhin eine Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung angestrebt. Dies soll aus-

drücklich auch für die Planung von Infrastrukturprojekten gelten. Hierzu korrespondiert die Forderung auf Seite 148, wonach explizit die Modernisierung der Infrastruktur im Verteidigungsbereich beschleunigt werden soll. Auch soll die BlmA eine Kompetenzerweiterung erfahren (Seite 89). Diese Forderungen hat die Abteilung IUD im BMVg sicherlich schon einer Bewertung unterzogen und möglicherweise bereits eine Strategie entwickelt. Wir werden dies sehr genau beobachten, führt doch schon die Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern zu manch einer Verzögerung, auf die wir gerne verzichten würden.

Im Rahmen der IT-Konsolidierung sollen klare Verantwortlichkeiten geschaffen und die IT-Budgets des Bundes zentral zusammengeführt werden (Seite 15). Hier sind wir gespannt, welche Position das BMVg nicht nur hinsichtlich der grünen IT einnehmen wird.

Der VBB begrüßt ausdrücklich den Ansatz (Seite 148), aus dem Auftrag und den Aufgaben der Bundeswehr das Fähigkeitsprofil und daraus die materiellen und personellen Bedarfe der Bundeswehr abzuleiten. Dieses hatte der VBB bereits nachdrücklich gefordert und darauf hingewiesen, dass ein effizienter und effektiver Einsatz der Ressourcen zur Erhöhung der Einsatzbereitschaft unerlässlich ist. Dazu gehört auch, dass Soldatinnen und Soldaten ihre Kernaufgaben definieren und priorisieren. Die Zivilbeschäftigten der Bundeswehr müssen ihr fachliches Know-how in der Wahrnehmung ziviler Aufgaben einbringen. Das schließt auch die Spitzenpositionen im BMVg ein, damit Fachaufsicht kompetent ausgeübt werden kann.

Es ist bekannt, dass die finanziellen Ressourcen schon jetzt nicht für die geforderten, geplanten und beschlossenen Beschaffungen ausreichen. Aus diesem Grunde empfiehlt der VBB nachdrücklich, den Planungsprozess

der Bundeswehr kritisch zu hinterfragen. Ist die Planungsabteilung mit dem großen Planungsamt richtig aufgestellt? Der Truppe nützen keine Beschaffungsvorhaben, wenn eigentlich klar ist, dass der Scheck nicht eingelöst wird und das Gerät nicht oder nicht in dem erforderlichen Umfang kommt. Wenig Verständnis haben wir, wenn die Planungsabteilung, die den Bedarf der Streitkräfte definieren soll, dieses „erfolgreiche“ System auch auf die gesamte Bundeswehr ausweiten will. Hier ist Inhalt geboten. Wir verlassen uns auf eine gründliche Analyse!

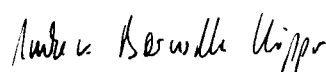
Die Bundeswehr muss demografiefest und langfristig auch mit Blick auf die Altersstruktur ausbalanciert sein (Seite 149). Es sollen daher weitere Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des Dienstes in der Bundeswehr eingeführt und dabei auch der Übergang der Soldaten auf Zeit in die Wehrverwaltung erleichtert sowie in die freie Wirtschaft verbessert werden. Wir sagen dazu: Der Wechsel von ehemaligen Soldatinnen und Soldaten auf Zeit in die Wehrverwaltung ist eine seit Jahren gelebte Wirklichkeit in der Bundeswehr. Allerdings ist es für eine gute Aufgabenwahrnehmung unerlässlich, dass die erforderlichen Fachkenntnisse vorhanden sind.

Eine Maßnahme der Attraktivitätssteigerung sehen wir in der längst überfälligen Reduzierung der Wochenarbeitszeit (siehe oben).

Der VBB wünscht der neuen Leitung des BMVg viel Erfolg und ist bereit, die Entscheidungsprozesse konstruktiv zu begleiten.

<sup>1</sup> <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/gesetzesvorhaben/koalitionsvertrag-2021-1990800>

In diesem Sinne  
Ihre



Imke v. Bornstaedt-Küpper  
Bundesvorsitzende

# Großer Zapfenstreich in Berlin zur Verabschiedung von Annegret Kramp-Karrenbauer

Die VBB-Vorsitzende, Imke v. Bornstaedt-Küpper, hatte die Ehre, bei dem Zapfenstreich für die scheidende Bundesministerin Annegret Kramp-Karrenbauer anwesend zu sein.



Es war eine würdige Veranstaltung und gefühlt ging ein Aufatmen durch die Schar der Gäste, als die scheidende Ministerin Seite an Seite mit Generalinspekteur Eberhard Zorn und der neuen Ministerin Christine Lambrecht zu dem

Podest schritt. Einen harmonischen Umgang miteinander demonstrierten die beiden Ministerinnen auch am Ende der Zeremonie. Sie verabschiedeten sich in einer offensichtlich freundlichen Atmosphäre. Nach den vorausgegangenen

Zeitungsberichten war das ein gutes Signal.

Für Heiterkeit sorgen regelmäßig die Musikwünsche der Geehrten. Nachdem Bundeskanzlerin Merkel sich das Lied aus der DDR „Du hast den Farbfilm

vergessen“ gewünscht hatte, amüsierte der Liedwunsch von Ministerin Annegret Kramp-Karrenbauer „Die Glorreichen Sieben“ die Gäste. Ein Lob an die Musikerinnen und Musiker der Bundeswehr: Es kam eine richtige Westernstimmung auf! ■

## Der Wechsel – ein erstes Resümee

Mit Abgabe der Stimme eines/einer jeden zur Bundestagswahl Ende September 2021 wurde bekanntlich der Startschuss für eine neue Regierung gesetzt.

Nach Auszählung der Stimmen, den Koalitionsverhandlungen, dem Koalitionsvertrag und der Regierungsbildung wurde am 8. Dezember 2021 Olaf Scholz zum Bundeskanzler gewählt. Das neue Kabinett ist zwischenzeitlich vereidigt und Christine Lambrecht somit die neue Bundesverteidigungsministerin.

Ihr zur Seite stehen MdB Siemtje Möller und MdB Thomas Hitschler als parlamentarische Staatssekretäre im BMVg. Ihnen allen gratuliert der Ver-

band der Beamten und Beschäftigten der Bundeswehr sehr herzlich. Wir wünschen viel Erfolg bei der verantwortungsvollen Aufgabe und stehen als Interessenverband jederzeit unterstützend zur Verfügung.

Mit einem Großen Zapfenstreich wurde am 15. Dezember 2021 schließlich Annegret Kramp-Karrenbauer nach zweieinhalb Jahren als Verteidigungsministerin verabschiedet. Auch ihr gilt unser Dank.



Mit von Bord ging nach 16 Jahren als Staatssekretär (davon etliche Jahre allein im Verteidigungsministerium) auch Sts a.D., Gerd Hoofe. Auch ihm danken wir für die kollegiale Zusam-

menarbeit und das stets offene Ohr.

Für ihn übernommen hat Dr. Margaretha Sudhof als verbeamtete Staatssekretärin. Sie

war zuletzt Staatssekretärin im Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz. Ihr unterstellt sind die Abteilung Haushalt und Controlling, die Abteilung Recht, die Abteilung Personal, die Abteilung Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen sowie der Stab Organisation/Revision. Der VBB freut sich auf die Zusammenarbeit und hat auch ihr gratuliert.

Einzig die Position des zweiten beamteten Staatssekretärs, der die Abteilungen Ausrüstung und Cyber/Informationstechnik zugeordnet sind, erfährt mit Benedikt Zimmer keine Veränderung.

Mit dem Wechsel an der Spitze dreht sich das Personalkarussell aber auch in den darunterliegenden Abteilungen ... So können wir gespannt sein, welche weiteren Personalveränderungen in den kommenden Wochen getroffen werden. Der Flurfunk berichtet so einiges, wir werden sehen, was sich davon bewahrheitet, und dann zu gegebener Zeit berichten.

Welche Auswirkungen hat dies alles nun auf das Verteidigungsressort und die Arbeit des Verbandes der Beamten und Beschäftigten der Bundeswehr?

Mit Christine Lambrecht hat Bundeskanzler Olaf Scholz eine

starke und regierungserfahrene Ministerin an die Spitze des Verteidigungsministeriums berufen, die zuletzt zwei Ministerien geleitet hat.

Auch wenn zwei Drittel der in der Bundeswehr tätigen Menschen Soldat(inn)en sind, so entfällt immer noch ein Drittel auf das Zivilpersonal. Wir hoffen doch sehr, dass die Ministerin alle Statusgruppen im Blick hat und falls nicht, erlauben wir uns, daran zu erinnern.

Mit Staatssekretär Thomas Hitschler hat der Verband bereits in den letzten Jahren vertrauensvoll zusammengearbeitet. Dies wünschen wir uns

nummehr auch für die Zukunft und die vor uns liegenden Aufgaben.

Auch Staatssekretärin Siemtje Möller, zuvor als Bundestagsabgeordnete im Verteidigungsausschuss, ist dem Verband keine Unbekannte. Auch ihr gilt unsere Unterstützung.

Im Interesse der Aufgabenerfüllung der Bundeswehr und aufgrund der Verantwortung, die wir gegenüber den Menschen in der Bundeswehr haben, hoffen wir auf eine kollegiale Zusammenarbeit mit allen Verantwortlichen. Unser Gesprächsangebot steht – jederzeit!

## Von der Vorstellung direkt in medias res – auf Antrittsbesuch bei Sts'in Dr. *Sudhof*

Auch wenn das Verteidigungsministerium im Vergleich zu den anderen Ressorts schon einige Besonderheiten aufzuweisen hat, so ist es doch von Vorteil, wenn die Position der beamteten Staatssekretärin/des Staatssekretärs mit jemandem besetzt wird, dem die Aufgaben nicht ganz fremd sind – so geschehen bei Frau Dr. Margaretha *Sudhof*.

Staatssekretärin Dr. Sudhof kann auf zahlreiche Verwendungen zurückblicken, die ihr bei ihrer jetzigen Position zum Vor-

teil reichen und die den sprichwörtlichen Blick über den Tellerrand bereits beinhalten. Immerhin umfasst ihr Aufgabengebiet die Abteilungen Haus-

halt/Controlling, Recht, Personal und Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen.

So verwunderte es auch nicht, dass der Antrittsbesuch der Bundesvorsitzenden des Verbandes der Beamten und Beschäftigten der Bundeswehr (VBB), Imke v. *Bornstaedt-Küpper*, nach einer kurzen Vorstellungsrunde direkt mitten in die Themen (Personalgewinnung, Evaluierung PEK, Altersteilzeit, A 13gZ et cetera) ging. Nach einer kurzen Skizzierung der Probleme durch die Bundesvorsitzende konnte Frau Sts'in Dr. Sudhof verschiedentlich direkt aus den anderen Ressorts und der dortigen Handhabung berichten. Es bleibt nunmehr zu hoffen, dass einige vom VBB angesprochene Themen nicht weiter verzögert werden.

Zu guter Letzt regte der VBB an, das Instrument der Koordinierungsgruppensitzung wieder ins Leben zu rufen, um so einen besseren Austausch zwischen dem Haus und den Verbänden im Interesse aller Beschäftigten zu gewährleisten. Frau Sts'in Dr. Sudhof zeigte sich dem aufgeschlossen gegenüber.



© VBB



dbb  
vorsorgewerk  
günstig • fair • nah

BB  
Bank  
Better Banking

# Das junge Girokonto<sup>1</sup>

Extrem flexibel.  
Auch auf lange Sicht.

- ✓ **0,- Euro fürs Girokonto<sup>1</sup>**  
Kostenfrei enthalten:  
Kontoführung und girocard  
(Ausgabe einer Debitkarte)<sup>1</sup>
- ✓ **Weltweit gebührenfrei<sup>2</sup>  
Geld abheben**  
mit der kostenfreien Visa DirectCard<sup>2</sup>  
(Ausgabe einer Debitkarte)



**50,-<sup>Euro</sup>**  
**Startbonus**  
für dbb-Mitglieder und  
ihre Angehörigen



**Jetzt informieren**  
in Ihrer Filiale vor Ort,  
per Telefon unter 0721 141-0  
oder auf [www.bbbank.de/dbb](http://www.bbbank.de/dbb)



Oder Termin vereinbaren:  
[www.bbbank.de/termin](http://www.bbbank.de/termin)



<sup>1</sup>Voraussetzungen: BBBank-Junges Konto mit Online-Überweisungen ohne Echtzeit-Überweisungen, Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied ab 18 Jahren. Bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres. Danach erfolgt die Umwandlung in ein Girokonto mit monatlichem Kontoführungsentgelt i. H. v. 2,95 Euro, girocard (Ausgabe einer Debitkarte) 11,95 Euro p. a.; Eingang Ausbildungsvergütung bzw. Gehalt/Bezüge ab Ausbildungsbeginn/Berufsstart. <sup>2</sup> 36 Freiverfügungen am Geldautomaten pro Abrechnungsjahr; jede weitere Verfügung 1,50 Euro. Visa DirectCard (Ausgabe einer Debitkarte) ab 18 Jahren bonitätsabhängig möglich. Bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres 0,- Euro p. a. danach 18,- Euro p. a. Voraussetzung: BBBank-Junges Konto.

# Sitzungswoche – VBB führt erste Gespräche mit MdBs

Am 13. Januar 2022 konnte die Bundesvorsitzende, Imke v. *Bornstaedt-Küpper* in der ersten Sitzungswoche des Jahres Gespräche im Bundestag führen, unter anderem mit MdB Dr. *Klinck*.

MdB Dr. Kristian Klinck ist direkt gewählter Abgeordneter des Wahlkreises 06 Preetz/Neumünster und neues Mitglied im Bundestag sowie im Verteidigungsausschuss.

Da er zwei Jahre gedient und Reservistendienst geleistet hat, ist er mit der Bundeswehr vertraut. Noch ist nicht bekannt, für welche Themen die MdBs im Verteidigungsausschuss Berichterstatter/

-in sind. Aber unabhängig davon gab es genug Gesprächsstoff.

Wir wünschen Dr. Klinck viel Erfolg und Freude bei der parlamentarischen Arbeit! ■



## VBB und VSB gemeinsam für die Bundeswehr!

Der Verband der Beamten und Beschäftigten der Bundeswehr e.V. (VBB) und der Verband der Soldaten der Bundeswehr e.V. (VSB) vertreten zusammen alle Statusgruppen der Bundeswehr.

füllt werden kann, unter Einsatz von Waffen, der eigenen Gesundheit und gegebenenfalls des eigenen Lebens.

einzelne Fähigkeiten gegebenenfalls vollständig in die Hände von Partnern gelegt werden könnten. Die Auswirkungen auf die personellen und materiellen Vorgaben für die Streitkräfte ist die Folge.



Der VSB die Soldatinnen und Soldaten und der VBB die Beamtinnen und Beamten sowie die Tarifbeschäftigten. Die beiden Verbände pflegen einen regelmäßigen Austausch zu den relevanten Themen. Der Regierungswechsel war Anlass für eine gemeinsame Bestandsaufnahme durch die Bundesvorsitzende des VBB, Ministerialrätin Imke v. *Bornstaedt-Küpper*, und den Vorsitzenden des VSB, Hauptmann Andreas *Füllmeier*.

wichtige Themen, die für alle Angehörigen der Bundeswehr gleichermaßen relevant sind. Es ist ein gemeinsames Anliegen von VBB und VSB, die Rahmenbedingungen für alle Beschäftigten der Bundeswehr zu verbessern. Wir sind uns bewusst, dass alle Beschäftigten ein gemeinsames Ziel vereint: eine moderne, zukunftsfähige Bundeswehr, die in die Lage versetzt werden muss, ihren gesetzlichen Auftrag zu erfüllen. Das Alleinstellungsmerkmal der Bundeswehr ist der militärische Auftrag, der nur von Soldatinnen und Soldaten er-

Das Herz der Bundeswehr ist die Truppe, es sind die Soldatinnen und Soldaten, die sich auf Einsätze vorbereiten und für ihre militärischen Aufträge bereitstehen, die vom Parlament im Rahmen der Landes- oder Bündnisverteidigung entschieden werden. Diese Truppe wird von einer agilen und kompetenten Wehrverwaltung unterstützt.

Vor dem Hintergrund finanzieller und auch personeller Ressourcen wird die Beantwortung der Frage, ob es sicherheitspolitisch erforderlich und geboten ist, dass die deutschen Streitkräfte weiterhin über alle Fähigkeiten verfügen sollten, von entscheidender Bedeutung für die Zukunft der Bundeswehr sein. VSB und VBB nehmen wohlwollend zur Kenntnis, dass die neue Bundesregierung dies im Koalitionsvertrag berücksichtigt hat. Dabei wird deutlich, dass es nicht als eine Pflichtübung, sondern als die vornehme Aufgabe einer zukunftsorientierten Regierung in einem sicherheitspolitischen Kontext gesehen wird.

Der VBB und der VSB vertreten die Auffassung, dass die höchste Priorität darin besteht, die Bundeswehr personell und materiell so auszustatten, dass die von der Politik auf der Grundlage einer sicherheitspolitischen Analyse definierten Aufgaben erfüllt werden können. Diese Analyse muss dazu führen, dass das Fähigkeitsprofil für die Streitkräfte kritisch zu prüfen ist. Dabei wurde bereits im Koalitionsvertrag angekündigt, dass gemeinsame europäische Lösungen im Einklang mit den vorhandenen Kräften in der NATO zu finden sein werden. Die konsequente Umsetzung dieses gemeinsamen Vorgehens kann dazu führen, dass

Erst in einem zweiten Schritt sind Folgefragen zu klären, wie die Zuordnung von Personal und Material zu den definierten Kernaufgaben oder organisatorische Angelegenheiten. Welcher Personalumfang insgesamt erforderlich ist und in

welchem Verhältnis von Berufssoldaten und Berufssoldatinnen sowie Soldaten und Soldatinnen auf Zeit diese Aufgaben erledigt werden können, gehört auch dazu. In diesem Rahmen muss dann auch die Bundeswehrverwaltung näher be-

trachtet werden, zum Beispiel ob der Wegfall des dreistufigen Verwaltungsaufbaus den Erfordernissen der Landesverteidigung noch gerecht wird.

Die Angehörigen der Bundeswehr haben das Recht auf

eine gründliche Analyse und ein transparentes Lagebild. Sie wollen aktiv dazu beitragen, die Aufgaben zu erfüllen und am Erfolg teilhaben, und sie wollen mitgenommen werden auf dem Weg in die Zukunft.

Der VBB und VSB sind bereit, sich bei der Analyse und der Entscheidungsfindung einzubringen. Verbände können hier auch eine wichtige Rolle in der Transformation wahrnehmen.

## BwFuhrparkservice GmbH – Beistellung der Zivilkraftfahrer nicht verlängert

Der Hauptpersonalrat (HPR) beim BMVg wurde zur Verlängerung der Beistellung der Zivilkraftfahrer bis zum 31. Dezember 2021 aufgefordert. Vorausgegangen waren mehrere Informationsveranstaltungen zur Wirtschaftlichkeitsuntersuchung der BwFuhrparkservice GmbH und zu der Frage, wie zukünftig der Kraftfahrbetrieb der Bundeswehr weitergeführt werden soll.

Hier wurden drei verschiedene Modelle betrachtet:

1. Weiterbetrieb durch die BwFuhrparkservice GmbH in optimierter Form
2. Betrieb in Eigenverantwortung durch die Bundeswehr
3. Abgabe an externen Betreiber

Die vonseiten des HPR gestellten Fragen, insbesondere nach Art, Umfang und nach den zu übertragenden Aufgaben, konnte das BMVg nicht vollständig beantworten. Lediglich Annahmen und Ideen, die bislang noch nicht entschieden sind, wurden durch das BMVg vorgetragen. Ebenfalls ist weiterhin unklar, wie die Entscheidung über die Folgeleistung des Fahrbetriebes ausfällt. Mit einer Entscheidung ist erst ab Mitte des Jahres 2022 zu rechnen.

Der HPR konnte dem Anliegen des Ministeriums zur Verlängerung der Beistellung aufgrund der bestehenden Unklarheiten nicht zustimmen. Gleichzeitig hat der HPR einen Initiativantrag zu einer Übergangslösung ab 1. Januar 2022 gestellt, der

den Fahrbetrieb weiter sicherstellen soll.

Das Ministerium hat daher mit Erlass P II 7 vom 21. Dezember 2021 eine Übergangsregelung bis zum 31. März in Kraft gesetzt, die die Arbeitsfähigkeit der BwFPS GmbH gewährleistet.

### ■ Sicherung der Kraftfahrerpauschalen bis 30. Juni 2022

Kurz vor Weihnachten kam große Unruhe beim betroffenen Personal auf. Am 10. Dezember 2021 teilte das Bundesministerium des Innern in einem Rundschreiben mit, dass die übertariflichen Maßnahmen zur Sicherung des Pauschalentgelts von Kraftfahrerinnen und Kraftfahrern des Bundes vom 1. Juli 2020 bis

zum 31. Dezember 2021 nicht verlängert werden und die tariflichen Bestimmungen wieder anzuwenden sind. Das BMI begründet diese Entscheidung damit, dass im 2. Halbjahr 2021 keine vergleichbar massiven Einschränkungen des öffentlichen Lebens und entsprechend auch der Arbeitswelt vorlagen.

Im Weiteren führt das BMI aus, dass sich das derzeitige Fahrtenaufkommen auch infolge einer gewandelten Arbeitswelt verringert hat. Die fortschreitende Digitalisierung unter anderem durch verstärkte Nutzung von Videokonferenztechnik und auch neue Nachhaltigkeitszielsetzungen wirken sich insoweit auf den Kraftfahrbetrieb aus. Lediglich für den Übergang in das tarifvertragliche Entgeltsystem der Kraftfahrerinnen und Kraft-

fahrer sollte bis zum 30. Juni 2022 das Entgelt um eine Pauschalgruppe niedriger gesichert werden. Dies hätte bei vielen Kolleginnen und Kollegen in großen Teilen zu erheblichen Gehaltseinbußen geführt.

Dank schnellen Handelns der Arbeitsgemeinschaft der Hauptpersonalräte Bund konnte hier noch eine Kehrtwende herbeigeführt werden. Ein persönliches Schreiben an die frisch im Amt eingeführte Bundesministerin des Innern, Nancy Faeser, hat auf den Missstand aufmerksam gemacht.

Dies führte dazu, dass mit Rundschreiben D5-31005/26#1 vom 23. Dezember 2021 der vorherige Erlass aufgehoben wurde und die Übergangsregelung zur Sicherung des Pauschalentgelts bis zum 30. Juni 2022 fortgeführt wird.

Der VBB begrüßt die Entscheidung des BMI; diese gibt zumindest für das nächste Halbjahr vielen Tarifbeschäftigten Planungssicherheit.



# Sturz im Homeoffice kann Arbeitsunfall sein

Neues Urteil des Bundessozialgerichts (BSG) zum Unfallversicherungsschutz im Homeoffice; BSG, Urteil vom 8. Dezember 2021, Az.: B 2 U 4/21 R

Seit Mitte Juni 2021 gilt ein erweiterter Unfallversicherungsschutz für Arbeitnehmer/-innen, die im Homeoffice/mobil arbeiten. In § 8 I Satz 3 SGB VII heißt es dazu: „Wird die versicherte Tätigkeit im Haushalt der Versicherten oder an einem anderen Ort ausgeübt, besteht Versicherungsschutz in gleichem Umfang wie bei Ausübung der Tätigkeit auf der Unternehmensstätte.“

Unabhängig davon hat nunmehr das Bundessozialgericht mit Urteil vom 8. Dezember 2021 (Az.: B 2 U 4/21 R) entschieden, dass ein Weg, der im

unmittelbaren Unternehmensinteresse zurückgelegt und deswegen im sachlichen Zusammenhang mit der versicherten Tätigkeit steht – so auch im Homeoffice – unfallversichert ist.

Die Abgrenzung zwischen versicherter und unversicherter Tätigkeit ist gerade im heimischen mobilen Arbeiten nicht einfach. Nach dem Bundessozialgericht hängt sie von der sogenannten objektivierten Handlungstendenz ab, also davon, ob die versicherte Person eine dem Unternehmen dienende Tätigkeit ausüben woll-



te und das auch nach den konkreten objektiven Umständen so zu beurteilen ist.

Das Urteil kann unter Bundessozialgericht > Verhand-

lungstermine > Unfallversicherung > erstmalige Arbeitsaufnahme > Weg vom Schlafzimmer zum Homeoffice nachgelesen werden.

## Wir. Helfen. Dienen.



(c) 2017 Bundeswehr/Weber

Wir sind das Sozialwerk der Bundeswehr.

Mit diesem Auftrag engagieren wir uns seit 1960 für die Menschen in der Bundeswehr und für ihre Familien - vor allem als Ausgleich für die besonderen Anforderungen des militärischen Dienstes. Umfassende Erholungsmöglichkeiten und soziale Angebote sind unsere Stärke.

Damit Helfen wir denen, die dienen!

Helfen Sie uns - als Mitglied im Bundeswehr-Sozialwerk oder durch Ihre Spende.

**Jetzt Mitglied werden!**  
Nur 4,00 € monatlich.



**Bundeswehr Sozialwerk**  
Hier scheint die Sonne!

[www.bundeswehr-sozialwerk.de](http://www.bundeswehr-sozialwerk.de)



# Nachruf für unseren Ehrenbereichsvorsitzenden Edgar Höfling

Der Verband der Beamten und Beschäftigten der Bundeswehr e.V. (VBB) trauert um sein langjähriges Mitglied, den ehemaligen Bereichsvorsitzenden IX und Ehrenbereichsvorsitzenden IX, Kollegen Edgar Höfling.



© annapictures/pixabay.com

Mit ihm verlieren wir einen äußerst liebenswerten und wertvollen Kollegen und Menschen. Als Mensch und als Menschenfreund lag ihm das Wohl von Kolleginnen und Kollegen Zeit seines Wirkens immer besonders am Herzen.

Dienstlich in der damaligen Abteilung FE (Fernmeldetechnik und Elektronik) des BWB als Unterabteilungsleiter verortet, engagierte sich Edgar Höfling schon früh für die Belange der Kolleginnen und Kollegen im Verband der Beamten der Bundeswehr

(VBB). So übernahm er 1990 als stellvertretender Bereichsvorsitzender die Geschäfte des Bereichs von dem eigentlich gewählten Bereichsvorsitzenden BWB, Wolfgang Buchner, der das Ressort wechselte und infolgedessen sein Amt niederlegte.

1993 wurde Kollege Höfling von der Bereichsmitgliederversammlung als Bereichsvorsitzender IX wiedergewählt und übte dieses Ehrenamt bis 1997 aus.

Im Mai 1997 verlieh der Bereich IX Herrn Höfling als einem von bisher nur dreien ehemaligen Bereichsvorsitzenden den Ehrenbereichsvorsitz.

Als Ehrenbereichsvorsitzender war Kollege Höfling ständiger,

geschätzter und gern gesehener Teilnehmer der monatlich stattfindenden Vorstandssitzungen des Bereiches IX. Gerne erinnern wir uns an seinen feinen Humor. Wenn es allerdings darauf ankam, war er der Fels, auf den man bauen konnte.

Kollege Edgar Höfling hinterlässt im Bereich IX sowie im gesamten VBB eine große Lücke. Wir alle werden ihn in dankbarer Erinnerung behalten!

Unsere tief empfundene Anteilnahme gilt seiner Familie, die nun schwere Zeiten überwinden muss.

*Imke v. Bornstaedt-Küpper  
für die Bundesleitung,  
Jakob Milles  
für den Bereich BAAINBw*

## Mitglied des Bundesvorstandes bekam für sein Engagement die Ehrennadel des Landes Rheinland-Pfalz verliehen

Die Ministerpräsidentin des Landes Rheinland-Pfalz, Malu Dreyer, verlieh dem VBB-Bereichsvorsitzenden IX Jakob Milles in Anerkennung seiner langjährigen ehrenamtlichen Tätigkeiten in verschiedenen Bereichen die Ehrennadel des Landes Rheinland-Pfalz und gratulierte ihm zu dieser besonderen Auszeichnung von Herzen.

Ebenso gratulierte der Landrat des Westerwaldkreises, Herr Achim Schwickert, der üblicherweise die Auszeichnung im Rahmen einer Feierstunde übergibt. Die Feierstunde fiel der Pandemie zum Opfer, sodass die Ehrennadel und die Urkunde sowie ein kleines

hochprozentiges Geschenk durch einen Boten überbracht wurden.

Aus dem begleitenden Brief des Landrates an Jakob Milles sei unter der Überschrift „Die Demokratie lebt vom Ehrenamt“ Folgendes zitiert:

„Das Ehrenamt in all seinen Facetten und Tätigkeitsfeldern ist Ausdruck von Verantwortungsbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger. Der Westerwaldkreis schätzt sich sehr glücklich, Menschen mit Ihrer Haltung zu seinen Bürgerinnen und Bürgern zählen zu dürfen.“

Auch der VBB schließt sich den Glückwünschen an!



© VBB (2)

## > In eigener Sache

# VBB-Bundesgeschäftsstelle erhält weitere Verstärkung

Das Team der Bundesgeschäftsstelle des Verbandes der Beamten und Beschäftigten der Bundeswehr (VBB) freut sich über eine Verstärkung. Seit Mitte Januar 2022 ist nunmehr Frau Aline Rütters für den Verband in Bonn tätig.

Dem einen oder anderen mag Frau Rütters bereits bekannt sein, verantwortete sie doch in den letzten Jahren im dbb forum siebengebirge in Königswinter-Thomasberg die Organisation diverser Veranstaltungen.

Insofern sind ihr der dbb, der VBB und die Verbandsarbeit nicht fremd. Wir freuen uns, dass wir sie für uns gewinnen konnten.

Nach einer Einarbeitungszeit wird Frau Rütters in erster Linie das Seminarangebot des VBB betreuen. Darüber hinaus haben wir noch weitere Ideen, die wir nunmehr hoffen, zeitnah umsetzen zu können.

Wir begrüßen Frau Rütters ganz herzlich in der Geschäftsstelle und im Verband und freuen uns auf die Zusammenarbeit mit ihr. ■



© VBB

## > Bundesschwerbehindertenvertretung



© Gerd Altmann/Pixabay.com

# Der Internationale Tag der Menschen mit Behinderung fand am 3. Dezember 2021 statt.

Im Jahr 1992 initiierte die UNO den Internationalen Tag der Behinderten für den 3. Dezember. Dieser Tag soll jährlich das Bewusstsein aller Menschen wecken, um auf die Teilnahme der schwerbehinderten Menschen am gesellschaftlichen Leben aufmerksam zu machen.

Ziel ist es, Grundlagen für eine Gleichstellung behinderter Menschen zu schaffen und die Umsetzung zu unterstützen.

Es sollen die volle und wirksame Teilhabe an der Gesellschaft und Einbeziehung in die Gesellschaft ermöglicht werden.

Auch der Verband der Beamten und Beschäftigten der Bundeswehr e.V. (VBB) unterstützt dieses Anliegen.

Nähere Informationen hierzu finden Sie auch auf der VBB-Homepage. ■

## Wahlen der Schwerbehindertenvertretung

**Liebe Kolleginnen und Kollegen,**

im Vorfeld der ab Herbst 2022 anstehenden Wahlen der Schwerbehindertenvertretungen möchte ich Sie in unsterker

Folge in den nächsten Ausgaben unserer Verbandszeitung hierzu informieren.

Vor rund 100 Jahren trat am 6. April 1920 erstmalig ein Gesetz zur Beschäftigung

von schwerbeschädigten Menschen in Kraft. Damals musste vielen kriegsversehrten Menschen der Weg in eine Beschäftigung und einen Beruf geebnet werden.

Damit wurde eine Beschäftigungspflicht der Arbeitgeber zugunsten der Schwerbeschädigten eingeführt, wenn sie mehr als 20 Arbeitnehmer beschäftigten. Ziel war es, zwei Prozent aller Arbeitsplätze für

Schwerbeschädigte zur Verfügung zu stellen.

*Im Reichsgesetzblatt Teil I – Bekanntmachung der neuen Fassung des Gesetzes über die Beschäftigung Schwerbeschädigter vom 12. Januar 1923 – war unter § 12 festgelegt:*

„In allen Betrieben, in denen nach dem Gesetz eine Vertretung der Arbeitnehmer zu errichten ist, hat sie sich um die Durchführung dieses Gesetzes zu bemühen.

Sofern in einem Betrieb wenigstens fünf schwerbeschädigte Arbeitnehmer nicht nur vorübergehend beschäftigt sind, haben sie für diese Aufgabe auf die Dauer eines Jahres einen Vertrauensmann zu bestellen, der tunlichst ein Schwerbeschädigter sein soll. Der Arbeitgeber hat einen Beauftragten zu bestellen, der mit dem Vertrauensmann der Arbeitnehmer im Interesse der Schwerbeschädigten zusammenzuwirken hat. Beide Personen sind von dem Arbeitgeber der Hauptfürsorgestelle zu benennen. Sie dienen ihr als Vertrauensleute für diesen Betrieb. Der Vertrauensmann verwaltet sein Amt unentgeltlich als Ehrenamt.“

Hier wurde der Grundstein für die heute geltenden gesetzlichen Regelungen der Schwerbehindertenvertretungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Beamtinnen und Beamten sowie Soldatinnen und Soldaten gelegt.

Unter den Zivilbeschäftigten im Bereich des BMVg beträgt derzeit der Anteil der schwerbehinderten und gleichgestellten Beschäftigten rund zehn Prozent.

Die Schwerbehindertenvertretung ist die gewählte Interessenvertretung der schwerbehinderten und ihnen gleichgestellten Beschäftigten in Betrieben oder Dienststellen. Sie wird nach den Vorga-

ben des Sozialgesetzbuches IX (SGB IX) gewählt.

Die Schwerbehindertenvertretung besteht aus einer zu wählenden Vertrauensperson und ihrem Stellvertreter beziehungsweise ihrer Stellvertreterin.

In den Dienststellen der Bundeswehr sind auch schwerbehinderte Soldatinnen und Soldaten wahlberechtigt und auch Soldatinnen und Soldaten wählbar.

Die wichtigste Aufgabe der Vertrauensperson für schwerbehinderte Menschen ist es, die Teilhabe am Arbeitsleben im Betrieb oder in der Dienststelle zu fördern sowie dem schwerbehinderten Menschen helfend und beratend zur Seite zu stehen, ihnen Gesprächsmöglichkeiten anzubieten und sich bei Schwierigkeiten am Arbeitsplatz einzuschalten.

Die Schwerbehindertenvertretung hat darauf zu achten, dass die zugunsten schwerbehinderter Menschen geltenden Bestimmungen durchgeführt und die dem Arbeitgeber oder Dienstherrn per Gesetz vorgegebenen Pflichten sowie eventuelle Inklusionsvereinbarungen eingehalten werden.

Zu den Aufgaben gehört auch der Abschluss einer Inklusionsvereinbarung nach dem Schwerbehindertenrecht mit dem Arbeitgeber oder Dienstherrn, in der geregelt werden soll, wie das Ziel der Eingliederung schwerbehinderter Beschäftigter umgesetzt werden soll.

Anregungen und Beschwerden von schwerbehinderten Menschen sind entgegenzunehmen und durch Verhandlungen mit dem Arbeitgeber oder Dienstherrn auf eine Umsetzung oder Erledigung hinzuwirken.

Eine weitere Aufgabe von vielen anderen hier nicht aufgeführten Aufgaben ist es, Maß-

nahmen zur beruflichen Wiedereingliederung und Beschäftigung, die den Schwerbehinderten dienen, bei den zuständigen Stellen zu beantragen.

Die Schwerbehindertenvertretung kann, wenn es zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben notwendig oder zweckmäßig ist, mit anderen Stellen zusammenarbeiten oder sich dort Informationen, Rat und Hilfe holen. Sie arbeitet mit dem Inklusionsbeauftragten des Arbeitgebers oder Dienstherrn sowie dem Betriebsrat oder Personalrat eng zusammen. Die Schwerbehindertenvertretung hat das Recht, an allen Sitzungen des Betriebsrats oder Personalrats und deren Ausschüssen einschließlich des Arbeitsschutzausschusses beratend teilzunehmen.

Besondere Bedeutung kommt darüber hinaus dem Betrieblichen Eingliederungsmanagement (BEM) zu, in das bei Betroffenheit schwerbehinderter Beschäftigter die Schwerbehindertenvertretung mit Personalrat oder Betriebsrat eingebunden ist.

Die Schwerbehindertenvertretung kann in allen speziell die schwerbehinderten Menschen betreffenden Fragen gegenüber dem Arbeitgeber, Dienstherrn, dem Personalrat oder Betriebsrat oder den behördlichen Stellen aktiv werden beziehungsweise sich gemeinsam mit Personalrat oder Betriebsrat zugunsten schwerbehinderter Menschen engagieren.

Die Schwerbehindertenvertretung ist ein selbstständiges Vertretungsorgan, keine Untergliederung des Personalrats oder Betriebsrats, sondern ein neben diesen stehendes unabhängiges Gremium mit eigenen Rechten und Pflichten.

Die regelmäßigen Wahlen der örtlichen Schwerbehinderten-



vertretungen nach dem SGB IX finden alle vier Jahre in der Zeit vom 1. Oktober bis 30. November statt.

Hiernach finden die nächsten Wahlen der örtlichen Schwerbehindertenvertretungen in diesem Zeitraum im Jahr 2022 statt.

Der VBB plant hierzu erstmalig Wahlvorstandsschulungen anzubieten. Diese stehen allen Kollegen/-innen unabhängig von einer Verbandszugehörigkeit zur Verfügung.

Im Anschluss daran finden die Wahlen der Bezirksschwerbehindertenvertretungen (vom 1. Dezember 2022 bis 31. Januar 2023) und der Hauptschwerbehindertenvertretung (vom 1. Februar bis 31. März 2023) statt.

Der Betriebs- oder Personalrat soll auf die Wahl einer Schwerbehindertenvertretung hinwirken. Die Gewerkschaften und Verbände haben anders als bei der Wahl des Betriebsrats oder Personalrats kein Initiativrecht.

Die Vorbereitung und Durchführung der Wahl bestimmt sich nach der Wahlordnung Schwerbehindertenvertretungen (SchwbVVO).

Ich verbleibe mit herzlichen Grüßen

*Gerhard Bernhardt,  
Bundesschwerbehinderten-  
vertreter*

## 13. Deutscher Seniorentag im November 2021 in Hannover

VBB-Bundesseniorenvertreter Peter Balmes nahm an digital angebotenen Veranstaltungen des 13. Deutschen Seniorentages teil. Geplant war die Teilnahme des VBB in Präsenz im November 2021 mit einem Werbeinformationsstand in der Messehalle im Hannover Congress Centrum. Die Vorbereitungen hierzu waren abgeschlossen, die Teilnahme in Präsenz musste aufgrund der stetig steigenden Infektionszahlen leider kurzfristig abgesagt werden. Somit wurde der 13. Deutsche Seniorentag weitestgehend ohne Publikum in digitaler Form ausgetragen.

Der 13. Deutsche Seniorentag 2021 fand vom 24. bis 26. November 2021 statt, vor dem Hintergrund der Coronapandemie jedoch erstmals ausschließlich digital.

Drei Tage lang drehte sich alles um die Frage, wie ein gutes Leben im Alter gelingen kann und was wir alle zusammen dafür tun können. Unter dem Motto „Wir. Alle. Zusammen.“ folgten mehrere Tausend Teilnehmerinnen und Teilnehmer den Vorträgen, Diskussionsveranstaltungen und Workshops.

Mit einer Rede von Bundespräsident Frank-Walter *Steinmeier* wurde der 13. Deutsche Seniorentag feierlich eröffnet. Die Festveranstaltung fand im Kuppelsaal des Hannover Congress Centrum (HCC), jedoch ohne Publikum statt. Der Bundespräsident war live zuge-

schaltet. Die Veranstaltung wurde live im Internet übertragen und kann weiterhin auf Youtube angesehen werden.

Bereits vor der Festveranstaltung wurde der Goldene Internetpreis verliehen. Der Wettbewerb stand unter der Schirmherrschaft des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat. Die Verleihung fand im Rahmen eines digitalen Startschusses für den Deutschen Seniorentag statt.

Zu allen Themen des Älterwerdens – von Gesundheit über Pflege und soziale Sicherheit bis zu Mobilität, Wohnen und mehr – fanden digitale Einzelveranstaltungen statt. Diese wurden von den BAGSO-Mitgliedsverbänden und anderen Organisationen verantwortet und decken das gesamte Spektrum der Seniorenarbeit ab.



Leider konnte die bereits im Vorfeld geplante Messe des Deutschen Seniorentages wegen der Coronapandemie nicht stattfinden. Stattdessen wurde ein Drei-Tage-Programm auf der Messebühne in digitaler Form der Übertragung angeboten und ist auch weiterhin auf Youtube zu sehen. Auch einzelne Aussteller boten ein digitales Programm mit Kurzvorträgen an, zum Beispiel zum Thema digitale Medien.

Der Verband der Beamten und Beschäftigten der Bundeswehr e.V. hatte sich auch auf die Präsentation am Messestand des dbb beamtenbund und tarifunion vor Ort in Hannover vorbereitet.

Aufgrund der hohen Coronainfektionszahlen im November entschlossen sich dbb beamtenbund und tarifunion und VBB, ihre Teilnahme am 13. Deutschen Seniorentag in Präsenz abzusagen. ■

## Dr. Regina Görner – neue Vorsitzende der BAGSO

Auch die Mitgliederversammlung der BAGSO mit Neuwahlen des Vorstandes konnte nur in digitaler Form stattfinden. VBB-Bundesseniorenvertreter Peter *Balmes* nahm als stimmberechtigtes Mitglied für den VBB an der fünfstündigen digitalen Veranstaltung teil.

Die Mitglieder der BAGSO wählten in der digital durchgeführten Versammlung auf Vor-

schlag des DGB die Gewerkschafterin und frühere saarländische Ministerin Dr.

Regina Görner für die nächsten drei Jahre an die Spitze des Dachverbandes. Dr. Regina Görner löst damit Franz *Müntefering* ab, der die BAGSO sechs Jahre lang als Vorsitzender führte. Der frühere SPD-Politiker und Bundesminister kandidierte nicht erneut für den Vorstand. Regina Görner dankte Franz Müntefering, würdigte seine Verdienste und stellte

heraus, dass Müntefering unermüdlich auf das Recht und die Verantwortung der Älteren hinwies, sich einzumischen und mitzugestalten. Der Geschäftsführer der BAGSO, Guido *Klumpp*, hob hervor, dass Müntefering die BAGSO für zentrale gesellschaftspolitische Themen wie Klimaschutz und Erhalt der Demokratie geöffnet und damit die Verant-



wortung der Älteren für die nachfolgenden Generationen sichtbar gemacht habe. Mit Regina Görner konnte die BAGSO eine erfahrene Sozial- und Gesundheitspolitikerin als Vorsitzende gewinnen. Görner war von 1999 bis 2004 Ministerin für Frauen, Arbeit, Ge-

sundheit und Soziales im Saarland und zehn Jahre lang geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) und später in gleicher Funktion bei der IG-Metall. Von 2000 bis 2016 gehörte sie dem Bundesvorstand der CDU an. Seit 2015

engagiert sich Regina Görner im Vorstand der BAGSO und wurde 2018 zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Sie leitete in der BAGSO zudem gemeinsam mit Dr. Heidrun *Mollenkopf* die Fachkommission Digitalisierung.

Dem neu gewählten geschäftsführenden Vorstand gehören neben Regina Görner Michael *Griffig* (Kolpingwerk) und Jens-Peter *Kruse* (Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Altenarbeit in der EKD) an.

Als Beisitzer/-innen gewählt wurden: Katrin *Markus* (Bundesinteressenvertretung für alte und pflegebetreffene Menschen), Hermann *Allroggen* (Arbeiterwohlfahrt Bundesverband), Sebastian

#### > Über die BAGSO

Die BAGSO – Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen vertritt die Interessen der älteren Generationen in Deutschland. Sie setzt sich für ein aktives, selbstbestimmtes und möglichst gesundes Älterwerden in sozialer Sicherheit ein. In der BAGSO sind rund 125 Vereine und Verbände der Zivilgesellschaft zusammengeschlossen, die von älteren Menschen getragen werden oder die sich für die Belange Älterer engagieren.

*Wegner* (Volkssolidarität Bundesverband) und Margit *Hankewitz* (Sozialwerk Berlin).

#### > VBB-Jugend

## Vorstellung des Bundesjugendvertreters im VBB

Hallo liebe Kolleg(inn)en,

hiermit möchte ich mich kurz bei euch vorstellen. Mein Name ist Maximilian *Wergen*, ich bin 26 Jahre jung, in Köln geboren, in der Eifel (Kall und Mechernich) groß geworden und ich bekleide seit dem 8. November 2021 die Funktion des Bundesjugendvertreters im VBB. Gerne dürft ihr mich einfach nur Max nennen. Allem voran möchte ich mich zu erst einmal recht herzlich für die Wahl zum Bundesjugendvertreter und das damit entgegengebrachte Vertrauen bedanken. Meinem Vorgänger Ceyhan *Dursun* möchte ich an dieser Stelle für seine tolle Arbeit im Verband und seine frischen und modernen Ideen in der Jugendarbeit Lob, Anerken-

nung und Respekt aussprechen und wünsche ihm für seine neue Funktion als kooptiertes Mitglied in der Bundesleitung alles Gute!

Wie in der Vergangenheit bereits intensiv praktiziert, freue ich mich auf die weitere enge und gute Zusammenarbeit mit Ceyhan. Ich habe den Anspruch an mich selber, dem wirklich guten Ruf, der Ceyhan voran-eilt, gerecht zu werden und meine Ideen und Überlegungen für die Jugend bestmöglich einzubringen und umzusetzen. Dazu möchte ich die Anregungen und Ideen der Jugend durch regelmäßigen Kontakt und ein gutes Netzwerk sammeln, bündeln und an geeigne-



ter Stelle einbringen. Da wo die Rechte von jungen Beschäftigten und Beamtenanwärterinnen und -anwärtern berührt oder eingeschränkt werden, möchte ich mich für sie stark-machen. Gute Arbeits-, Ausbildungs- und Studiumsbedingungen sind mir eine Herzensangelegenheit. Auf meiner Agenda stehen unter anderem die Schaffung einer guten Ausbildungs-Life-Balance, die Realisierung einer abgestimmten

Einsatzplanung und Personalentwicklung, die angemessene Ausstattung der jungen Beschäftigten und Beamtenanwärterinnen und -anwärter mit IT-Hardware zur Digitalisierung der Verwaltung und Ermöglichung von Homeoffice und vieles mehr. Ich freue mich auf die gemeinsame Arbeit und den Austausch mit euch und verbleibe mit freundlichen Grüßen.

*Euer Max Wergen*

# Bundesministerin verabschiedet sich von den Gremien

Am Donnerstag, 2. Dezember 2021, verabschiedete sich BM'in Annegret *Kramp-Karrenbauer* in einer Webex-Zuschaltung von den Gremien.

Sie konnte Vertreterinnen und Vertreter aller Gremien begrüßen, die unmittelbar mit dem BMVg zu tun haben. Für den Hauptpersonalrat nahmen die stellvertretenden Vorsitzenden Torsten *Schmidt*, Stefan *Tittes-Deblon* und Thomas *Schwappacher* teil.

Die Ministerin bedauerte, dass aufgrund der Coronalage keine

persönliche Verabschiedung möglich sei.

Von den verschiedenen Vertreterinnen und Vertretern der Gremien wurden für die Übergabe an die neue Leitung unter anderem Themen wie die Rahmendienstvereinbarung für die Arbeitszeit, Duldungspflicht beim Impfen für Soldatinnen



nen und Soldaten, begleitende Beteiligung oder Inklusionsdienstposten für Soldatinnen und Soldaten angesprochen.

Die Ministerin versprach, diese Themen, wo möglich, noch

selbst abzuschließen oder an die neue Leitung des Hauses zu übergeben.

Alle Vertreterinnen und Vertreter der Gremien dankten der Ministerin für die stets gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit und wünschten sich, dass diese Zusammenarbeit auch mit der neuen Leitung des Hauses so weitergeführt werden kann.

Die Ministerin gab diesen Dank an die Gremien zurück und meldete sich damit aus diesem Kreis ab.

## Verband der Beamten und Beschäftigten der Bundeswehr e.V.



WWW.  
vbb-bund.de



Baumschulallee 18 a · 53115 Bonn · Telefon 0228.389270 · mail@vbb-bund.de

## > Aus unseren Bereichen und Landesverbänden

### > Bereich Schleswig-Holstein/Hamburg/Mecklenburg-Vorpommern

**Vorsitzende:** Simone Rahn  
**Dienststelle:** BwKrhs Hamburg  
 Krankenhausverwaltung im BwDLZ  
**Telefon (dienstlich):** (040) 6947-27000  
**Postanschrift:** Steenkoppel 24  
 24598 Boostedt

### > Standortgruppe Putlos

#### Weihnachtsgeschenke

Auch zu Weihnachten besucht der VBB seine Mitglieder der BwFeuerwehr

Putlos und übergibt die traditionellen Geschenke für die Kameraden.



## > Bereich Nordrhein-Westfalen

**Vorsitzender:** Michael Meister  
 Gesamtpersonalrat beim Karrierecenter  
 der Bundeswehr Düsseldorf  
 Ludwig-Beck-Straße 23  
 40470 Düsseldorf

**Telefon mobil:** (0160) 1471077  
**Telefon privat:** (0211) 6193350



> Kollegen Bierhoff, Jeschor, Meister, Frölich (von links)

## > Standortgruppe Düsseldorf

### Stimmungsvolle Jahresabschlussfeier der Düsseldorfer Pensionäre

Die Freude unter den Teilnehmern war groß, als sich die Ruhestandsbeamten der Standortgruppe Düsseldorf auf Einladung des Vorstandes am 7. Dezember 2021 zur traditionellen Weihnachtsfeier in den Räumlichkeiten der Gaststätte „TUS-Treff“ in Düsseldorf-Unterrath einfanden, um das scheidende Jahr in besinnlicher Runde ausklingen zu lassen.

Aufgrund bestehender Pandemie konnte die Veranstaltung

im Jahr zuvor leider nicht stattfinden und auch im Jahr 2021 fiel der Kreis der Teilnehmer coronabedingt geringer als geplant aus, was aber der guten Stimmung keinerlei Abbruch tat. Hervorzuheben bleibt die sehr liebevolle Ausgestaltung der Räumlichkeit, die für eine überaus angenehme und festliche Weihnachtsatmosphäre sorgte. Für das leibliche Wohl und die Bewirtung der Gäste war wieder einmal reichhaltig und zu aller Zufriedenheit gesorgt.

Im Rahmen der Feier konnten der Bereichs- und Standortgruppenvorsitzende, Kollege Michael *Meister*, sowie der örtliche Betreuer der Ruhestandsbeamten, Kollege Hans-Rudolf *Bierhoff*, zwei langjährige und verdiente Mitglieder ehren.

In dankbarer Anerkennung und Würdigung treuer Verbundenheit zum Verband konnte den Kollegen Joachim *Frölich* und Manfred *Jeschor* für jeweils 40-jährige Mitgliedschaft das Ehrenzeichen des VBB verliehen werden.

Auch an dieser Stelle nochmals die herzlichsten Glückwünsche.

Bei fröhlicher Stimmung ließ man für einige Stunden den Alltag hinter sich, um Erinnerungen an gemeinsam verbrachte Zeiten wiederaufleben zu lassen. Froh gelaut und mit Vorfreude auf das nächste Stammtischtreffen der Ruhestandsbeamten ging man mit allen guten Wünschen zum bevorstehenden Weihnachtsfest und dem nahenden Jahreswechsel auseinander. So fand die Weihnachtsfeier nach einem kurzweiligen und recht unterhaltsamen Nachmittag schließlich ihr Ende.

Bleibt zu hoffen, dass das vor uns liegende Jahr 2022 in vielem ein besseres Jahr werden möge.



> Blick in die Runde

## Überreichung der Schecks ans Bundeswehr-Sozialwerk

Nach Abrechnung des Weihnachtsbasares des Bundeswehr-Sozialwerkes in Düsseldorf hat sowohl die Standortgruppe Düsseldorf als auch der Bereich III die Erlöse aus dem Verkauf von Glühwein und Erbsensuppe jeweils auf 400 Euro aufgestockt.

Am 30. November 2021 konnte der Bereichs- und Standortgruppenvorsitzende Kollege Meister dem Kollegen *Miltenberger* von der Bereichsgeschäftsführung West des BwSW in Düsseldorf zwei Schecks in Höhe von jeweils 400 Euro überreichen.

Auch im nächsten Jahr wird der VBB wieder auf und am „Stand“ sein.



© Michael Meister (2)

## > Bereich Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland

**Vorsitzender:** Rainer Schönhofen  
 Wehrtechnische Dienststelle für  
 landgebundene Fahrzeugsysteme,  
 Pionier- und Truppentechnik  
 (WTD 41)  
 Kolonnenweg  
 54296 Trier-Grüneberg

**Bw-intern:** 90-47222253  
**Telefon:** (0651) 91292253  
**E-Mail:** rainerschoenhofen@bundeswehr.org

## > Standortgruppe Darmstadt

### Auszeichnung zum Abschied

Hans-Jürgen *Preißmann* geht nach 31 Feuerwehrdienstjahren in den Ruhestand.

Der Kollege und Kamerad Hans-Jürgen Preißmann der Bundeswehrfeuerwehr Pfungstadt, erhielt für seine 25-jährige Mitgliedschaft im VBB die silberne Ehrennadel.

Stellvertretend für den Vorsitzenden der Standortgruppe

Darmstadt übergab Frank *Möhrstedt* die Auszeichnung an den Geehrten, gleichzeitig versah der Kollege Preißmann an diesem Tag seinem letzten Dienst als Feuerwehrmann.

Bevor Hans-Jürgen Preißmann zur Feuerwehr der Bundeswehr kam, war er als Militärfahrlehrer von Januar 1979 bis Dezember 1988 bei der Bundeswehr tätig.

Im November 1991 begann er als „LAPO“, seine Feuerwehrausbildung in Faßberg. Nach seiner Ausbildung im Jahr 1993 begann er, bis zur Schließung im Jahr 2008 beim Geräte Depot Lorch – Wispertal seinen Dienst. Ab dem Jahr 2009, bis zu

seiner Pensionierung war er bei der Bundeswehrfeuerwehr in Pfungstadt tätig.

Wir, die Feuerwache Pfungstadt wünschen ihm als Gute, Gesundheit und Glück mit seiner Familie, in seinem (Un) Ruhestand. ■



© VBB

## > Standortgruppe Rhein-Main

### Mitgliederversammlung mit Ehrungen



© VBB

> Ulrich Gabel und Rainer Käfer

Der Vorsitzende der Standortgruppe Rhein-Main, Ulrich *Gabel*, hatte zur Mitgliederversammlung am 26. Oktober 2021 in das Sportheim des FC Bierstadt eingeladen. In seinem Geschäftsbericht schilderte er die „Aktivitäten“ der Standortgruppe in den letzten beiden Jahren und gedachte hierbei auch der verstorbenen Mitglieder, von denen einige infolge des Coronavirus viel zu früh von uns gehen mussten.

Die bevorstehenden Planungen für das kommende Jahr ließ in uns die Hoffnung aufkommen, dass wir wieder zur „Normalität“ zurückkehren können. Eine positive Bilanz zog unser Kassierer Ernst *Rhiel* in seinem Kassenbericht. Die Kassenprüfer bescheinigten dem Kassierer eine solide und übersichtliche Kassenführung.

Dem Vorstand dankten die Versammlungsteilnehmer/-innen mit langem Applaus.

Für ihre langjährige Mitgliedschaft im VBB wurden folgende Kolleginnen/Kollegen geehrt.

- > Petra *Gerken*
- > Friedhelm *Hagenbuck*
- > Ursula *Rottmann-Kuhnke*
- > Gottfried *Krepp*
- > Friedrich *Schmidt*
- > Rainer *Käfer*

Dem anwesenden Kollegen Rainer Käfer wurde die Urkunde vom Vorsitzenden persönlich ausgehändigt. Der Standortgruppenvorstand bedankte sich bei den Jubilaren für ihre langjährige Treue zum Verband.

Im Anschluss an die Mitgliederversammlung lud der Vorstand die Anwesenden zu einem kleinen Imbiss ein. ■

## > Landesverband Baden-Württemberg

**Vorsitzende:** Karin Voit  
Hochschule des Bundes für öffentliche  
Verwaltung – Fachbereich Bundeswehr-  
verwaltung  
Seckenheimer Landstraße 10  
68163 Mannheim

**Telefon:** (0621) 4295 4450  
**Telefax:** (0621) 4295-4222



Des Weiteren dankte der Vorsitzende Frau Wagner für ihre langjährige Treue zur Standort-

gruppe Niederstetten und übergab ihr einen Blumenstrauß.

## > Standortgruppe Niederstetten

### Übergabe der Urkunde für 40-jährige Mitgliedschaft von Frau Wagner

Der Vorsitzende der Standortgruppe Niederstetten, Rainer Eifert, und sein Vertreter Alfred Zürn hatten am 1. Dezember bei einer kleinen Feierstunde die ehrenvolle Aufgabe, Frau Sonja Wagner für 40 Jahre Mit-

gliedschaft auszuzeichnen. Frau Wagner erhielt die Urkunde und das Ehrenzeichen des Verbandes der Beamten und der Beschäftigten der Bundeswehr für 40 Jahre ununterbrochene Mitgliedschaft.

## > Landesverband Bayern

**Vorsitzender:** Lothar Breunig,  
Wehrtechnische Dienststelle 61  
der Bundeswehr,  
Flugplatz,  
85077 Manching

**Telefon** (08459) 80-2530, BwKz 90-6601-2530

In seinem Jahresbericht ging der StOGrp.-Vorsitzende darauf ein, dass die pandemiebedingten Einschränkungen im vergangenen Jahr für alle nicht leicht waren. Er betonte aber, dass es trotz der Pandemie gelungen sei, die Mitgliederanzahl zu erhöhen, was vor allem daran lag, dass viele Anwärter als Neumitglieder gewonnen werden konnten.

mern. Die Öffnung für Arbeitnehmer bringt auch Vorteile bei den Tarifverhandlungen mit sich, da der VBB nun Teil der Tarifkommission sein kann.

Nachdem der Kassenwart Herr Thomas Neumeier die Anwesenden noch auf den neuesten, erfreulichen Kassenstand brachte, erfolgten die Ehrungen.

## > Standortgruppe Donau-Wald

### Mitgliederhauptversammlung am 16. November 2021 der Standortgruppe Donau-Wald in Bogen

Nachdem aus Pandemiegründen 2020 keine Mitgliederversammlung möglich war, erfolgte am 16. November 2021 wieder eine Präsenzversammlung der StOGrp. Donau-Wald unter strenger Einhaltung der geltenden 2G-Regelungen im Gasthaus

Wurm in Bogen. Neben den geladenen Mitgliedern konnte der StOGrp.-Vorsitzende, Herr Florian Magerl, den Landesvorsitzenden VI, Herrn Lothar Breunig, und den Leiter des BwDLZ Bogen, Herrn Alfons Lerner, als Ehrengäste begrüßen.

Der Landesvorsitzende Herr Lothar Breunig bedauerte, dass auch im Landesverband nur wenig Aktivitäten möglich waren; eine geplante kleine Landesversammlung war aus Pandemiegründen nicht machbar. Die Mitgliederentwicklung ist allgemein erfreulich, nicht nur bei den Anwärtern, sondern auch bei den Verwaltungsfachangestellten und Arbeitneh-

Persönlich anwesend konnten geehrt werden für 25 Jahre Mitgliedschaft die Kollegen Thomas Neumeier und Anton Hiegl und für 50 Jahre Mitgliedschaft Herr Reinhold Kellner. Allen nichtanwesenden wurde die Urkunde zugesandt beziehungsweise durch den Vorstand überbracht, und zwar für 15-jährige Mitgliedschaft Frau Maria Schütz, Frau Verena Szopomajemic und Frau Tanja Häusler, für 25 Jahre Frau Johanna Hofbauer-Weigert, für 40 Jahre Herrn Winfried Babczinsky und für 60 Jahre Herrn Heinz Hien.

Im Anschluss an den offiziellen Teil erfolgte noch traditionsgemäß die Einladung zu einem gemeinsamen Abendessen.



> Bereich Berlin, Brandenburg, Freistaat Sachsen, Sachsen-Anhalt, Freistaat Thüringen

Vorsitzende: Astrid Bittkau,  
Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr,  
PA 3, Prötzeler Chaussee 25, 15344 Strausberg,  
Telefon: (03341) 58-2400

## Tagung des Bereichsvorstandes – Bereich VII

Nach langer Pause – aufgrund der Coronapandemie – führte der Vorstand des Bereichs VII am 28. Oktober 2021 wieder eine Sitzung in Präsenz in Strausberg durch.

Als Tagungsort diente das ehemalige Bahnhofsgebäude des S-Bahnhofs „Strausberg Nord“, sodass auch einer Anreise mit klimafreundlicheren öffentlichen

*Barteck*. Herr Barteck ist Tarifbeschäftigter im BAIUDBw, Kompetenzzentrum Travel Management (Dienstort Leipzig) und wird zukünftig den Bereich VII in der AG Tarifpolitik vertreten.

Im Rahmen der Vorstandssitzung wurden „Schwerpunktthemen“ wie Stellenbesetzungsverfahren (militärische Besetzung von zivilen Führungsdienstposten im Bereich der Karrierecenter) und die Ausbringung höherwertiger Dienstposten des mittleren Dienstes in den Ortsdienststel-

len und Beamten an die Arbeitszeit der Tarifbeschäftigten an erster Stelle. Diese Forderung wurde zugleich im Rahmen einer Webex-Zuschaltung an die Bundesvorsitzende, Frau Imke v. *Bornstaedt-Küpper* mit Blick auf den dbb bekräftigt.

Herr Stefan *Tittes-Deblon* (ebenfalls zugeschaltet per Webex) und Herr Steffen *Espig*, beide im Hauptpersonalrat beim Bundesministerium der Verteidigung tätig, beantworteten Fragen der Vorstandsmitglieder. Diese konnten wiederum auch Fragen der beiden Interessensvertreter beantworten und Anregungen geben aus der Sicht einer Ortsdienststelle.



Unter strenger Einhaltung des Hygienekonzeptes fand ein reger Austausch über die geplanten Tagungsordnungenpunkte der danach folgenden Bundesvorstandssitzung statt und über weitere aktuelle Verbandsthemen.

Verkehrsmitteln nichts im Wege stand.

Gleich am Anfang der Tagesordnung stand eine Personalie. Der Vorstand des Bereichs VII hat sich personell ergänzt und kooptierte Herrn Domenik

len (BwDLZ'en, KarrcBw und anderen) diskutiert.

Natürlich steht bei unseren Mitgliedern im Bereich VII auch immer wieder die Frage nach der Angleichung der wöchentlichen Arbeitszeit der Beamtin-

Ein Auszug der angesprochenen Themen wie zum Beispiel Bundeswehrfeuerwehr, Altersteilzeit, Besetzungsverfahren, Beförderungsstand, Beurteilungen und mobiles Arbeiten zeigt die Vielschichtigkeit der Arbeitsfelder unseres Verbandes. Über Sachverhalte, die die Mitglieder bewegen, und über ggf. geeignete Lösungsvorschläge wird der Bereichsvorstand den Bundesvorstand und die Bundesleitung informieren.

Eine nächste Vorstandssitzung ist für das Frühjahr 2022 geplant. Ein Treffen mit den Standortgruppenvorsitzenden wird aller Voraussicht nach im September 2022 stattfinden. ■

> Bereich Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr (BAAINBw)

Vorsitzender: Jakob Milles, Geschäftsstelle VBB-Bereich IX, Rheinstraße 1–5, 56068 Koblenz, Telefon (0261) 15717

## Novemberversammlung der Ruheständler des Bereiches IX, BAAINBw

Der VBB-Ruhestandsvertreter des Bereiches IX und Seniorenvertreter im VBB-Bundesvorstand, Peter *Balmes* hatte die Ruhestandsbeamten/-innen des Bereiches IX, BAAINBw kurzfristig per E-Mail zu einer

Veranstaltung mit traditionellem Debbekooche-Essen in den Winzerhof Wirges in Moselweiß eingeladen.

Am Folgetag der Einladung lagen bereits so viele Anmeldun-

gen vor, dass die maximal zulässige Anzahl der Veranstaltungsteilnehmer im Winzerhof unter Berücksichtigung der Coronaauflagen erreicht war. *Balmes* begrüßte die Ruheständler und hieß alle herzlich willkommen; sein besonderer Gruß galt dem VBB-Bereichsvorsitzenden Jakob *Milles*, der

gerne der Einladung des Seniorenvertreters gefolgt war. Zu Beginn der Veranstaltung wies *Balmes* in seinem Grußwort auf den geplanten 13. Deutschen Seniorentag der Bundes Arbeitsgemeinschaft der Senioren Organisationen e.V. (BAGSO) hin, der in der Zeit vom 24. bis 26. November 2021



im Hannover Congress Centrum geplant war. Die Veranstaltungsteilnehmer erhielten aus den Händen des Seniorenvertreters hierzu ausführliche Programmbroschüren über den Ablauf des Seniorentages und die Anregung unter anderem zum Besuch des dbb/VBB-Messestandes in der Glashalle auf dem Messegelände. Aufgrund der ständig steigenden

Infektionszahlen beschlossen die VBB-Bundesleitung und auch die BAGSO-Bundessenio-  
renvertretung, am 13. Deutschen Seniorentag nicht teilzunehmen. Letztlich fand der Seniorentag ausschließlich digital statt.

Nachdem die Ruheständler im Rahmen der Bereichsveranstaltung die VBB-Wand- und Ta-

schkalender des Verbandes in Empfang genommen hatten, ging's mit dem traditionellen Debbekooche-Essen, auf das sich alle freuten, zum geselligen Teil über. Besondere Freude kam bei den Ruheständlern auf, als Balmes verkündete, dass der VBB-Bereich IX, BAAINBw für den Debbekooche einen finanziellen Zuschuss bewilligt habe.

Am frühen Abend klang die Veranstaltung bei einem guten Wein und anregenden Gesprächen aus.

Eine Jahresabschlussveranstaltung im Dezember konnte 2021 aufgrund der Coronabeschränkungen – in den vergangenen Jahren zählte diese Veranstaltung mit den zu ehrenden Personen mehr als 100 Teilnehmer – zum Bedauern aller VBB-Ruheständler nicht stattfinden.

Alle VBB-Senioren hoffen auf bessere Bedingungen in 2022, um die regelmäßigen monatlichen Treffen und auch Tagesfahrten ohne Einschränkungen wieder zu ermöglichen.

Der Weihnachtsbrief des VBB-Seniorenvertreters des Bereiches IX, BAAINBw wurde an alle Ruhestandskollegen/-innen per Post versandt. ■

## > Personalnachrichten

### Wir gratulieren zur Ernennung

**zum Direktor Mars**  
Daniel Gutsche, Wilhelmshaven

**zum Regierungsdirektor**  
Karl-Heinz Horacek, Bonn  
Thomas Höfner, Nürnberg  
Christian Ostwald, Koblenz  
Ronald Rekowski, Koblenz  
Benjamin Sauer, Hürth

**zum Technischen Regierungsdirektor**  
Simon Delles, Bonn  
Marco Hug, Strausberg

**Forstdirektor**  
Jan Schafberg, Hannover

**zur Oberregierungsrätin**  
Annett Heidler, Neubrandenburg  
Verena Portoschko, Koblenz

**zum Oberregierungsrat**  
Markus Pauls, Sankt Augustin  
Michael Weck, Koblenz

**zum Technischen Oberregierungsrat**  
Jens Eckert, Koblenz  
Matthias Jakob, Koblenz  
Andreas Sonntag, Koblenz

**zur Regierungsrätin**  
Heike Geis, Koblenz  
Sonja Kühne, Bonn  
Monika Weimann, Manching/Ingolstadt

**zur Regierungsoberamtsrätin**  
Rosemarie Queckbörner, Trier  
Ute Wrzesinsky, Rostock

**zum Regierungsoberamtsrat**  
Uwe de Groot, Oldenburg  
Rudolf Federsel, Würzburg  
Jürgen Göhler, Ostsachsen  
Christian Kulow, Augustdorf  
Hardy Zeitz, Husum

**zum Technischen Regierungsoberamtsrat**  
Knut Forker, Koblenz  
Oliver Jung, Idar-Oberstein  
Holger Kamp, Koblenz  
Christian Schieben, Trier

**zur Regierungsamtsrätin**  
Sarah Huber, Bonn

**zum Regierungsamtsrat**  
Patrick Lang, Idar-Oberstein  
Thomas Neumeier, Donau-Wald/Bogen  
Alto Pfisterer, Donau-Wald/Bogen  
Heiko Schröter, Neubrandenburg

**zur Technischen Regierungsamtsrätin**  
Conni Müller, Greding

**zum Technischen Regierungsamtsrat**  
Jonas Martens, Koblenz  
Christian Vroemen, Greding

**zur Regierungsamtsfrau**  
Lisa Böhm, Donau-Wald/Bogen  
Jennifer Meier, Düsseldorf  
Julia Pleis, Wilhelmshaven  
Barbara Tauer, Donau-Wald/Bogen

**zum Regierungsamtsmann**  
Matthias Mahrla, Magdeburg  
Manuel Neumann, Koblenz

**zum Technischen Regierungsamtsmann**  
Oliver Henrich, Koblenz  
Sascha Wilke, Koblenz

**zum Regierungsoberinspektor**  
Matthias Göken, Koblenz

**zum Regierungsinspektor**  
Armin Becker, Stadtallendorf  
Wulf Knolle, Wunstorf  
Heiko Schmidt, Stuttgart  
Alexander Welter, Bonn

**zur Regierungsamtsinspektorin**  
Maja Runge-Gaul, Wunstorf  
Marion Zimmermann, Bad Reichenhall/Traunstein

**zum Regierungsamtsinspektor**  
Heinrich Hartmann, Hannover  
Dieter Janßen, Leer

**zum Hauptbrandmeister**  
Stefan Burtscheid, Wahn  
Karsten Hübschen, St. Wendel

Gerrit Mänzel, Aurich  
Thomas Rieder, Vulkaneifel  
Ingo Siebelts, Aurich

**zur Regierungshauptsekretärin**  
Kristina Fischer, Wilhelmshaven

**zum Regierungshauptsekretär**  
Michael Kruse, Hannover  
Richard Petzl,  
Donau-Wald/Bogen

**zum Technischen  
Regierungshauptsekretär**  
Fabian Muck, Trier  
Jörn Rehder, Wilhelmshaven  
Arne Ruh, Wilhelmshaven  
Enno Weber, Wilhelmshaven

**zur Oberbrandmeisterin**  
Bianca Seltmann,  
Hammelburg/Wildflecken

**zur Regierungsobersekretärin**  
Marlene Breu,  
Donau-Wald/Bogen  
Kristina Hochhalter,  
Donau-Wald/Bogen

## Alle guten Wünsche für den Ruhestand

**der Vizepräsidentin**  
BAIUIBw a.D.  
Hedwig Hoffmann, Koblenz

**dem Leitenden  
Regierungsdirektor a.D.**  
Jörg-Michael Winkler, Bonn

**den Regierungsdirektoren a.D.**  
Detlef Dossdall, Leipzig  
Thomas Korthals,  
Traben-Trarbach  
Berthold Römer, Munster

**dem medizinischer Direktor a.D.**  
Peter Knöchelmann, Erfurt  
**dem Oberregierungsrat a.D.**  
Thomas Siry, Sankt Augustin

**den Regierungs-  
oberamtsräten a.D.**  
Rolf Krinke, Torgelow  
Werner Roling, Meppen  
Friedrich Säger, Greding

**den Technischen Regierungs-  
oberamtsräten a.D.**  
Michael Hausen, Trier  
Klaus Linster, Koblenz  
Ingo Menking, Wilhelmshaven  
Jürgen Schafroth,  
Manching/Ingolstadt

**der Regierungs-  
oberamtsrätin a.D.**  
Gabriele Richter-Uchtmann,  
Munster

**den Regierungs-  
amtsräten a.D.**  
Steffen Lorenz, Berlin  
Rüdiger Schmidt, Hannover

**der Regierungsamtfrau a.D.**  
Gudrun Rumpel, Erfurt

**den Regierungs-  
amtsinspektoren a.D.**  
Werner Rebholz,  
Stetten am kalten Markt  
Hans-Dieter Schenk, Stuttgart

**den Technischen Regierungs-  
amtsinspektoren a.D.**  
Ludwig Bönsch, Aachen/Jülich  
Alois Schmitt, Idar-Oberstein  
Jürgen Seiß, Idar-Oberstein  
Heinrich Wohlers,  
Wilhelmshaven

**den Hauptbrandmeistern a.D.**  
Volker Bütepage, Faßberg  
Thomas Warneke,  
Landsberg/Lechfeld

**den Regierungs-  
hauptsekretärinnen a.D.**  
Ursula Kückler, Kyffhäuser  
Karin Prosser, Niederstetten

Angelika Sziedat,  
Wilhelmshaven

**den Regierungs-  
hauptsekretären a.D.**  
Wolfgang Görsch, Ulm  
Klaus Kirch, Aachen/Jülich  
Matthias Kirchen, Rhein-Main  
Eberhard Störmer, Erfurt

**den Technischen  
Regierungshaupt-  
sekretären a.D.**  
Bernhard Berane,  
Wilhelmshaven  
Thorsten Laurenz,  
Wilhelmshaven

**der Bibliothekshaupt-  
sekretärin a.D.**  
Gabriele Botz, Aachen/Jülich

**den Oberbrand-  
meistern a.D.**  
Hans-Ulrich Baden, Faßberg  
Siegbert Buchwald,  
Südbrandenburg  
Dieter Ebert,  
Hammelburg/Wildflecken  
Michael Lorz, Burg  
Hans-Jürgen Preißmann,  
Darmstadt  
Frank Schlecht,  
Bad Neuenahr/Ahrweiler

## > In stiller Trauer ...

### ... gedenken wir unserer verstorbenen Kollegen

Regierungshauptsekretär a.D. Hans-Peter Ackermann, St. Goar  
Regierungsoberamtsrat a.D. Hans-Georg Bierfreund, Gomaringen  
Technischer Amtsinspektor a.D. Klaus Böther, Wittmund  
Technischer Regierungsobersekretär a.D. Helmut Dietzen, Trier  
Amtsinspektor a.D. Eckhard Dressel, Bad Bergzabern  
Regierungsoberamtsrat a.D. Udo Freiberg, Wiesbaden  
Technischer Regierungsoberamtsrat a.D. Ignaz Gemein, Sinzig  
Leitender Regierungsdirektor a.D. Justus Gierke, Hagen  
Amtsinspektor a.D. Heinz-Jörg Grünwald, Meppen  
Regierungshauptsekretär a.D. Werner Günzel, Munster  
Abteilungspräsident a.D. Karl Häferle, Rainau-Schwabsberg  
Technischer Amtsinspektor a.D. Günter Hammes, Nohfelden  
Regierungsamtman a.D. Friedhelm Häupel, Augustdorf  
Regierungsamtman a.D. Heinz-Jörg Henig, Ebern

Technischer Amtsinspektor a.D.  
Karl-Heinz Hesse, Hamburg  
Direktor BAAINBw a.D. Edgar Höfling, Koblenz  
Amtsinspektor a.D. Alois Höpfler, Neuburg  
Technischer Regierungsamtman a.D. Anton Hösl, Ingolstadt  
Technischer Regierungsamtman a.D. Walter Jacobi, Eckernförde  
Regierungsamtman a.D. Dieter Knobling, Hannover  
Technischer Regierungshauptsekretär a.D.  
Herbert Johann Koch, Schoden  
Regierungsamtman a.D. Manfred Kornshage, Augustdorf  
Technischer Regierungsoberamtsrat a.D. Volker Lattwesen, Kiel  
Regierungsoberamtsrat a.D. Klaus Lechler, Missen-Wilhams  
Regierungsamtsinspektor a.D. Johann Josef Lehnen, Trier  
Regierungsamtman a.D. Friedhelm Neidt, Hamburg  
Regierungsoberinspektor a.D. Peter Pietschmann, Ulm



Direktor BAAINBw Johannes Port, Braubach  
 Regierungsoberamtsrat a.D. Arno Priemer, Düsseldorf  
 Technischer Amtsinspektor a.D. Günter Quante, Ingolstadt  
 Amtsinspektor a.D. Hans-Jürgen Rachlitz, Flensburg  
 Direktor BAAINBw a.D. Karl-Heinz Räßle, Boppard  
 Regierungsoberinspektor a.D. Richard Rauprecht, Ingolstadt  
 Technischer Regierungsoberamtsrat a.D. Wolfgang Ritter, Greding  
 Bauoberrat a.D. Manfred Rohwedder, Lahnstein  
 Regierungsoberinspektor a.D. Friedhold Ruf, Hannover  
 Regierungsamtsrat a.D. Norbert Sandkühler, Recklinghausen  
 Regierungsamtmann a.D. Dieter Scheffler, Ulm  
 Präsident WBV a.D. Norbert Schelleis, Lahnstein  
 Regierungsoberinspektor a.D. Kurt Schimpl, Wiesbaden  
 Oberamtsrat a.D. Wilhelm Schlamp, Meckenheim  
 Regierungshauptsekretär a.D. Manfred Schneider, Staufenberg

Regierungshauptsekretär a.D. Siegfried Schrafstetter, Marburg  
 Regierungshauptsekretär a.D. Hermann Schulz, Barsbüttel  
 Technischer Regierungsamtsrat a.D. Karl-Heinz Schulz, Suhlendorf  
 Regierungshauptsekretär a.D. Adolf Schunke, Hannover  
 Technischer Regierungshauptsekretär a.D. Karl-Heinz Seidel, Worms  
 Regierungsamtsrat a.D. Karl-Heinz Sende, Rostock  
 Technischer Amtsinspektor a.D. Uwe Störmer, Varell  
 Regierungsdirektor a.D. Dr. Volker Tetzner, Stuttgart  
 Regierungsamtsinspektor Peter Viergutz, Krauchenwies  
 Technischer Regierungsoberamtsrat a.D. Dieter Voelkmann, Ingolstadt  
 Regierungsoberamtsrat a.D. Alfred Weiberg, Hannover  
 Technischer Regierungsoberamtsrat a.D. Albert Hugo Horst Wengler, Montabaur  
 Regierungshauptsekretär a.D. Karl-Heinz Zinsmeister, Igersheim

#### > Hinweis

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,  
 der Verband der Beamten und Beschäftigten der Bundeswehr e.V. (VBB) veröffentlicht im VBB-Magazin regelmäßig persönliche Nachrichten aus folgenden Anlässen: Personalnachrichten (Beförderung, Eintritt in den Ruhestand) und Trauerfälle.

Veröffentlicht werden hierbei Name, Vorname, Amtsbezeichnung und Zugehörigkeit zur VBB-Standortgruppe beziehungsweise Wohnort. Rechtsgrundlage ist Art. 6 Abs. 1 lit. f) EU-Datenschutz-Grundverordnung (EU-DSGVO). Die Veröffentlichung erfolgt aufgrund der Meldung durch die Bereiche/Landesverbände, der Standortgruppe oder der Veränderungsanzeige durch das Mitglied selbst.

Wenn Sie eine Veröffentlichung nicht wünschen, können Sie dieser jederzeit widersprechen.

Es genügt eine Mitteilung in Textform. Ein Widerspruch per E-Mail kann gesendet werden an [mail@vbb-bund.de](mailto:mail@vbb-bund.de).

Soweit Veröffentlichungen fehlerhaft sind, werden sie selbstverständlich in korrigierter Form erneut bekannt gegeben. Die wiederholte und korrigierte Bekanntgabe wird dann mit dem Buchstaben **(K)** gekennzeichnet. Die Schriftleitung bittet darum, fehlerhafte Bekanntgaben rasch zu melden, damit zeitnah eine Korrektur veranlasst werden kann, und entschuldigt sich bei den Betroffenen für das Versehen.

**Genderhinweis:** Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung der Sprachformen männlich, weiblich und divers (m/w/d) verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für alle Geschlechter.

#### > Zudem ...

... kann es sein, dass zahlreiche der genannten Ereignisse in den Personalnachrichten schon einige Zeit zurückliegen, da sie uns erst jetzt zur Kenntnis gelangen. Dennoch soll auf eine Veröffentlichung nicht verzichtet werden. Wir meinen, dass das im überwiegenden Interesse der betroffenen Kolleginnen und Kollegen ist.

*Schriftleitung*



## Eins, zwei, drei. Dabei!

Bitte unterstützen Sie unsere Hilfen für kranke, behinderte und vernachlässigte Kinder.

Online spenden unter [www.spenden-bethel.de](http://www.spenden-bethel.de)

Bethel 

313

Politischer Auftakt

# Einfach machen – Investition und Innovation für unser Land



© Marco Urban (7)

Coronapandemie, digitaler Wandel, Klimaschutz, Zuwanderung – die neue Bundesregierung steht vor großen Herausforderungen. Ohne eine zuverlässige und moderne Verwaltung werden diese Aufgaben nicht zu bewältigen sein. Auf der 63. dbb Jahrestagung, die am 10. Januar 2022 als digitales Format in Berlin stattfand, wurden die drängenden Zukunftsfragen mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Gesellschaft diskutiert.

**D**igitalisierung, Klimaschutz, auch durch ökologische Transformation der Wirtschaft, Bildung, sozialer Wandel, gesellschaftlicher Zusammenhalt, Zuwanderung – ohne einen personell und technisch aufgabengerecht ausgestatteten, leistungsfähigen und motivierten öffentlichen Dienst werden diese Zukunftsaufgaben nicht zu bewältigen sein“, stellte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach zum Auftakt der Jahrestagung klar.

Der öffentliche Dienst, personell auf Kante genäht und technisch oft im Vorgestern stecken geblieben, befinde sich seit Jahren „quasi im Dauerstresstest“. Die Beschäftigten warteten vergeblich auf spürbare Wertschätzung und die Erkenntnis von Arbeitgebern und Dienstherrn, „dass es allerhöchste Zeit ist, nachhaltig in Personal zu investieren und es mit attraktiven Arbeitsbedingungen auch zum Bleiben zu motivieren“, kritisierte der dbb Chef. Zudem betonte er, dass es nicht an den Beschäftigten liege, wenn der Staat in vielen Belangen nicht mehr so funktioniere, wie die Bürgerinnen und Bürger es zu Recht erwarteten. „Wenn man es aus politischer Saumseligkeit und Begeisterung für schwarze Nullen über Jahre versäumt, die Behörden und Verwaltungen krisenfest aufzustellen, darf man sich im Katastrophenfall nicht verwundert den Schlaf aus den Augen reiben“, sagte Silberbach.

Er warnte: „So darf es nicht weitergehen. Ein Staat, dem die Menschen immer weniger vertrauen und der ihnen nicht so dient, wie



**„Ohne Investitionen wird  
Deutschland existenzielle Zukunfts-  
aufgaben nicht bewältigen.“**

dbb Chef Ulrich Silberbach

sie es von ihm erwarten – solch ein Staat hat umgekehrt auch immer weniger von den Menschen zu erwarten. Wenn mit dem öffentlichen Dienst der Kitt unseres Staatsgefüges bröckelt, wenn

sich das System langsam, aber sicher in seine Einzelteile zerlegt, dann kommen uns der gesellschaftliche Zusammenhalt, die Achtung von Recht und Gesetz, Solidarität und Respekt abhanden.“ Auch bei den Beschäftigten sei die Frustration groß über „Personalmangel, ständig mehr Aufgaben, uralte Technik und ein Wust an Bürokratie, der jede Innovation und Agilität im Keim erstickt“.

Silberbach skizzierte einen klaren Fahrplan für eine nachhaltige Modernisierung des öffentlichen Dienstes und mahnte zur Eile: „Wir müssen jetzt einfach ins Machen kommen“, forderte er. Neben einer aufgabengerechten Personalausstattung und attraktiven Arbeitsbedingungen gelte es, die Digitalisierung der Verwaltung endlich tatsächlich umzusetzen. „Aktuell fehlen uns im öffentlichen Dienst insgesamt mehr als 330 000 Beschäftigte für die Erledigung der Aufgaben. Damit nicht genug: Fast 1,3 Millionen Kolleginnen und Kollegen sind über 55 Jahre und werden in den kommenden Jahren ausscheiden. 1,3 Millionen. Wie Bund, Länder und Kommunen diesen Verlust an Know-how und Arbeitskraft kompensieren wollen, ist bis heute schleierhaft“, unterstrich Silberbach. Die ohnehin nur schleppend anlaufende Digitalisierung alleine werde das Problem nicht lösen. Ohne Menschen sei auch in Zukunft kein Staat zu machen, und die Politik solle endlich aufhören, „das Personal immer nur als Kostenfaktor mit zwei Ohren zu betrachten. Investitionen in den öffentlichen Dienst sind Investitionen in Stabilität, Konjunktur, Bildung, Sicherheit und Wohlstand.“

Der dbb Chef forderte zudem allgemein mehr Respekt und Wertschätzung für den öffentlichen Dienst. „Die Kolleginnen und Kollegen im Staatsdienst sind nicht Blitzableiter von Amts wegen für eine Politik, die in der Kritik steht. Das müssen die, die politische Verantwortung tragen, immer wieder unmissverständlich klar machen. Wer Menschen angreift, die unseren Staat und die Werte, für die er steht, repräsentieren und verteidigen, greift uns alle an. Deswegen erwarten wir von Politik und Gesellschaft mehr Schutz, mehr Respekt und mehr Rückhalt.“

**N**ancy Faeser, seit Dezember Bundesministerin des Innern und für Heimat, betonte die zahlreichen Gemeinsamkeiten, die sie bei der künftigen Ausgestaltung des öffentlichen Dienstes mit den Positionen des dbb sieht. „Die Zusammenarbeit mit Ihnen liegt mir sehr am Herzen. Wir wollen unser Land moderner und digitaler machen. Das geht nur mit einem starken öffentlichen Dienst. Wir wollen Vorbild und Antreiber sein: für Vielfalt, Gleichstellung und gute Arbeitsbedingungen“, sagte Faeser in ihrem Statement. Die neue Ressortchefin würdigte zudem den Einsatz der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes im bisherigen Verlauf der Coronakrise: „In dieser Pandemie leistet der öffentliche Dienst herausragende Arbeit. Er hält unser Land am Laufen, jeden Tag. Viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wachsen tagtäglich über sich hinaus. Viele halten tagtäglich den Kopf hin – trotz Anfeindungen, trotz eigener Infektionsgefahren, trotz Sorgen um Kinder oder Ältere in der eigenen Familie, trotz des Frusts und der Erschöpfung, die wir alle erleben. Dafür möchte ich mich ganz herzlich bedanken!“

Die Bundesinnenministerin kündigte an, dass die neue Regierung ein verlässlicher Partner für alle Beschäftigten und Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes sein werde. Grundsätzlich gehe es nicht immer darum, bei der monatlichen Gehaltshöhe



## „Eine gute Bezahlung ist Ausdruck von Wertschätzung.“

Bundesinnenministerin Nancy Faeser

jedes Rennen mit der Wirtschaft zu gewinnen. „Viel wichtiger ist, das Gesamtpaket aus Einkommen, sozialer Absicherung und attraktiven Arbeitsbedingungen zu sichern und herauszustellen. Der Schleifstein wäre dafür das völlig falsche Instrument“, betonte Faeser. Mit Blick auf die Zukunft des öffentlichen Dienstes gehe es ihr darum, konkret zu analysieren, was verbessert werden könne. „Wir wollen den Wettbewerb um die besten Köpfe gewinnen. Da gibt es viel zu tun: von den Arbeitsbedingungen über die Ausstattung bis hin zum Respekt. Wir sind uns einig, dass wir es nicht beim Applaus belassen dürfen“, stellte Faeser klar. Zwar sei die Bezahlung im öffentlichen Dienst längst nicht alles, „aber eine gute Bezahlung ist Ausdruck von Wertschätzung“. Mit Blick auf die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts aus dem letzten Jahr zur amtsangemessenen Alimentation versicherte die Bundesinnenministerin: „Wir werden für Besoldungs- und Versorgungsempfängerinnen und -empfänger eine zielorientierte und sachgerechte Lösung finden und sicherstellen, dass der Bund auch künftig verfassungsgemäß alimentiert. Wenn das zusätzliche Geld kostet, dann muss es uns dies wert sein.“

Eine klare Ansage gab es von Nancy Faeser in Sachen Gewalt gegen Beschäftigte: „Die Täter müssen konsequent zur Verantwortung gezogen werden. Wir brauchen einen besseren Schutz für Betroffene und wollen für eine wirkungsvolle Prävention sorgen.“ Die Bundesinnenministerin erneuerte auch ihre Warnung vor dem Rechtsextremismus, der „die größte Bedrohung für unsere Demokratie und für unsere offene und vielfältige Gesellschaft“ sei. „Diese Gefahr darf niemand mehr unterschätzen. Auch und erst recht nicht im öffentlichen Dienst.“ Wer nicht fest auf dem Boden des Grundgesetzes stehe, habe in Behörden nichts zu suchen. Gemessen an der Gesamtzahl der öffentlich Beschäftigten rede man über sehr wenige Fälle, betonte Faeser, aber „jeder Extremismusfall ist einer zu viel. Verfassungsfeinde werden wir schneller aus dem öffentlichen Dienst entfernen als bisher.“

Für das Gelingen der Digitalisierung in Staat und Verwaltung will die Bundesinnenministerin, deren Haus weiterhin für die digitale Transformation zuständig ist, neue Kräfte freisetzen. Ein Digital-Check soll Gesetze darauf abklopfen, ob sie das Leben einfacher



Bundesinnenministerin Nancy Faeser und dbb Chef Ulrich Silberbach diskutierten unter der Moderation von Anke Plättner.

und digitaler machen. Die Digitalisierung müsse noch stärker in der Kultur der Verwaltung, in Aus- und Fortbildung verankert werden. Faeser betonte, dass ihr Ministerium mit der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG), dem Registermodernisierungsgesetz, der Digitalisierung des Personalausweises und der IT-Konsolidierung des Bundes große Reformvorhaben stemme, wobei die Föderale IT-Kooperation (FITKO) eine wichtige Rolle spiele und personell sowie finanziell gestärkt werde. „Aber bitte kein aufwendiger Umbau oder eine neue Behörde“, sagte Faeser mit Blick auf die Forderung des dbb, die FITKO zu einer vollwertigen Digitalisierungsagentur mit entsprechenden Umsetzungs- und Durchgriffsrechten auszubauen.

In der anschließenden Diskussion mit dbb Chef Ulrich Silberbach betonte die Bundesinnenministerin, dass mit Blick auf die Gewinnung von Fachkräften für den öffentlichen Dienst deutlich mehr Anstrengungen erforderlich seien. Mit den Gehältern in der Privatwirtschaft, beispielsweise im Bereich IT, könne der Staat kaum mithalten, aber mit Arbeitsbedingungen und Arbeitsumfeld durchaus punkten. Ohne eine gewisse Flexibilisierung in Fragen des Verdienstes werde es indes nicht gehen, sagte Faeser. Der dbb Bundesvorsitzende verwies darauf, dass Besoldungs- und Tarifrecht in diesen Punkten flexibel genug seien, jedoch keine entsprechenden finanziellen Mittel bereitgestellt würden. Hieran müsse gearbeitet werden. Auch im Gesundheitssektor müssten die Einkommens- und Arbeitsbedingungen dringend verbessert werden, sagte Faeser, „die Pflegekräfte arbeiten weit über ihrem Limit“.

Dissens bestand in der Diskussion in puncto allgemeine Impfpflicht gegen das Coronavirus. Während sich Bundesinnenministerin Faeser klar dafür aussprach, warnte der dbb Bundesvorsitzende davor, dass der Staat eine Drohkulisse aufbaue, die er am Ende nicht mit Umsetzung hinterlegen könne. „Der Staat ist derzeit nicht in der Lage, das umzusetzen, und dann verlieren wir weiter an Vertrauen in der Bevölkerung.“ Besser sei es, noch stärkere Impfanreize zu setzen und weiter für die Impfung zu werben.

**B**undesfinanzminister Christian Lindner dankte den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in seinem Impulsvortrag für ihr Engagement bei der Bewältigung der Coronapandemie: „Der öffentliche Dienst hat in dieser Pandemie gezeigt, was unser Land an ihm hat. Er hat gezeigt, welche besondere, unser gesamtes Land stabilisierende Rolle er spielt. Dafür gebührt den Beschäftigten Dank und Anerkennung der Bundesregierung.“

Das gelte auch für die wichtigen Funktionen, die der öffentliche Dienst für ein gesundes Wirtschaftswachstum habe: „Wachstum entsteht im Zentrum der Gesellschaft, durch privatwirtschaft-

liche Aktivität. Dafür sind gute und verlässliche Rahmenbedingungen unerlässlich, insbesondere auch ein leistungsfähiger öffentlicher Dienst.“ Das gesamte Kabinett und er als Finanzminister, so Lindner, würden sich daher für eine bessere Bezahlung, klare Aufstiegschancen, moderne Arbeitsbedingungen und gesellschaftliche Wertschätzung einsetzen.

Lindner betonte in diesem Zusammenhang, dass sich die Bundesregierung ausdrücklich zum Berufsbeamtentum als einer tragenden Säule des öffentlichen Dienstes bekenne. Daher habe man auch innerhalb der Koalition vereinbart, die eigenständigen Systeme, insbesondere bei der Krankheits- und Altersvorsorge der Beamtinnen und Beamten, beizubehalten. „Alles andere würde der besonderen Bedeutung des Beamtentums nicht gerecht“, so der Bundesfinanzminister.



**„Der öffentliche Dienst hat gezeigt, welche, unser gesamtes Land stabilisierende Rolle er spielt.“**

Bundesfinanzminister Christian Lindner

Bei der Modernisierung des öffentlichen Dienstes hob Lindner Digitalisierung und Diversität hervor: „Arbeitsplätze sollen kein Museum sein“, stellte der Finanzminister klar und bekräftigte, dass mithilfe von bestehenden Kreditermächtigungen des Bundes in Höhe von 60 Milliarden Euro unter anderem aufgrund der Pandemie nicht erfolgte Investitionen in die technologische Transformation und Modernisierung des Staates vorgenommen werden sollen. Die geplante Reform der Ampelregierung für qualifizierte Einwanderung nach Deutschland stelle außerdem für den Staatsdienst eine Chance zur besseren Nachwuchsgewinnung bei gleichzeitiger Stärkung der Vielfalt dar.

Allgemein warnte Lindner mit Blick auf den Staatshaushalt allerdings auch vor zu hohen Erwartungen bezüglich der geplanten Investitionen: „Am Ende kann nur das an Wohlstand verteilt werden, was zuvor erwirtschaftet worden ist.“ Da die Bundesregie-



## „Die Verwaltungsmodernisierung ist Teil der Gesamtstrategie, die wir für Berlin haben.“

Franziska Giffey, Regierende Bürgermeisterin von Berlin

Ab 2023 die Schuldenbremse wieder einhalten wollen, müssen von der Politik eindeutige Schwerpunkte gesetzt werden. Im Bereich des öffentlichen Dienstes nannte er als „prioritär“ Sicherheitsbehörden wie Polizei, Bundeswehr und Zoll sowie die Digitalisierung der Bildung.

Franziska Giffey nahm als neue Regierende Bürgermeisterin von Berlin die Vorhaben ihrer rot-rot-grünen Senatsverwaltung in den Fokus ihres Grußwortes auf der dbb Jahrestagung, für die sie persönlich ins Berliner Studio gekommen war. „Wir haben uns in Berlin viel vorgenommen. Das gelingt aber nur, wenn wir uns auf einen öffentlichen Dienst stützen können, der es schafft, sowohl die Aufgaben der Daseinsvorsorge umzusetzen als auch die Ideen der neuen Senatsregierung zu verwirklichen. Die Verwaltungsmodernisierung ist Teil der Gesamtstrategie, die wir für Berlin haben“, bekräftigte Giffey. Die Verwaltung der Hauptstadt werde kritisiert, räumte die Regierende Bürgermeisterin ein, „sie ist aber an vielen Stellen weit besser als ihr Ruf. Deshalb setze ich mich dafür ein, unseren Mitarbeitern das Gefühl zu geben, dass wir hinter ihnen stehen, und deshalb werden wir den Prozess der Umwandlung partnerschaftlich angehen und nicht über die Köpfe der Beschäftigten hinweg agieren.“

Um die Verwaltung der 3,5-Millionen-Metropole Berlin zu gewährleisten und zugleich zu modernisieren, werde man das Allgemeine Zuständigkeitsgesetz reformieren, das die Kompetenzen der Bezirke und der Senatsverwaltung neu regelt. Zudem sollen sämtliche Digitalisierungs- und Verwaltungsmodernisierungsverfahren in die Hände des erfahrenen Digitalisierungsfachmanns Dr. Ralf Kleindiek gelegt werden. Der neue „Chief Digital Officer“ werde mit Stabsstellen in den Verwaltungen kooperieren und an den Senatssitzungen teilnehmen, kündigte Giffey an. Eine erste Maßnahme sei die schrittweise Erweiterung bestehender digitaler Dienstleistungen: „Hierbei werden wir uns zunächst auf die wichtigsten Produkte wie zum Beispiel Ausweise, Anträge für Kindergeld oder Elterngeld konzentrieren“, so Giffey.

Weitere Ziele der neuen Senatsregierung seien die Verbesserung der Arbeits- und Bezahlbedingungen für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, unter anderem eine Aufstockung des Personalbestandes um rund 700 Stellen, sowie die Verbeamtung der Lehrerinnen und Lehrer: „Diese werden wir so schnell wie möglich umsetzen, um zu verhindern, dass noch mehr Lehrkräfte in andere Bundesländer abwandern“, bekräftigte Giffey.

Der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, Hendrik Wüst, der zurzeit auch Vorsitzender der Ministerpräsidentenkonferenz ist, zeigte sich in seiner digitalen Grußbotschaft überzeugt, dass Politik auch in diesem weiteren Coronajahr mehr sein müsse als Krisenmanagement: „Sie muss neue Chancen schaffen und wagen: Ich denke da zum Beispiel an den Klimawandel. Ich will, dass Industrie und Klimaschutz versöhnt werden. Sorgen wir dafür, dass Deutschland zu einem klimaneutralen Industrieland wird, mit gut bezahlten Industriearbeitsplätzen und ohne finanzielle Überforderung der Verbraucher.“

Auch in vielen anderen Bereichen, etwa bei Bildung, Wissenschaft und Infrastruktur, müsse Deutschland besser werden, sagte Wüst: „Klar ist aber, dass wir diese und andere Herausforderungen nur mit einem leistungsstarken öffentlichen Dienst meistern können. Und den haben wir: Die Bürgerinnen und Bürger wissen, dass sie sich auf den Staat und eine bürgerfreundliche Verwaltung verlassen können.“

Merkmal einer modernen Verwaltung seien attraktivere Arbeitsplätze: „Dazu gehört aus unserer Sicht auch eine leistungsgerechte Besoldung. Deshalb haben wir in Nordrhein-Westfalen in der vergangenen Woche ein Gesetz auf den Weg gebracht, damit das Ergebnis der Tarifverhandlungen auch auf die Beamtinnen und Beamten des Landes übertragen werden kann. Denn wir wissen, dass gerade von ihnen viel erwartet wird.“ *cri/ef/iba*



## „Wir können die Herausforderungen nur mit einem leistungsstarken öffentlichen Dienst meistern.“

Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen,  
Hendrik Wüst

## Reguläre und irreguläre Migration

# Wie gut sind Deutschland und Europa vorbereitet?

Die europäische Migrationspolitik befindet sich in einer anhaltenden Krise. Im Umgang mit der Aufnahme von nach der Genfer Flüchtlingskonvention schutzsuchenden Menschen sind die EU-Mitgliedstaaten ebenso uneins wie mit der Verhinderung von irregulärer Migration. Unterdessen reißt der Strom Schutzsuchender nach Europa über das Mittelmeer und andere Routen nicht ab. Weitere Krisenherde wie der Ukraine-Konflikt könnten bald noch mehr Menschen dazu veranlassen, vor Krieg und Verfolgung zu fliehen.

**W**ie kann Deutschland gemeinsam mit seinen Partnern in der EU Lösungen finden, die eine Krise wie 2015 für die Zukunft verhindern? Wie wahren wir gleichzeitig den humanitären Anspruch, Schutz zu gewähren, wo er gebraucht wird, Rückführungen durchzusetzen, wo sie nötig sind, und reguläre Zugänge zum europäischen und deutschen Arbeitsmarkt zu ermöglichen?

Darüber hinaus muss die deutsche Verwaltung personell und in Sachen Ausstattung mit einer modernen Migrationspolitik

Schritt halten. Denn letztlich müssen die Polizei in Bund und Ländern, der europäische Grenzschutz und die Verwaltungen in der Lage sein, schnell und konstruktiv mit den mitgliedstaatlichen Behörden zusammenzuarbeiten. Aber auch Lehrerinnen und Lehrer, Erziehende, Sozialarbeiterinnen und -arbeiter für die Integration, Berufsberaterinnen und -berater sowie Beschäftigte in den Verwaltungen sind gefordert, den Menschen, die in der Bundesrepublik als neue Mitbürgerinnen und Mitbürger aufgenommen werden, einen guten Start in ihr neues Leben zu ermöglichen.

## Über Strategien, die Mammutaufgabe zu meistern, diskutierten:

### Lena Düpont



© privat

Jahrgang 1986, ist seit Mai 2019 Abgeordnete des Europäischen Parlaments. Hier gehört sie der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) an. Düpont ist Mitglied im Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres sowie stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für regionale Entwicklung, im Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung und im Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter. Düpont studierte Politikwissenschaften und Publizistik an der Universität

Erlangen und war hiernach als wissenschaftliche Mitarbeiterin unter anderem für die Europaparlamentsabgeordnete Renate Sommer tätig.

### Dr. Parnian Parvanta



© Barbara Sigge/MSF

Jahrgang 1982, ist seit Mai 2019 in den Vorstand der deutschen Sektion von Ärzte ohne Grenzen gewählt und seit Juni 2021 stellvertretende Vorstandsvorsitzende. Dr. Parvanta hat in Aachen ihr Medizinstudium abgeschlossen und ist an dem Universitätsklinikum Mainz als Gynäkologin tätig. Ihren ersten Einsatz für Ärzte ohne Grenzen hatte sie 2011 als Ärztin in der Zentralafrikanischen Republik.

### Michael Stübgen



© MIK

Jahrgang 1959, ist seit November 2019 Landesvorsitzender der CDU Brandenburg und seit November 2019 Innenminister des Landes Brandenburg sowie Erster stellvertretender Ministerpräsident. Stübgen absolvierte ein Studium der Evangelischen Theologie in Berlin und in Naumburg. Nach dem Zweiten Theologischen Examen wurde er zum Pfarrer ordiniert und in die Parochie Großthiemig/Brößnitz und Hirschfeld entsandt. Er war von 1990 bis 2019 Mitglied des Deutschen Bundestages.

### Fabrice Leggeri



© CC 2.0/photonews.at/  
Georges Schneider

Jahrgang 1968, ist seit Januar 2015 Direktor der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache Frontex. Vor dieser Tätigkeit hat sich Leggeri in den französischen Ministerien für Inneres und Verteidigung sowie in der Europäischen Kommission mit Themen im Kontext mit dem Schengenraum, der Grenzkontrolle und der Migration mit europäischem Bezug beschäftigt. Leggeri studierte unter anderem an der École normale supérieure (ENS) und an der École nationale d'administration (ENA).

## Kredite

**Beamtendarlehen 10.000 € - 120.000 €**

- Vorteilszins für den öffentl. Dienst
- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Baufinanzierungen echt günstig

**0800 - 1000 500** Free Call  
Wer vergleicht, kommt zu uns.  
Seit über 40 Jahren.

**NEUER exklusiver Beamtenkredit** - Unser bester Zins aller Zeiten - Sensationell günstig

**2,50%** echter Vorteilszins  
effektiver Jahreszins

Repr. Beispiel gemäß §6a PAngV (2/3 erhalten): 50.000 €, Lfz. 120 Monate, 2,50% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,47% p.a., mtl. Rate 470,70 €, Gesamtbetrag 56.484,- € Vorteil: Kleinzins, kleine Rate. Annahme: gute Bonität.

**SUPERCHANCE** um teurere Kredite, Beamtendarlehen/Versicherungsdarlehen & Girokredite sofort entspannt umschulden. Reichsparen mit unserem neuen Exklusivzins, warum mehr zahlen. Exklusivzins  
sehr gut

Unser neuer und bester Zins aller Zeiten, noch nie waren die Zinskosten so gering!  
**Deutschlands günstiger Spezial-Beamtenkredit ohne Versicherungen**

**AK FINANZ**  
Kapitalvermittlungs-GmbH  
E3, 11 Planken  
68153 Mannheim  
Tel.: 06211 178180-0  
info@ak-finanz.de  
www.AK-Finanz.de



Model Foto: Pressmaster/Colourbox.de

**L**ena Düpont (CDU), Mitglied des Europäischen Parlaments, betonte die europarechtliche Seite der Migrationspolitik. Obwohl das EU-Recht gemeinsame Zuständigkeiten für Migrations- und Asylpolitik vorsehe, sei die EU bei der Grenzsicherung organisatorisch weiter als bei der gemeinsamen Migrationspolitik. So lägen zum Beispiel die Kompetenzen für die Art und Weise, wie Einsätze laufen, bei den EU-Mitgliedstaaten. „Bisher haben wir auf europäischer Ebene umgesetzt, was möglich war.“ Darunter fielen der Auf- und Ausbau von Frontex, die Verbesserung von IT-Strukturen und Pilotprojekte, zum Beispiel für die Unterbringung geflüchteter Menschen.

Der große Block Asyl- und Migrationspolitik müsse innerhalb der Mitgliedstaaten aber noch grundlegend verbessert werden, auch was die Zusammenarbeit betreffe, forderte Düpont. „Auch die EU-Kommission hat sich lange nicht so recht an dieses Thema herangetraut, und wie eine gemeinsame Lösung am Ende aussieht, wissen wir heute noch nicht.“ Für die Europaabgeordnete steht außer Frage, dass sich die EU-Mitgliedstaaten auch weiterhin auf akute Krisen vorbereiten müssen. „Dabei muss Grenzschutz immer im Einklang mit menschenwürdigen Außengrenzen stehen.“

**F**abrice Leggeri, Exekutivdirektor der europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex), stellte den Grenzschutz in Europa als einen Aspekt der Migrationspolitik dar, der Asylpolitik nicht ersetzen könne, während Migrationspolitik keine Probleme des Grenzschutzes löse. Frontex sei eingerichtet worden, um den Schengenraum mit seinen offenen

Binnengrenzen zu schützen, indem die EU-Außengrenzen überwacht würden. Das klare Ziel des EU-Grenzmanagements sei, irreguläre Migration zu bewältigen und Kriminalität zu bekämpfen. „Dazu brauchen wir einen politischen Rechtsrahmen, eine EU-weit abgestimmte Politik. Der seit 2015 herrschende Mangel an europäischer Migrationspolitik hat keine guten Auswirkungen auf die Außengrenzen.“

Betrachte man die EU-Außengrenzen als gemeinsame Außengrenzen des Schengenraumes, müsse innerhalb der EU mehr politische Einigkeit herrschen, denn die Entscheidungen eines Landes könnten immer auch Auswirkungen an den Außengrenzen der anderen Länder haben. Dennoch habe die EU zumindest beim Grenzmanagement Fortschritte gemacht, indem europäische Einsatzkräfte seit 2021 über eigene Grenzbeamte verfügten. Vorwürfe, Flüchtlinge würden an den Außengrenzen zum Teil wie Feinde behandelt, wies Leggeri zurück: „Frontex ist den Grundrechten verpflichtet. Es gibt Beobachter, und wenn Vorfälle wie Menschenrechtsverletzungen angezeigt werden, dann muss Frontex diese Fälle untersuchen.“ Weiter habe die Agentur mit ihren Einsatzkräften bereits viele Menschen im Mittelmeer gerettet. „Es ist immer ein Scheitern, wenn Menschen sterben. Unsere Priorität ist es, das zu vermeiden.“

**D**r. Parnian Parvanta, stellvertretende Vorstandsvorsitzende von Ärzte ohne Grenzen, sieht in der sogenannten „Migrationskrise“ seit 2015 vor allem eine menschlich-solidarische Krise an den EU-Außengrenzen. Sie kritisierte scharf, „dass Menschen im Mittelmeer ertrinken oder dass sie zurück-

geführt werden in Staaten wie Libyen, dass es Abschiebehaft gibt und dass die europäischen Regierungen das alles finanzieren und unterstützen. Die EU trägt die Verantwortung, wenn Menschenrechte an ihren Außengrenzen mit Füßen getreten werden und die Grenzpolitik einfach in Form von Pushbacks an die Außengrenzen Libyens oder Afghanistans ausgelagert wird. Das ist unwürdig.“ Parvanta forderte, mehr finanzielle Ressourcen in die Integration geflüchteter Menschen und die psychosoziale Betreuung durch Gewalt und Flucht traumatisierter Menschen zu investieren. Persönlich habe sie als Flüchtlingskind aus Afghanistan schlicht „Glück gehabt, an Grenzpolizisten vorbeigefahren zu sein, die unser Auto nicht angehalten haben. Außerdem habe ich das Asylverfahren sehr jung im Schulalter durchlaufen. Auch das war Glück.“ Die EU brauche eine geordnete Migrationspolitik, die auch Menschen, die aus wirtschaftlichen Interessen nach Europa oder nach Deutschland kommen, eine faire Integrationschance biete.

**B**randenburgs Innenminister Michael Stübgen betonte, dass das Recht auf Asyl nicht vermischt werden dürfe mit anderen Intentionen für Migration – „das Asylsystem ist kein Migrationssystem“. Bei der Gewährleistung und der Umsetzung des Asylrechts kämen Deutschland und EU ihren verfassungs- und völkerrechtlichen Verpflichtungen nach. „Diesen Schutz gewähren wir auf jeden Fall“, so Stübgen, „aber wenn Menschen den Wunsch haben, in einem Land wie Deutschland zu leben, fällt das nicht in den Bereich Asyl.“ Für diese Menschen müsse man zu einer geordneten Migrationspolitik kommen, die mit der Möglichkeit des sogenannten „kleinen Spurwechsels“ bereits in Ansätzen in sinnhafter Verbindung mit dem Asylrecht über Ausbildungs- und Beschäftigungsduldung praktiziert werden könne.

Brandenburg praktiziert laut Stübgen bereits aktive Fachkräftezuwanderung und konnte so allein im vergangenen Jahr rund 2.000 Menschen aus dem Ausland für den heimischen Arbeitsmarkt gewinnen. Der Minister betonte, dass man in Deutschland und Europa, neben eines über das Dublin-II-Abkommen hinausgehenden Verteilungssystems von Geflüchteten, auch zu einer besser geordneten und effektiveren Rückführung von abgelehnten Asylbeantragenden kommen müsse. „Die Rückführung von ausreisepflichtigen Asylbewerbenden funktioniert deshalb nicht, weil die eigentlich rücknahmepflichtigen Herkunftsländer blockieren. In dieser Frage müssen wir mehr Klarheit schaffen.“

**d**bb Chef Ulrich Silberbach betonte in einem abschließenden Statement, dass irreguläre Migration zu verhindern und reguläre Migration zu ermöglichen, zwei Seiten ein und derselben Medaille seien. „Wir wissen, dass wir vor dem Hintergrund der Alterung unserer Gesellschaft dringend reguläre Migration

brauchen – für unseren Arbeitsmarkt, aber auch für die Stabilität unserer sozialen Sicherungssysteme. Wir wissen aber auch, dass irreguläre Migration unsere Gesellschaft überfordern kann. Das gilt auch für den Staat und seinen öffentlichen Dienst, die wie viele unserer Kolleginnen und Kollegen bei Fragen der Migration, regulärer wie irregulärer, stark gefordert sind.“ Silberbach hielt fest, dass die personelle und sachliche Ausstattung der Behörden auch in Sachen Migration unvorhergesehenen Lagen standhalten müsse. Dies sei jedoch derzeit nicht der Fall, im europäischen und im internationalen Vergleich etwa der OECD-Länder gebe Deutschland mitunter am wenigsten für seinen öffentlichen Dienst aus und stehe auch beim Anteil der öffentlich Beschäftigten weit hinten. „Wir brauchen genug Polizei und Justiz, aber auch die Ressourcen in unserer allgemeinen Verwaltung, der Sozialverwaltung und an unseren Schulen, um eine gelingende Aufnahme und perspektivisch die Integration der Menschen sicherzustellen, die langfristig oder dauerhaft in Deutschland eine neue Heimat finden.“

**„Wir brauchen genug Polizei und Justiz, aber auch die Ressourcen in unserer allgemeinen Verwaltung, der Sozialverwaltung und an unseren Schulen, um eine gelingende Aufnahme und perspektivisch die Integration der Menschen sicherzustellen, die langfristig oder dauerhaft in Deutschland eine neue Heimat finden.“**

Ulrich Silberbach

Der dbb Bundesvorsitzende sprach sich für eine stärkere europäische Außen- und Sicherheitspolitik und mehr Kooperation in der Flüchtlingspolitik aus. „Um Menschen Schutz vor Flucht und Verfolgung bieten zu können, müssen wir diejenigen, die keinen Bleibegrund haben, auch in ihre Herkunftsländer zurückführen. Der Schutz der europäischen Außengrenzen ist dabei von zentraler Bedeutung. Die unverzichtbare Arbeit, die unsere Bundespolizei, Frontex und unsere europäischen Kolleginnen und Kollegen hier leisten, ist Voraussetzung für Sicherheit und jede Art von regulärer Migration“, betonte Silber-

bach. Unkontrollierte Zuwanderung gelte es zu verhindern, gleichwohl dürfe Europa nicht zu einer Festung werden oder erlauben, „dass menschenverachtende diktatorische Regime am Rande Europas uns erpressen und die legitimen Hoffnungen von Menschen auf ein besseres Leben ausnutzen, um unsere Gesellschaften in Europa zu destabilisieren“. Wichtig sei insbesondere auch, „dass wir unsere humanitären Anstrengungen in den Herkunftsländern vervielfachen“, so Silberbach. *br/iba*

### Kein Votum für Kontrolle der Binnengrenzen

Die Frage, wie mit dem Zustrom von Flüchtlingen nach Europa umgegangen werden soll, beantworteten 46 Prozent der Teilnehmenden an einer vom dbb in Auftrag gegebenen forsa-Umfrage mit „Sicherung der EU-Grenzen und Kontrollen“. 40 Prozent würden die Flüchtlinge zunächst nach Europa kommen lassen und dann verteilen. Lediglich sechs Prozent der Befragten sprachen sich für eine Sicherung und Kontrolle der deutschen Grenzen aus.

## Deutschland nach der Wahl

# Kommt jetzt die Verwaltungsdigitalisierung?

Die neue Bundesregierung hat im Koalitionsvertrag Pläne zur Digitalisierung der Verwaltung skizziert: Das staatliche Handeln soll zum Beispiel schneller und effektiver werden, um besser auf künftige Krisen vorbereitet zu sein. Das Ziel der Koalitionäre ist ein grundlegender Wandel hin zu einem ermöglichenden, lernenden und digitalen Staat, der vorausschauend für die Bürgerinnen und Bürger arbeitet. Wie dieses Ziel aber erreicht werden soll, bleibt an vielen Stellen des Koalitionspapiers vage.

Für den dbb sind Forderungen nach mehr Agilität und Digitalisierung nicht neu, er fordert seit Jahren ein bestimmtes Zupacken der Politik in Sachen Modernisierung der Verwaltung. Nicht zuletzt die Coronapandemie hat verdeutlicht, wie wichtig die Digitalisierung für unsere Gesellschaft ist: Digitale Technologien haben maßgeblich dazu beigetragen, dass die Verwaltung ihren Betrieb aufrechterhalten konnte. Dabei hat die Pandemie auf der einen Seite zu einem erheblichen Digitalisierungsschub geführt und auf der anderen Seite den Rückstand sowie die Versäumnisse bei der Digitalisierung schonungslos offen-

gelegt. In internationalen E-Government-Rankings gehört Deutschland bei Weitem nicht zur Spitzengruppe.

Die neue Bundesregierung steht unter Handlungsdruck, schnelle Erfolge bei der Digitalisierung zu erzielen. Das scheint den Koalitionsparteien wichtig zu sein, denn sie formulieren den Auftrag bereits in der Präambel des Koalitionsvertrages unter dem Slogan „Mehr Fortschritt wagen“. Wie viel vom Schwung einer frischen Regierungskoalition wird sich in konkreten Maßnahmen zur Digitalisierung niederschlagen?

## Mit dbb Vize Friedhelm Schäfer diskutierten:

### Prof. Dr. Kristina Sinemus

AMC MEDIA NETWORK GmbH & Co. KG  
/Klaus Mai



Jahrgang 1963, ist Hessische Staatsministerin für Digitale Strategie und Entwicklung und stellvertretendes Mitglied des Bundesrates. Nach Abschluss ihres Studiums 1991 arbeitete sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Interdisziplinäre Technikforschung der TU Darmstadt mit Schwerpunkt Ethik und Technik. 1995 promovierte sie in Biochemie an der Technischen Hochschule Darmstadt. Sie gründete 1998 die Genius GmbH und ist dort geschäftsführende Gesellschafterin. Seit 2011 hat sie eine

zurzeit ruhende Professur an der Quadriga Hochschule Berlin inne.

### Lilith Wittmann



© CC 4.0/Martin Moerke

Jahrgang 1995, ist Softwareentwicklerin, IT-Sicherheitsexpertin und Aktivistin. Sie absolvierte eine Ausbildung zur Fachinformatikerin für Anwendungsentwicklung, studiert Politikwissenschaft und Soziologie an der Fernuniversität in Hagen und ist freiberuflich tätig. 2021 nahm sie als Fellow an dem Programm Work4Germany teil. Sie erhielt im Mai 2021 durch Aufdecken von Sicherheitslücken in der App Luca und der Wahlkampf-App CDU connect größere mediale Aufmerksamkeit.

### Dr. Anna Christmann



© Inga Haar

Jahrgang 1983, ist seit 2017 für den Wahlkreis Stuttgart II Mitglied des Deutschen Bundestages. Sie studierte in Heidelberg Politikwissenschaft, Volkswirtschaftslehre und Mathematik und promovierte in der Schweiz zu direkter Demokratie. Anschließend war sie Büroleiterin der Ministerin und Grundsatzreferentin im Wissenschaftsministerium Baden-Württemberg. Im Bundestag war sie in der 19. Wahlperiode Sprecherin für Innovationen & Technologie sowie Bürgerschaftliches Engagement.

### Thomas Langkabel



© Alex Schelbert

D21-Vizepräsident und National Technology Officer von Microsoft Deutschland. Nach seinem Studium der Luft- und Raumfahrttechnik beschäftigt er sich seit mehr als 25 Jahren mit Informationstechnik und Verwaltungsmodernisierung. Er engagiert sich in mehreren zivilgesellschaftlichen Initiativen und Vereinen, darunter bei der Initiative D21 und ist Mitglied des Kuratoriums des Fraunhofer-Instituts FOKUS.

**A**nna Christmann verteidigte die Entscheidung der neuen Ampelkoalition gegen ein eigenes Digitalministerium. Dies müsse nämlich sonst eine „eierlegende Wollmilch-sau“ sein, stattdessen „geht es darum, dass sich alle Bereiche der Verwaltung mit Digitalisierung beschäftigen müssen. Das lässt sich nicht alles in einem Haus bündeln“, so die Abgeordnete. Das Problem habe in der Vergangenheit eher darin bestanden, dass viele Sachen nicht mutig genug angegangen worden seien. Nun hätten die Koalitionäre aber „gute Leitlinien verankert. Jetzt ist es wichtig, diese Ideen umzusetzen“, sagte Christmann.

### „Alle Bereiche der Verwaltung müssen sich mit Digitalisierung beschäftigen.“

Anna Christmann

**D**er Einschätzung bezüglich der Notwendigkeit eines Digitalministeriums wollte sich Kristina Sinemus als entsprechende Landesministerin in Hessen naturgemäß nicht anschließen. „Wir wollen die hessische Verwaltung agiler machen und ihre Dienstleistungen immer besser in den Alltag der Menschen integrieren. Dieses Nutzenversprechen steht im Mittelpunkt der Strategie, die Teil des Gesamtkonzeptes der Digitalisierung in unserem Bundesland ist“, betonte sie. Besonders hob Sinemus die positive Rolle ihres Hauses als Beratungseinrichtung für Kommunen hervor, um etwa über den Austausch von Best-Practice-Beispiele die Digitalisierung auch in der Fläche voranzubringen.

### „Wir wollen die hessische Verwaltung agiler machen.“

Kristina Sinemus

**D**en Ansatz, intern Beratungskompetenz aufzubauen, sieht Lilith Wittmann, die selbst schon beispielsweise mit der Föderalen IT-Kooperation (FITKO) zusammengearbeitet hat, zwar als Fortschritt gegenüber dem Einkauf von externen Beratern, aber längst nicht als Ideallösung. „Wir brauchen überall Digitalkompetenz, in jeder Abteilung, in jedem Referat. Deshalb braucht es einen Mentalitätswandel und einen dauerhaften – nicht nur projektbezogenen – Wissensaufbau in der Verwaltung“, so die IT-Sicherheitsexpertin. Dabei sei es auch wichtig, die entsprechenden Projektteams multiprofessionell aufzustellen: „Diese Trennung zwischen ITlern und Verwaltung ist doch Quatsch.“ Nicht zuletzt könnte die Arbeit im öffentlichen Dienst, von den Routineaufgaben befreit, auch für die Beschäftigten wieder interessanter werden. „Wenn wir uns anschauen, was wir heute alles nicht tun, obwohl wir es müssten, muss dabei auch niemand Angst um seinen Job haben.“

### „Wir brauchen überall Digitalkompetenz, in jeder Abteilung, in jedem Referat.“

Lilith Wittmann

**D**em Wunsch nach Wissensaufbau in der Verwaltung schloss sich auch Thomas Langkabel an. Investitionen in das Personal seien mit das Sinnvollste, was der Staat tun

könne. „Viele Digitalisierungsprojekte sind aus meiner Sicht daran gescheitert, dass die Menschen aus der Verwaltung, die die Prozesse verstehen, nicht mitgenommen worden sind. Das Wissen über Daten, Prozesse und Informationszusammenhänge kann nicht von denen kommen, die programmieren können“, erklärte der National Technology Officer von Microsoft Deutschland. Mit Blick auf die Pläne der neuen Bundesregierung zeigte er sich erfreut über die Bereitschaft, die Digitalisierung grundsätzlicher anzugehen, statt bereits bestehende Strukturen nur „mit einer Lackschicht ‚Digitalisierung‘ zu überziehen“.

### „Digitalisierungsprojekte scheitern, wenn die Menschen nicht mitgenommen werden.“

Thomas Langkabel

**E**inen breiteren Ansatz bei der Digitalisierung forderte auch dbb Vize Friedhelm Schäfer: „Das Wort ‚Onlinezugangsgesetz‘ sagt schon alles. Online-„Zugang“. Und danach ist Schluss?“ Grundsätzlich sei es zwar richtig, die Verwaltungsdigitalisierung von den Bürgerinnen und Bürgern her zu denken, aber das dürfe eben nur der Anfang sein. Vielmehr müssten die Verwaltungsprozesse insgesamt in den Blick genommen und zur Not auch angepasst werden. „Es kann doch nicht sein, das ein Antrag von den Bürgerinnen und Bürgern digital eingereicht und dann in der Behörde trotzdem erst mal ausgedruckt wird. Wir müssen diese Prozesse vom Anfang bis zum Ende digitalisieren, und dazu gehört auch eine bessere Rechtsetzung.“ *cri/ef*

### „Wir müssen Prozesse vom Anfang bis zum Ende digitalisieren.“

Friedhelm Schäfer



dbb Vize Friedhelm Schäfer diskutierte im Panel zur Verwaltungsdigitalisierung.

© Marco Urban

# Politik und moderner Staat Bürgernah, leistungsstark, klimaneutral?

Nach Auffassung des dbb ist eine zeitgemäße öffentliche Verwaltung die Voraussetzung einer starken Demokratie. Um die zahlreichen Aufgaben des Staates und der öffentlichen Verwaltung bewerkstelligen zu können, bedarf es neben angemessener personeller und sachlicher Ressourcen auch die richtigen Prozesse.

Die zentralen Herausforderungen unserer Zeit – der Klimawandel und die digitale Transformation – setzen eine Verwaltung voraus, die einerseits die notwendigen Rahmenbedingungen setzen kann. Andererseits ist mit Blick auf den Fachkräftemangel eine Verwaltungsmodernisierung nötig: Prozesse müssen verschlankt werden, es bedarf eines agilen Personal- und Organisationsmanagements, flexibler Arbeitszeitgestaltung, einer modernen Führungskultur und eines neuen Verständnisses von Ausbildung und Qualifizierung. Um das zu schaffen, müssen die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes von Anfang an in diese Transformationsprozesse einbezogen werden, denn sie verfügen über die nötige Expertise, um den Wandel konstruktiv zu begleiten.

Welche Maßnahmen müssen im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung umgesetzt werden, welche Hemmnisse gilt es zu beseitigen und an welcher Stelle können Bund, Länder und Kommunen voneinander lernen? Welche Rolle spielt die Verwaltung für den Klimaschutz und der Klimaschutz für die Verwaltung? Wie kann die Verwaltung in ihrer Aufgabenerfüllung gestärkt werden und welche Potenziale hält sie für den Umweltschutz bereit?

## Über Verwaltung und Klimaschutz diskutierten:

Prof. Dr. Sabine Kuhlmann



Prof. Dr. Sabine Kuhlmann, Jahrgang 1970, ist stellvertretende Vorsitzende des Nationalen Normenkontrollrates sowie Professorin des Lehrstuhls für Politikwissenschaft, Verwaltung und Organisation der Universität Potsdam. Sie studierte Sozialwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin, wo sie auch promovierte. Nach ihrer Habilitation an der Universität Potsdam arbeitete sie an diversen deutschen Universitäten, unter anderem als Inhaberin des Lehrstuhls für „Vergleichende Verwaltungswissenschaft, insbesondere Verwaltung in Europa“ an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer.

MEHR WISSEN ALS ANDERE. BESTELLEN SIE JETZT.

## Das Wichtigste für 2022! Hier steht's drin!

### Der Inhalt im Überblick:

- Beamtenstatusgesetz
- Bundesbeamtenengesetz
- Bundeslaufbahnverordnung
- Besoldungs- und Versorgungsrecht des Bundes
- Bundesbeihilfeverordnung
- aktuelle Besoldungstabellen für den Bund und die Postnachfolgeunternehmen
- TVöD, TV-L, TVÜ-Bund, TVÜ-VKA, TVÜ-Länder

### Was Sie davon haben:

Das aktuelle Standardwerk in Status-, Einkommens- und Versorgungsfragen für den öffentlichen Dienst des Bundes: Gesetze und Verordnungen auf dem neuesten Stand, teilweise mit Rechtsprechung und Anmerkungen; abgerundet durch die Adressen der dbb Mitgliedsgewerkschaften und der Einrichtungen des dbb.

### So bestellen Sie ganz einfach:

Sie können mit nebenstehendem Bestellcoupon per Post, Fax, E-Mail oder über unseren Onlineshop bestellen.

### NEUERSCHEINUNG



Handbuch für den öffentlichen Dienst in Deutschland



880 Seiten

€ 23,90\*/Abo: 19,50\*\* je Exemplar

ISBN 978-3-87863-087-6

\* inkl. MwSt. zzgl. Porto und Verpackung

\*\* Mindestlaufzeit 2 Jahre, Kündigung bis zum 1. 12. des jeweiligen Jahres möglich



INFORMATIONEN FÜR BEAMTE UND ARBEITNEHMER

DBB Verlag GmbH  
Friedrichstraße 165 · 10117 Berlin  
Telefon: 030.7261917-23  
Telefax: 030.7261917-49  
E-Mail: [vertrieb@dbbverlag.de](mailto:vertrieb@dbbverlag.de)  
Internet: [www.dbbverlag.de](http://www.dbbverlag.de)  
Onlineshop: [shop.dbbverlag.de](http://shop.dbbverlag.de)

## BESTELLCOUPON

Zuschicken oder faxen

- Exemplar/e »Handbuch für den öffentlichen Dienst in Deutschland 2022« (€ 23,90 je Exemplar inkl. MwSt. zzgl. Porto und Verpackung)
- Abonnement (€ 19,50 je Exemplar inkl. MwSt. zzgl. Porto und Verpackung, Mindestlaufzeit 2 Jahre, Kündigung bis zum 1. 12. des jeweiligen Jahres möglich)
- Verlagsprogramm

Name .....

Anschrift .....

Telefon/E-Mail (freiwillig) .....

**Widerrufsrecht:** Sie haben das Recht, binnen 14 Tagen ohne Angabe von Gründen diesen Vertrag zu widerrufen. Die Frist beginnt mit Absendung dieser Bestellung. Zur Einhaltung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an: DBB Verlag GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin, Tel.: 030.7261917-23, Fax: 030.7261917-49, E-Mail: [vertrieb@dbbverlag.de](mailto:vertrieb@dbbverlag.de).

**Werbeeinwilligung:**  Ja, ich bin damit einverstanden, dass mich die DBB Verlag GmbH über eigene Produkte (gedruckte und elektronische Medien) und Dienstleistungen über den Postweg oder per E-Mail informiert. Die von mir gemachten freiwilligen Angaben dürfen zu diesem Zweck gespeichert, verarbeitet und genutzt werden. Der werbliche Verwendung meiner Daten kann ich jederzeit widersprechen, entweder durch Mitteilung per Post an die DBB Verlag GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin, per E-Mail an [vertrieb@dbbverlag.de](mailto:vertrieb@dbbverlag.de), per Fax an 030.7261917-49 oder telefonisch unter 030.7261917-23. Im Falle des Widerspruchs werden meine Angaben ausschließlich zur Vertragserfüllung und Abwicklung meiner Bestellung genutzt.

Datum/Unterschrift .....

## Dr. Gerd Landsberg



© Bernhardt Link/DStGB

Jahrgang 1952, ist Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes. Nach dem Studium der Rechts- und Politikwissenschaften arbeitete er als Richter am Landgericht Bonn sowie im Justizministerium in Düsseldorf. Anschließend wurde er in das Bundesministerium der Justiz abgeordnet. Nach seiner Ernennung zum Richter am OLG Düsseldorf im Jahre 1991 wurde er ein Jahr später zum Beigeordneten des Deutschen Städte- und Gemeindebundes gewählt. 1996 wurde Landsberg

zum Geschäftsführenden Präsidialmitglied des Deutschen Städte- und Gemeindebundes gewählt und leitet den kommunalen Spitzenverband seit 1998 in Berlin.

## Prof. Dr. Uwe Schneidewind



© CC 4.0/IRFG

Jahrgang 1966, ist Oberbürgermeister der Stadt Wuppertal. Er studierte Betriebswirtschaftslehre an der Universität zu Köln und arbeitete für die Unternehmensberatung Roland Berger. 1995 promovierte er am Institut für Wirtschaft und Ökologie der Universität St. Gallen und habilitierte 1998. Zwischen 2010 und 2020 war Schneidewind Präsident und wissenschaftlicher Geschäftsführer des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie und lehrte gleichzeitig an der Bergischen Universität Wuppertal. Von

der Frankfurter Allgemeinen Zeitung wurde er zweimal als einer der 100 einflussreichsten deutschen Ökonomen ausgezeichnet und ist Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat Globale Umweltveränderungen der Bundesregierung.

Nach Auffassung von Dr. Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB), ist die Meinung der Bürgerinnen und Bürger über die Verwaltung „gar nicht so schlecht“. Die derzeitige zentrale Herausforderung sei, alle Verwaltungsdienstleistungen bis Ende des Jahres, wie im Onlinezugangsgesetz (OZG) vorgeschrieben, abzubilden. Dabei sei die Erwartungshaltung der Bürgerinnen und Bürger enorm hoch. Leider sei „die Verwaltung aber noch weit entfernt vom Amazon-Prinzip ‚heute bestellt, morgen geliefert‘, denn wir machen immer noch analoge Gesetze, die in den Kommunen digital umgesetzt werden sollen. Da müssen wir noch besser werden.“

**„Wir machen immer noch analoge Gesetze, die in den Kommunen digital umgesetzt werden sollen. Da müssen wir noch besser werden.“**

Dr. Gerd Landsberg

Ausdrücklich betonte er, dass sich das „Amazon-Prinzip“ aber nicht auf die Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst beziehen dürfe. „Im Gegenteil ist ein weiterer wesentlicher Faktor bei der Verwaltungsdigitalisierung die Fachkräftegewinnung. Wir werden gerade im IT-Bereich zwar niemals das zahlen können, was die Wirtschaft zahlt. Dafür können wir junge Leute mit weichen Faktoren wie der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sicheren Arbeitsbedingungen und fairen Karrierechancen binden und sollten offensiver damit werben.“

Bürgerinnen und Bürger wollten vor allem schnelle Alltagsdienstleistungen, die sie bei ihrer Kommune niedrigschwellig abrufen können. Dabei müsse es natürlich auch Angebote für Menschen geben, die mit dem Digitalen nicht so gut zurechtkommen. „Allerdings führt hier die deutsche Sehnsucht nach der Einzelfallgerechtigkeit zu einem zu großen Wust an Einzelvorschriften. Wenn die sich dann auch noch alle drei Wochen ändern, können wir nur verlieren.“

Prof. Dr. Sabine Kuhlmann, stellvertretende Vorsitzende des Nationalen Normenkontrollrates (NKR), nannte zahlreiche „Verwaltungsbaustellen“, die der NKR in seinen Analysen stets im Zwiespalt zwischen Lippenbekenntnissen und Umsetzbarkeit betrachte – ganz vorne dabei das „Once-Only-Prinzip, bei dem Bürgerinnen und Bürger Daten nur einmal eingeben müssen, um damit viele übergreifende Verwaltungsdienstleistungen nutzen zu können“. Um das zu erreichen, müssten Gesetze immer auch auf ihre Digitaltauglichkeit abgeklopft werden, damit sie in den Institutionen des Staates ebenenübergreifend umgesetzt werden könnten. Weiter müssten Planungsverfahren beschleunigt und die Verwaltungskultur modernisiert werden.

Dass Empfehlungen des NKR oft nicht in Politik und Verwaltung ankommen, sah Kuhlmann auch dem sehr komplexen deutschen Governance-Gefüge geschuldet: „Der Teufel steckt hier auch in den Details der Umsetzung im föderalen System mit seinen oft schleppenden Prozessen.“ Hinzu kämen Probleme, die aus allgemein fehlendem Personal, zu wenigen Fachkräften und mangelnder durchsetzungsstarker Federführung resultierten: „Entscheidungsstrukturen müssen in Deutschland einfach verbindlicher werden. Nicht jeder muss alles selbst erfinden. Stattdessen wäre es effektiver, wenn einmal entwickelte praktikable digitale Lösungen an anderer Stelle niederschwellig übernommen würden.“

**„Entscheidungsstrukturen müssen in Deutschland einfach verbindlicher werden. Nicht jeder muss alles selbst erfinden.“**

Prof. Dr. Sabine Kuhlmann

Die Verwaltung und ihre Verfahren hält Kuhlmann für geeignete Vehikel, Klimaschutzziele zu erreichen: „Eine Stellschraube dabei sind zum Beispiel die Planungs- und Genehmigungsverfahren. Werden die beschleunigt, kann auch das als Beitrag der Verwaltung zum Klimaschutz bewertet werden.“

**A**ls ich das Amt des Oberbürgermeisters von Wuppertal übernahm, fehlte mir die Innensicht auf die Arbeit einer Verwaltung. Inzwischen kann ich aus eigener Erfahrung sagen, dass die Stadtverwaltungen – gerade auch unter den Herausforderungen der Coronapandemie – in vielen Bereichen sehr viel besser und agiler aufgestellt sind, als man von außen wahrnimmt“, sagte Prof. Dr. Uwe Schneidewind, der seit November 2020 Chef im Wuppertaler Rathaus ist.

In einer kommunalen Verwaltung könne man viele Jobs ausüben, ohne den Arbeitgeber zu wechseln. Doch leider sei das nicht genügend bekannt, bedauerte Schneidewind: „Wir müssen junge Leute stärker begeistern und überzeugen, dass sie sich als Beschäftigte der kommunalen Verwaltung gut und kreativ verwirklichen können. Was wir brauchen, sind Menschen, die vor Ort Bürgernähe zeigen und sich zugleich aktiv auf veränderliche Prozesse einstellen können.“

**„Wir schaffen in den Kommunen beim Klimaschutz im Kleinen viele Inseln des Gelingens, die Bund und Ländern als Vorbild im Großen dienen können.“**

Prof. Dr. Uwe Schneidewind

Für den Wuppertaler Oberbürgermeister ist Klimaneutralität, neben der Digitalisierung, das zentrale Thema kommunaler Verwaltung. „Der Klimaaspekt muss bei uns inzwischen in allen Bereichen mitgedacht werden. Als positiver Nebeneffekt kommt hinzu, dass er junge Leute zu uns bringt, die sich auf Stellen im Bereich Klimaschutz bewerben.“ Das Vorhaben, Wuppertal bis 2034 klimaneutral zu machen, bezeichnete Schneidewind als Mammutaufgabe mit hohem Investitionsbedarf. „Wir schaffen in den Kommunen im Kleinen viele Inseln des Gelingens, die Bund und Ländern als Vorbild im Großen dienen können.“



Model Foto: Diego Cervo/Colourbox.de

**„Staat und Verwaltung werden horrende Summen auf den Weg bringen müssen, um die Klimaneutralität umzusetzen. Die öffentliche Hand muss ihrer Vorbildfunktion gerecht werden.“**

Ulrich Silberbach

**F**ür dbb Chef Ulrich Silberbach ist die Digitalisierung „die Schlüsselkompetenz für die Qualität des öffentlichen Dienstes: Wir sind nicht schlecht, aber wir müssen besser werden. Und das gelingt durch konsequente Investitionen in gutes Personal und gute Aus- und Weiterbildungsangebote.“ Der öffentlichen Verwaltung fehle noch immer ausreichend professionelles Know-how, so Silberbach weiter. Auch der dbb halte es für richtig und wichtig, junge Leute stärker für den öffentlichen Dienst zu begeistern und ihnen zu vermitteln, „dass das kein konservativer Laden, sondern ein moderner Arbeitgeber ist. Dazu gehört freilich auch, dass wir besser bezahlen und uns etwa auch von so etwas wie der sachgrundlosen Befristung verabschieden. Die ist ein Handicap, das wir dringend loswerden müssen.“

Das Thema Klimaschutz werde dem öffentlichen Sektor noch schwere Sorgen bereiten, zeigt sich der dbb Bundesvorsitzende überzeugt: „Staat und Verwaltung werden horrende Summen auf den Weg bringen müssen, um die Klimaneutralität umzusetzen. Die öffentliche Hand muss ihrer Vorbildfunktion gerecht werden.“ Von privaten Hausbesitzern etwa könne nicht verlangt werden, dass sie hohe Auflagen erfüllen, während bei öffentlichen Gebäuden nicht das Mindeste davon umgesetzt werde. Was die Modernisierung staatlicher Dienstleistungen angehe, müssten der Anspruch der Menschen, welche staatlichen Dienstleistungen sie wann in Anspruch nehmen wollen, und der politische Wille zusammengebracht werden, regte Silberbach an: „Wenn das geschehen ist, steht die Verwaltung bereit, das Gewünschte umzusetzen.“ *br/cr*

## Kliniken und Sanatorien



**Kur oder Reha an der „Riviera des Allgäu“**

Behandlungsschwerpunkte:

- Erkrankungen der Haltungs- und Bewegungsorgane
- Herz-Kreislauferkrankungen
- Naturheilverfahren
- Stoffwechselstörungen
- Stressfolgen, Burnout-Prävention

Kneipp Sanatorium Möst - Uferstraße 1 - 87629 Füssen-Höfen am See  
Tel.: 08362-504-0 • [www.moest.com](http://www.moest.com) • [post@moest.com](mailto:post@moest.com)

## Partnerkur - Orthopädie

*Sächsische Schweiz - Dresden*

Privatkur ab 105,- € pro Tag, inkl. Behandlungen  
Infos: 035022/47-930 oder [www.kirnitzschtal-klinik.de](http://www.kirnitzschtal-klinik.de)  
Kirnitzschtal-Klinik - Kirnitzschtalstraße 6 - 01814 Bad Schandau

Unser Anzeigenteam  
erreichen Sie unter:

Tel. 021 02/7 4023-0  
Fax 021 02/7 4023-99  
E-Mail: [mediacenter@dbbverlag.de](mailto:mediacenter@dbbverlag.de)

DBB Verlag GmbH Mediacenter  
Dechenstr. 15a • 40878 Ratingen



## Quälende Schmerzen Tauben Füße Unruhige Beine

26  
JAHRE  
KLINIK  
AM STEIGERWALD  
Gesundheit mit Weitblick

Polyneuropathie und Restless Legs  
mit Chinesischer Medizin behandeln



Chefarzt Dr. Schmincke erklärt die  
Chinesische Therapie  
Bei einer Polyneuropathie (PNP)  
kommt es zu einem Absterben der langen  
Nerven, meist in den Beinen. Taube  
Füße, Manschettengefühl, Gangunsicherheit  
und aufsteigende Schmerzen sind die häufigsten  
Symptome. Die Nervenerkrankung geht oft mit  
dem Restless Legs Syndrom (unruhige Beine)  
einher. Nicht nur Diabetiker sind betroffen.  
Die Chinesische Medizin kann hier gut helfen.

### So klären Sie Ihre Behandlungs-Chancen:

- Bestellen Sie telefonisch oder online Unterlagen der Klinik.
- Füllen Sie den Fragebogen zu Krankheitsbild und Beschwerden aus und senden diesen an uns zurück.
- Innerhalb von zwei Wochen wird Sie ein Arzt der Klinik anrufen und Möglichkeiten der Therapie mit Chinesischer Medizin besprechen.

Das Arztgespräch dient Ihrer Information und ist unverbindlich.

Tel. 09382 / 949-0

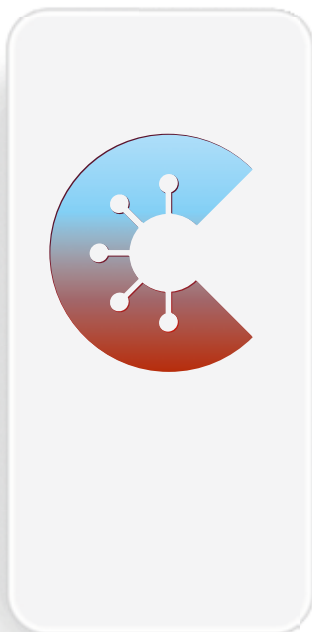
### Buchtipp:

Dr. Christian Schmincke  
**Ratgeber Polyneuropathie  
und Restless Legs**

Springer Verlag 24.99 €  
Bestellen Sie versandkostenfrei bei:



**Klinik am Steigerwald**  
97447 Gerolzhofen  
Tel. 0 93 82 / 949 - 0  
[www.tcmklinik.de](http://www.tcmklinik.de)



DIE CORONA-WARN-APP:

# LERNT EINFACH NIE AUS.

Jetzt die Corona-Warn-App herunterladen  
und Corona gemeinsam bekämpfen.



Die  
Bundesregierung



**SCHLOSSKLINIK PRÖBSTING**  
KLINIK FÜR PSYCHOLOGISCHE MEDIZIN

**Gesundwerden in freundlicher Umgebung!**

Hier erwarten Sie motivierte Mitarbeiter, die Sie auf Ihrem Weg in Richtung Gesundheit engagiert unterstützen. Wir behandeln die gängigen Indikationen wie Depressionen, Burn-Out, Ängste etc. in einem intensiven und persönlichen Rahmen, Krisen werden sicher aufgefangen.

**Kostenübernahme:** Private Krankenversicherungen und Beihilfe

**Info-Telefon 02861/80000**

Pröbstinger Allee 14, 46325 Borken (Münsterland)  
[www.schlossklinik.de](http://www.schlossklinik.de)



**Heilfasten nach Buchinger**  
in der Sächsischen Schweiz

Privatkur ab 125,- € pro Tag, inkl. Behandlungen  
Infos: 03 50 22/45-9 14 oder [www.falkenstein-klinik.de](http://www.falkenstein-klinik.de)  
Falkenstein-Klinik – Ostrauer Ring 36 – 01814 Bad Schandau




**Natürlich erholen in Hopfen am See**

**Ihre Gesundheit in besten Händen...**

Erfahrung + Kompetenz • Prävention + Rehabilitation  
Orthopädie + Physiotherapie • Kneipen + Kuren  
ruhige Lage + See-/Berg-Blick • Bio-Küche + LowCarb  
Aktiv-Angebote + Entspannung • Hallenbad + Sauna

Ärztlich geleitet und voll beihilfefähig §107/2 + §111 SBG V

**SANATORIUM EGGENSBERGER • 87629 Füssen /Allgäu**  
Tel. 0 83 62 / 91 03 - 400 • [www.sanatorium-eggensberger.de](http://www.sanatorium-eggensberger.de)

**Im Krankenhaus soll's nach Erdbeeren riechen.**

Henry (10) fände das super. Wir haben auch Kinder gefragt, was sie sich für das neue Kinderzentrum wünschen. Denn je wohler sie sich fühlen, desto besser können sie gesund werden.

Mehr Infos unter: [www.kinder-bethel.de](http://www.kinder-bethel.de)

**Bethel** 

6016



## Chronische Schmerzen? Hilfe durch multimodale Schmerztherapie!

Das Schmerztherapiezentrum Bad Mergentheim ist auf die Behandlung chronischer Schmerzzustände verschiedenster Ursachen spezialisiert. Unsere Schwerpunkte sind unter anderem die Behandlung von Migräne, Kopf- und Gesichtsschmerzen, Rückenschmerzen, Morbus Sudeck und Fibromyalgie, auch mit psychischen Begleiterkrankungen (Burn out, depressive Störungen, Angststörungen).

### Moderne Schmerzbehandlung = multimodale Schmerztherapie

Die multimodale Schmerztherapie ist interdisziplinär, setzt verschiedene Strategien gleichzeitig und nicht nacheinander ein und ist individuell auf die Erfordernisse einzelner Patient:innen zugeschnitten. Maßgeschneiderte Therapien sind der konventionellen „Behandlung von der Stange“ überlegen. Ein erfahrenes Team aus Fachärzt:innen, Psycholog:innen, Physio- und Gestaltungstherapeut:innen sowie Krankenschwestern kombiniert schulmedizinische Behandlungsmethoden sinnvoll mit komplementären Therapien wie Naturheilverfahren und Akupunktur.

### Die multimodale Schmerztherapie ist der Goldstandard in der Versorgung von chronischen Schmerzpatienten.

Die Effektivität dieser Therapie hängt aber entscheidend von der Behandlungsintensität, -qualität und -dauer ab. Bei uns liegt die Behandlungsdauer bei mindestens drei Wochen. So ist es möglich, eine chronische Schmerzerkrankung nachhaltig zu behandeln.

### ! Sicherheit für Patient:innen unter Pandemiebedingungen

Eine störungsadäquate stationäre Versorgung chronischer Schmerzpatient:innen im Rahmen einer multimodalen Schmerztherapie ist bei uns auch unter Pandemiebedingungen gewährleistet. Die Patient:innen sind wie immer gut versorgt, die Multimodale Schmerztherapie wird pandemiegerecht flankiert von

- einem hochwertigen Hygienekonzept
- einer erhöhten Sicherheit durch regelmäßige Tests
- durch Therapien in kleineren Gruppen

**Wir beraten und unterstützen Sie individuell bei allen Fragen zur stationären Aufnahme und senden Ihnen gerne umfassende Informationen zu. Rufen Sie uns unter unserer kostenlosen Beratungs-Hotline an!**



## Schmerztherapiezentrum Bad Mergentheim

Fachklinik für Spezielle Schmerztherapie  
und Schmerzpsychotherapie

Schönbornstr. 10  
97980 Bad Mergentheim

Tel.: 07931 5493-44

Fax: 07931 5493-50

E-Mail: [info@schmerzlinik.com](mailto:info@schmerzlinik.com)

**Kostenlose Beratungs-Hotline:**  
**0800 1983 198**

[www.schmerzlinik.com](http://www.schmerzlinik.com)

Aktuelle Entwicklungen und Stimmen aus der Politik

## Was wird aus der Konferenz zur Zukunft Europas?

Vier deutsche Mitglieder der Konferenz zur Zukunft Europas, drei EU-Abgeordnete und ein Mitglied des Deutschen Bundestags, geben ihre Einschätzungen zur aktuellen Lage der Konferenz und der Debatte um Europas Zukunft.



© Waldemar Saleski

**Gabriele Bischoff**

Die EU-Abgeordnete Gabriele Bischoff (SPD) zeigt sich erfreut, dass die Plenarversammlung der Konferenz sich endlich mit den Empfehlungen der Bürgerinnen und Bürger auseinandersetzen kann. „Nach einem sehr langen Vorspann kommen wir jetzt mit den Empfehlungen der Bürger\*innen endlich zum Kern der Konferenz zur Zukunft Europas. Im Plenum werden wir jetzt darüber

debattieren, wie wir die Ideen der Bürger\*innen in konkrete Taten übersetzen können und welche Schritte hierfür notwendig sind.“ Das Parlament, so Bischoff, werde sich als treibende Kraft der Konferenz an den Empfehlungen orientieren, ihre Ideen aufgreifen und an ihrer konkreten Umsetzung arbeiten. „Es ist entscheidend, dass sich jetzt eine starke Dynamik entwickelt, damit die Konferenz endlich das Interesse der Menschen in den Mitgliedstaaten weckt und sie zur aktiven Teilnahme bewegt.“



© Krichbaum MdEP

**Gunter Krichbaum**

Der europapolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gunter Krichbaum, räumt ein, die Mitgliedstaaten begegneten der Konferenz nicht alle mit dem gleichen „Ambitionsniveau“. Dennoch könne die Konferenz in ihrer Bedeutung nicht hoch genug eingeschätzt werden. „Das wird schon daran deutlich, welche Akteure sie einbezieht: Die Bürgerinnen und Bürger diskutieren

ihre Ideen mit Vertretern der EU-Institutionen – einschließlich der Regierungen der Mitgliedstaaten – sowie der nationalen Parlamente.“ Zwar könne die Konferenz selbst keine Vertragsänderungen beschließen, wohl aber Debatten dazu anstoßen, beispielsweise zu verstärkten Mehrheitsbeschlüssen. „Auch wenn dieser Fall nicht zu 100 Prozent übertragbar ist, zeigt die aktuelle Debatte um die Einstufung von Kernkraft als nachhaltige Energiequelle, inwiefern jede und jeder Einzelne von Mehrheitsbeschlüssen betroffen sein kann.“



© Europäisches Parlament

**Niklas Nienaß**

Niklas Nienaß, für Bündnis 90/Die Grünen im Europäischen Parlament, bewertet die Vorschläge der Bürgerforen positiv. Die Menschen seien an europäischem Zusammenhalt interessiert und wollten Europa progressiv gestalten. Nienaß beklagt aber: „Leider wird in den Arbeitsgruppen von vielen Politiker\*innen nicht auf die Vorschläge der Bürger\*innen Bezug genommen, sondern stattdessen

die eigene politische Agenda vorangetrieben.“ Zudem sei die Organisation der Arbeitsgruppen uneinheitlich und unklar. Es sei ungewiss, was mit den Arbeitsergebnissen geschehen soll. „Dieses Chaos ist vom Rat beabsichtigt, um die Arbeit der engagierten Menschen in den Arbeitsgruppen zu erschweren und die Resultate von Beginn an zu unterminieren“, so sein Vorwurf. Außerdem sei die Konferenz unnötig zeitlich begrenzt. Aus allen Reihen komme der Wunsch, die Konferenz über den 9. Mai 2022 hinaus fortzusetzen.



© Laurence Chaperon

**Nicola Beer**

Nicola Beer (FDP), Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, wagt einen positiven Ausblick. Nicht wenige Hauptstädte, auch die ehemalige Bundesregierung, hätten der Konferenz nur ein Dasein als „politisches Mauerblümchen“ gegönnt. Das sei vorbei, denn die neue Bundesregierung begleite das Projekt Zukunft der EU mit viel politischer Energie. Zudem werde Frankreich das Thema vorantreiben. Beer ist sich sicher, die Konferenz werde unterschätzt: „Die Zukunftskonferenz als Reformwerkstatt ist in ihrer Art bis dato in der Geschichte der Europäischen Union einzigartig, sie umfasst verschiedene Parteifamilien quer durch Europa, die EU-Institutionen und – am wichtigsten – unsere Bürgerinnen und Bürger!“ Das mache sie zu einem „Gamechanger“. „Wenn es uns gelingt, an einem Strang zu ziehen, avanciert die Konferenz zur Matrix einer erneuerten, schlagkräftigeren und bürgernahen Europäischen Union.“

■

### Die Konferenz zur Zukunft Europas ...

... soll bis Mai 2022 einen Bericht ausarbeiten, in den Empfehlungen aus vier Bürgerforen einfließen, in denen geloste Bürgerinnen und Bürger sich Gedanken zu Europas Zukunft gemacht haben. Die Viruswellen erzwangen Verschiebungen und Online-Sitzungen.

Auch die Bürgerforen konnten nicht wie geplant tagen. Immerhin zwei Bürgerforen haben bereits Empfehlungen für den Abschlussbericht der Konferenz vorgelegt. Das Plenum wird sich mit diesen Vorschlägen beschäftigen.

Vorankündigung

6./7. Mai 2022 in Berlin



# 19. Bundesjugendtag der dbb jugend

In drei Monaten ist es wieder so weit. Die Jugend stellt die Weichen ihrer Arbeit für die nächsten fünf Jahre. Unter dem Motto „Bereit für ein Update: Mehr Mut. Mehr Engagement. Mehr Jugend.“ kommen die stimmberechtigten Delegierten der Landes- und Fachjugendverbände der dbb jugend (Bund) vom 6. bis 7. Mai 2022 im Novotel Berlin-Tiergarten in Berlin zusammen.

Der Bundesjugendtag ist das höchste Organ der dbb jugend (Bund), bei dem alle fünf Jahre eine neue Bundesjugendleitung

gewählt wird und die Richtlinien für die Jugendarbeit der dbb jugend (Bund) festgelegt werden. Der Bundesjugendtag gliedert sich in zwei Teile. In einer internen Veranstaltung werden unter anderem die neue Bundesjugendleitung gewählt, der Geschäftsbericht vorgestellt und die verschiedenen Anträge beraten. Im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung sollen jugend- und gewerkschaftspolitische Ideen für die kommenden Jahre in Form eines interaktiven Formats unter anderem mit Personen aus Politik, dbb und Gesellschaft betrachtet werden.

## dbb jugend magazin

Was bewegt die jungen Menschen im öffentlichen Dienst? Die Antwort steht im t@cker, dem Magazin der dbb jugend. Zehn Mal im Jahr informiert der t@cker über die jugendpolitischen Positionen zu Themen wie Bildung, Klima und Europa. [www.tacker-online.de](http://www.tacker-online.de)



online

MEHR WISSEN ALS ANDERE. BESTELLEN SIE JETZT.

# Besoldungsrecht in Bund und Ländern



INFORMATIONEN FÜR BEAMTE UND ARBEITNEHMER

### Der Inhalt im Überblick:

- umfassender Über- und Einblick in alle Besoldungsgesetze des Bundes und der Länder (Stand: 2. Juli 2020)
- ehemals bundeseinheitliches Besoldungsrecht (BBesG a.F.) in der bis zum 31. August 2006 zuletzt geltenden Fassung
- Paragrafenspiegel zum schnellen Zugriff und zur thematischen Zuordnung zu wichtigen Regelungen

- Erläuterung der im jeweiligen Gesetzgebungsverfahren maßgeblichen Erwägungen und Begründungen zu Beginn der einzelnen Rechtskreise

### Was Sie davon haben:

Ziel dieses Buches ist es, das komplexe Spezialgebiet des Besoldungsrechts, das in 17 Rechtskreise zersplittert ist, darzustellen. Angesichts der föderalen Dynamik ist es wichtig, eine ausführliche, zugleich aber noch handliche Darstellung der anzuwendenden Gesetze zur täglichen Unterstützung der mit der Gesetzgebung, der Anwendung oder dem Vollzug befassten Personen in Bund und Ländern zu ermöglichen.

### So bestellen Sie ganz einfach:

Sie können mit nebenstehendem Bestellcoupon per Post, Fax, E-Mail oder über unseren Onlineshop bestellen.

1472 Seiten  
€ 49,80\* je Exemplar  
ISBN 978-3-87863-236-8

\* inkl. MwSt. zzgl. Porto und Verpackung



DBB Verlag GmbH  
Friedrichstraße 165 · 10117 Berlin  
Telefon: 030. 7 26 19 17-23  
Telefax: 030. 7 26 19 17-49  
E-Mail: [vertrieb@dbbverlag.de](mailto:vertrieb@dbbverlag.de)  
Internet: [www.dbbverlag.de](http://www.dbbverlag.de)  
Onlineshop: [shop.dbbverlag.de](http://shop.dbbverlag.de)

## BESTELLCOUPON

Zuschicken oder faxen

- Exemplar/e »Besoldungsrecht in Bund und Ländern«  
(€ 49,80 zzgl. Porto und Verpackung)
- Verlagsprogramm

Name .....

Anschrift .....

Telefon/E-Mail (freiwillig) .....

**Widerrufsrecht:** Sie haben das Recht, binnen 14 Tagen ohne Angabe von Gründen diesen Vertrag zu widerrufen. Die Frist beginnt mit Absendung dieser Bestellung. Zur Einhaltung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an: DBB Verlag GmbH, Friedrichstr. 165, 10117 Berlin, Tel.: 030. 7 26 19 17-23, Fax: 030. 7 26 19 17-49, E-Mail: [vertrieb@dbbverlag.de](mailto:vertrieb@dbbverlag.de).

**Werbeeinwilligung:**  Ja, ich bin damit einverstanden, dass mich die DBB Verlag GmbH über eigene Produkte (gedruckte und elektronische Medien) und Dienstleistungen über den Postweg oder per E-Mail informiert. Die von mir gemachten freiwilligen Angaben dürfen zu diesem Zweck gespeichert, verarbeitet und genutzt werden. Der werblichen Verwendung meiner Daten kann ich jederzeit widersprechen, entweder durch Mitteilung per Post an die DBB Verlag GmbH, Friedrichstr. 165, 10117 Berlin, per E-Mail an [vertrieb@dbbverlag.de](mailto:vertrieb@dbbverlag.de), per Fax an 030. 7 26 19 17-49 oder telefonisch unter 030. 7 26 19 17-23. Im Falle des Widerspruchs werden Ihre Angaben ausschließlich zur Vertragserfüllung und Abwicklung Ihrer Bestellung genutzt.

Datum/Unterschrift .....

## Intersektionale Gerechtigkeit

## Keine Gesellschaft ohne Ungleichheiten

Wie machen wir unsere Gesellschaft für alle Beteiligten sozial gerecht? Wie schaffen wir es, Gleichberechtigung für alle herzustellen? Wer Antworten auf diese Fragen sucht, kommt an der Politikwissenschaftlerin Emilia Roig nicht vorbei. Das dbb magazin hat mit ihr über die Bedeutung intersektionaler Gerechtigkeit gesprochen und sie auch gefragt, welchen Beitrag der öffentliche Dienst für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft leisten kann.



© Mohammed Badarne

Die promovierte Politologin Emilia Roig ist Gründerin und Direktorin des Center for Intersectional Justice (CIJ) mit Sitz in Berlin und lehrt als Dozentin im Social Justice Study Abroad Program der DePaul University of Chicago zu Intersektionalitätstheorie, postkolonialen Studien, kritischer Rassismusforschung und internationalem und europäischem Recht. Die Französin ist zudem Autorin des Buches „WHY WE MATTER. Das Ende der Unterdrückung“.

**Ich beobachte seit einigen Monaten die Tendenz, dass darüber diskutiert wird, ob Sexismus, ob Rassismus tatsächlich existieren, und nicht, wie wir effektiv dagegen vorgehen können.**

**W**as verstehen Sie unter intersektionaler Gerechtigkeit?

Ich glaube nicht, dass es eine Gesellschaft ohne Ungleichheiten geben kann – aber ich bin fest davon überzeugt, dass es eine Gesellschaft geben kann, in der die Grundbedürfnisse und Zugänge zu Ressourcen für alle gleichermaßen sichergestellt sind. Normalerweise betrachten wir soziale Gerechtigkeit nur unter dem Blickwinkel der sozialen Klasse. Intersektionalität heißt, dass wir auch andere Aspekte in den Blick nehmen, also nicht nur Geschlecht oder soziale Klasse, sondern auch ethnische Herkunft, Hautfarbe, sexuelle Orientierung, Behinderung, geografische Lage, Nord-Süd-Gefälle et cetera. Das sind alles Faktoren, die die gegenwärtige globale soziale Hierarchie strukturieren. Diese Kategorien bestimmen, wer mehr und wer weniger hat. Das mag plakativ und ein bisschen vereinfachend klingen, wenn wir aber die weltweiten Statistiken ansehen, dann wird dieses Ordnungsprinzip sehr klar sichtbar.

**Können Sie ein konkretes Beispiel nennen?**

Die Situation, in der sich muslimische Frauen mit Kopftuch befinden, ist ein gutes Beispiel. Die Diskriminierung, die diese Frauen im Arbeitsleben immer wieder erfahren, ist eine Verschränkung von unterschiedlichen Diskriminierungsformen aufgrund von Religion, ethnischer Herkunft und Geschlecht. Frauen, die kein Kopftuch tragen, oder muslimische Männer werden in der gleichen Situation nicht unbedingt diskriminiert.

Ein anderes Beispiel ist die politische Intersektionalität, sprich die Individualisierung von Anforderungen, Interessen und Perspektiven von Minderheiten innerhalb einer bestimmten Gruppe, deren Interessen zugunsten der Bedürfnisse der Gruppenmehrheit ebenfalls häufig ignoriert werden. Das ist auch eine Beschreibung von Intersektionalität, die die Diversität und die Heterogenität von unterschiedlichen Kategorien und gesellschaftlichen Gruppen aussendet.

**Was hat Sie motiviert, das Center for Intersectional Justice (CIJ) zu gründen?**

Viele Organisationen widmen sich unterschiedlichen Formen von Diskriminierung, aber arbeiten parallel. Das heißt, es gibt eine Organisation für die Gerechtigkeit von schwarzen Menschen, eine andere für Frauen, wieder eine andere für muslimische Frauen, aber eben kaum eine Überlappung zwischen den Organisationen.

Mir ist es sehr wichtig, auf der politischen Ebene und vor allem auf EU-Ebene, diese unterschiedlichen Bewegungen zu verlinken und Synergien zu schaffen. Vor allem zwischen politischen Entscheidungsträger\*innen und der Zivilgesellschaft findet zu wenig Austausch statt und zu wenig Verständigung über die eigentlichen Probleme, die solche Bevölkerungsgruppen betreffen. Mit dem Center for Intersectional Justice (CIJ) schließen wir diese Lücke. Ich bin davon überzeugt, dass Intersektionalität die Lösung ist, um Diskriminierung viel effektiver zu bekämpfen, und dennoch wird dieses Konzept oft missverstanden. Das zu vermitteln und das Konzept anderen verständlich zu machen, motiviert mich.

**Sie sprechen davon, dass Intersektionalität auch „missverstanden“ wird. Inwiefern?**

Skepsis kommt unter anderem aus dem antikapitalistischen Lager. Aber auch feministische Bewegungen hegen Vorurteile, aus Angst in der Debatte zu kurz zu kommen. Ich halte diese Art der Kritik für schädlich. Aus dem einfachen Grund: Diskriminierende Tendenzen aufzuzeigen und die partikulären Interessen in den Vordergrund zu rücken, wirkt sich für die gesamte Gleichstellungsbewegung positiv aus.

**Wie kann der intersektionale Blick dabei helfen, effektiv gegen Mehrfachdiskriminierung vorzugehen?**

Ich beobachte seit einigen Monaten die Tendenz, dass darüber diskutiert wird, ob Sexismus, ob Rassismus tatsächlich existieren, und nicht, wie wir effektiv dagegen vorgehen können. Es ist also wichtig, dass es einen gesellschaftlichen Konsens dafür gibt, dass Mehrfachdiskriminierungen ein Problem sind. Das ist der erste Schritt.

Der zweite Schritt ist, dass wir über die individuelle Dimension hinausgehen und Diskriminierung nicht nur als individuelle Tat, Handlung und Meinung sehen. Nur wenn wir Diskriminierung als systemisches Problem verstehen, können wir auch kollektive Verantwortung dafür übernehmen. Wenn zum Beispiel Diskriminierung innerhalb von einem Unternehmen beseitigt werden soll, müssen eventuell Regelungen, Einstellungskriterien und überhaupt Prozesse innerhalb dieses Unternehmens geändert werden. Das geht dann oft weit über die Kooperationsbereitschaft der Beteiligten hinaus und stellt häufig auch Gesetze, gesellschaftliche Narrative und so weiter infrage. Deswegen muss intersektionale Gerechtigkeit als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe angesehen werden und darf nicht Einzelnen aufgebürdet werden.

Wir sollten uns also nicht nur darauf fokussieren, das Verhalten oder die Meinung Einzelner zu beeinflussen. Vielmehr sollten wir schauen, ob das Schulprogramm verändert, ob Migrations- und Asylgesetze oder auch das Arbeits- und Steuerrecht angepasst werden müssen.

**Sollte der öffentliche Dienst hier eine Vorbildrolle einnehmen und wenn ja, wie könnte diese aussehen?**

Der Staat an sich ist nicht frei von Diskriminierung. Sein Handeln basiert auf der Wiederholung von Prozessen, ohne dass deren benachteiligende Wirkung jemals hinterfragt wurde. Menschen, die in öffentlichen Institutionen arbeiten, wie etwa bei der Polizei oder an Schulen, können viel dazu beitragen, indem sie darauf aufmerksam machen, welche Verwaltungshandlungen zu struktureller Diskriminierung führen.

**Wie verbreitet ist intersektionale Diskriminierung in Deutschland und gibt es Gruppen, die davon besonders betroffen sind?**

Auch in Deutschland gibt es intersektionale Diskriminierung. Frauen mit Migrationshintergrund sind beispielsweise in Arbeitsmarktsegmenten mit der niedrigsten Bezahlung und den prekärsten Arbeitsbedingungen überrepräsentiert.

Ein großes Problem ist aber das Fehlen von statistischen Daten, die uns aufzeigen können, inwiefern es zum Beispiel in der Kategorie der Frauen Diskriminierungen von schwarzen Frauen, von muslimischen Frauen, von jüdischen Frauen et cetera gibt. Die Kategorie „mit Migrationshintergrund“ ist ein Anhaltspunkt, sagt aber nichts über Rassismuserfahrungen aus. Sagen wir mal, eine weiße belgische Person, die jetzt in Deutschland lebt, wäre eine Person mit Migrationshintergrund. Eine schwarze Person, die schon seit drei Generationen hier lebt, wird in Deutschland trotzdem von Rassismus betroffen sein und nicht in dieser Statistik vorkommen. Deswegen ist es wichtig, Gleichstellungsdaten differenzierter erheben zu können, um die Tiefe des Problems sichtbar zu machen.

**Wie lassen sich Mehrfachdiskriminierungen auf dem Arbeitsmarkt verhindern? Helfen hier anonyme Bewerbungsverfahren?**

Anonyme Bewerbungsverfahren sind ein erster Schritt. Aber spätestens im Bewerbungsgespräch verpufft der anfängliche Effekt. Besser wäre ein ganzheitlicher Ansatz mit Schulungen und positiven Maßnahmen für die Personalverantwortlichen. Diese müssen mit einer Antidiskriminierungspolitik Hand in Hand gehen, die dafür sorgt, dass faire Einstellungskriterien genutzt werden. Aber auch im Bildungssystem müssen wir ansetzen, damit sich Menschen überhaupt für bestimmte Jobs bewerben.

Zudem sollte die rechtliche Lage für Betroffene unbedingt verbessert werden. Wir müssen aber vor allem auch innerhalb der Institutionen und innerhalb der Gesellschaft selbst daran arbeiten, unsere eigenen Vorurteile und Stereotype, sprich die Bewertung von Menschen anhand ihrer Identitätsmerkmale, abzubauen.

*Die Fragen stellten Lavanya Ferdinandz und Birgit Strahlendorff.*

## Bleibebarmeter öffentlicher Dienst

## Zeit zum Handeln

Für 80 Prozent der Beschäftigten im öffentlichen Dienst ist ein neuer Job vorstellbar, ein Drittel davon zu einem Wechsel in die Privatwirtschaft bereit. Das hat die Anfang Januar 2022 veröffentlichte, vom dbb mit in Auftrag gegebene Studie „Bleibebarmeter“ ergeben. Obwohl der öffentliche Dienst als Arbeitgeber bei Themen wie etwa der Vereinbarkeit von Beruf und Familie oder dem gesellschaftlichen Auftrag nicht schlecht abschneidet, ist das Ergebnis der Studie ernüchternd: Zeit zum Handeln.



Das sich die Kolleginnen und Kollegen nicht ausreichend wertgeschätzt fühlen – finanziell und anderweitig – ist ein absolutes No-Go. Wenn die öffentlichen Arbeitgeber nicht riskieren wollen, dass sich neben den demografiebedingten Abgängen auch noch ein Trend zum freiwilligen Wechsel in die Privatwirtschaft herausbildet, müssen sie schnell gegensteuern“, kommentierte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach am 5. Januar 2022 die Ergebnisse der von Next:Public und der Hertie School ausgearbeiteten Studie.

Das „Bleibebarmeter“ zeige zwar, dass die Mehrheit der öffentlichen Bediensteten zufrieden mit ihrer eigenen Arbeit ist, jedoch die Zufriedenheit mit dem Arbeitgeber deutlich geringer ausfällt, so Silberbach weiter. Hierzu tragen verschiedene Aspekte, zum Beispiel eine fehlende Feedback-Kultur oder mangelnde Weiterentwicklungsmöglichkeiten, bei. Die Studie zeige außerdem, wie wichtig es ist, die Personalbindung bereits bei der Einstellung anzugehen. Nur die Hälfte der Befragten gab an, dass ihre Einarbeitung gut oder eher gut war.

Ähnlich mittelmäßig wird die Feedback-Kultur in Behörden bewertet: Lediglich 43 Prozent geben an, dass sie regelmäßig Lob oder

Kritik von ihren direkten Vorgesetzten bekommen. „Bund, Länder und Gemeinden sollten massiv und dauerhaft in die Aus- und Fortbildung, vor allem auch ihrer Führungskräfte, investieren. Die Führungskultur in Betrieben und Dienststellen muss dringend verbessert werden. Neben den überfälligen Investitionen in technische Ausstattung zeigt uns das Bleibebarmeter, dass auch Investitionen in Personal und Organisationsentwicklung dringend geboten sind. Bei der Bezahlung kann der öffentliche Dienst oft schon nicht mit der Privatwirtschaft konkurrieren. Umso wichtiger, dass wir Mitarbeitendenbindung über positive Führungskultur und Jobzufriedenheit herstellen“, zeigte sich der dbb Chef überzeugt. ows

### Bleibebarmeter öffentlicher Dienst

Im Frühjahr 2021 hatte der dbb gemeinsam mit Next:Public und der Hertie School zu einer Befragung aufgerufen, die in Erfahrung bringen sollte, wie es um Zufriedenheit und Personalbindung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst bestellt ist. Neben Wechselbereitschaft, Zufriedenheit und Weiterempfehlungsrate ging es in der Studie auch um Führungskultur sowie Werte und Ziele der Behörde. Befragt wurden insgesamt 7 490 Personen aus dem öffentlichen Sektor. Die Studie zum Download: [nextpublic.de/bleibebarmeter-oeffentlicher-dienst](https://nextpublic.de/bleibebarmeter-oeffentlicher-dienst).

# Lesenswertes vom DBB Verlag empfohlen

## Porträt einer Epoche



### Die Kanzlerin Ursula Weidenfeld

Angela Merkel ist so pragmatisch, wie Helmut Schmidt es gerne gewesen wäre. Ideologien, Weltanschauungen, Grundsatzfragen interessieren sie wenig. Kritiker warfen ihr deshalb vor, ihr einziges Programm sei es, Kanzlerin zu sein. Und doch hat sie, ideologiefrei, visionslos, eine Ära der deutschen Politik geprägt. Weidenfeld gelingt, die Charakterisierung Angela Merkels mit der Chronologie ihres Lebens zu vereinen und eine Epoche gut recherchiert und lesenswert zu analysieren.

Anzahl: \_\_

Gebunden, Rowohlt, 352 Seiten, 22 Euro

## 137 sparsame Ideen



### Selber machen statt kaufen – Küche smarticular

Vergessen Sie ungesunde oder teure Supermarktprodukte, denn viel bessere Alternativen kann jeder leicht zu Hause selber machen: Wunderbrot backen ohne Mehl, selbst gemachte Hefe, Gemüsebrühpulver, Apfelessig, Sauerteig für eigenes Brot, Hustensaft, Tassenkuchen, Toastbrot, Ketchup und noch viel mehr. Gut für Ihre Gesundheit, gut für die Haushaltskasse, gut für die Umwelt!

Anzahl: \_\_

Taschenbuch, smarticular, 192 Seiten, 14,95 Euro

## Psychologisches Meisterstück



### Die Unvollkommenheit der Liebe Elizabeth Strout

Als die Schriftstellerin Lucy Barton längere Zeit im Krankenhaus verbringen muss, erhält sie Besuch von ihrer Mutter, die sie jahrelang nicht mehr gesehen hat. Zunächst ist sie überglücklich. Doch während sie der Stimme ihrer Mutter lauscht, die ihr Geschichten von den Leuten aus der Heimat erzählt, kommen Erinnerungen wieder hoch, die sie längst verdrängt zu haben glaubte. Ein Meisterstück, zutiefst berührend und wunderschön erzählt.

Anzahl: \_\_

Taschenbuch, btb, 208 Seiten, 10 Euro

## Nicht nur für Valentinstag



### Die schönsten Liebesgedichte Siegrid Damm

Die schönsten Liebesgedichte aus fast tausend Jahren hat Siegrid Damm für diesen Band ausgewählt: von Walther von der Vogelweide über Goethe, Erich Fried und Paul Celan bis zu Sarah Kirsch und Durs Grünbein. „Was allein macht uns denn notwendig als die Liebe? Und sind Liebesgedichte nicht die reinste und notwendigste aller Wirklichkeiten, wie die Liebe selbst? So scheint die Liebe Liebenden ein Halt.“

Anzahl: \_\_

Gebunden, Insel, 188 Seiten, 12 Euro

## Satirischer Jahresrückblick 2021



### Beste Bilder 12 Lappan

Wir leben noch immer in verrückten Zeiten! Corona hat die Welt auch 2021 fest im Griff. Impfen heißt das Zauberwort in diesem Spritzenjahr! Dem Superwahljahr, dem Jahr der verschobenen Olympischen Spiele, politische und Umweltkrisen und -katastrophen inklusive. In über 250 Cartoons und Karikaturen erklären uns die besten Cartoonisten satirisch und mit viel schwarzem Humor das Geschehen in Deutschland und der Welt. Damit Ihnen das Lachen nicht vergeht!

Anzahl: \_\_

Taschenbuch, Lappan, 176 Seiten, 12 Euro

## Klassische Kunst humorvoll interpretiert



### Im Museum gewesen. Überall Corona gesehen Wolfgang Luef

Auch wenn oder gerade weil es während der Pandemie so wenig zum Lachen gibt: Dieses Buch blickt humorvoll auf die Monate im Lockdown. Wir entdecken fleißige Paketboten bei Carl Spitzweg, wiedereröffnete Restaurants bei Peter Bruegel, den ewigen Streit um Schulöffnungen bei Tizian, Zoom-Konferenzen interpretiert von Andy Warhol – und zwei bislang unbekannte Selbstportraits des Virologen Christian Drosten.

Anzahl: \_\_

Gebunden, Yes Publishing, 64 Seiten, 9,99 Euro

## Aktuelle Angebote vorab erfahren – jetzt Newsletter abonnieren unter [www.dbbverlag.de](http://www.dbbverlag.de)

### Für unsere Leser versandkostenfrei!

Einfach diesen Bestellcoupon ausfüllen, die gewünschte Anzahl eintragen und per Post oder Fax unter 030.7261917-49 abschicken.

Name/Vorname \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_ PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Kontakt bei Rückfragen (Telefon/E-Mail) \_\_\_\_\_

Datum/Unterschrift \_\_\_\_\_



Friedrichstraße 165 • 10117 Berlin  
Telefon 030.7261917-23 • Telefax 030.7261917-49  
E-Mail: [vertrieb@dbbverlag.de](mailto:vertrieb@dbbverlag.de) • [www.dbbverlag.de](http://www.dbbverlag.de)

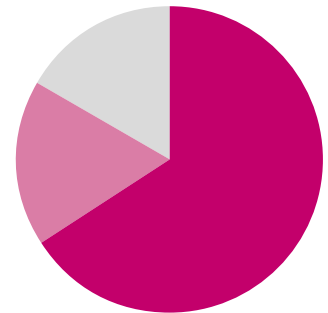
Widerrufsrecht: Sie haben das Recht, binnen 14 Tagen ohne Angabe von Gründen diesen Vertrag zu widerrufen. Die Frist beginnt mit Absendung dieser Bestellung. Zur Einhaltung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an: DBB Verlag GmbH, Friedrichstr. 165, 10117 Berlin, Tel.: 030.7261917-23, Fax: 030.7261917-49, E-Mail: [vertrieb@dbbverlag.de](mailto:vertrieb@dbbverlag.de)  
Werbeeinwilligung:  Ja, ich bin damit einverstanden, dass mich der DBB Verlag über eigene Produkte (gedruckte und elektronische Medien) und Dienstleistungen über den Postweg oder per E-Mail informiert. Die von mir gemachten freiwilligen Angaben dürfen zu diesem Zweck gespeichert, verarbeitet und genutzt werden. Der werblichen Verwendung meiner Daten kann ich jederzeit widersprechen, entweder durch Mitteilung per E-Mail an [vertrieb@dbbverlag.de](mailto:vertrieb@dbbverlag.de), per Post an DBB Verlag GmbH, Friedrichstr. 165, 10117 Berlin, per Fax an 030.7261917-49 oder telefonisch unter 030.7261917-23. Im Falle des Widerspruchs werden meine Angaben ausschließlich zur Vertragserfüllung und Abwicklung meiner Bestellung genutzt.



Foto: Colourbox.de

## Zufriedenheit

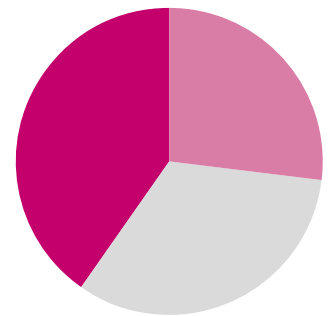
Beinahe zwei Drittel (65,9 Prozent) der Befragten sind mit ihrem Arbeitgeber beziehungsweise Dienstherrn zufrieden, jede/r Fünfte ist sogar sehr zufrieden. 17,3 Prozent sind unzufrieden, und weitere 3,8 Prozent geben die schlechteste Antwortmöglichkeit. Die Zufriedenheit mit der eigenen Arbeit ist generell höher als die mit dem Arbeitgeber: Mehr als zwei Drittel geben hier an, zufrieden zu sein – jede/r Vierte ist sehr zufrieden.



- unentschlossen
- eher oder sehr unzufrieden
- sehr oder eher zufrieden

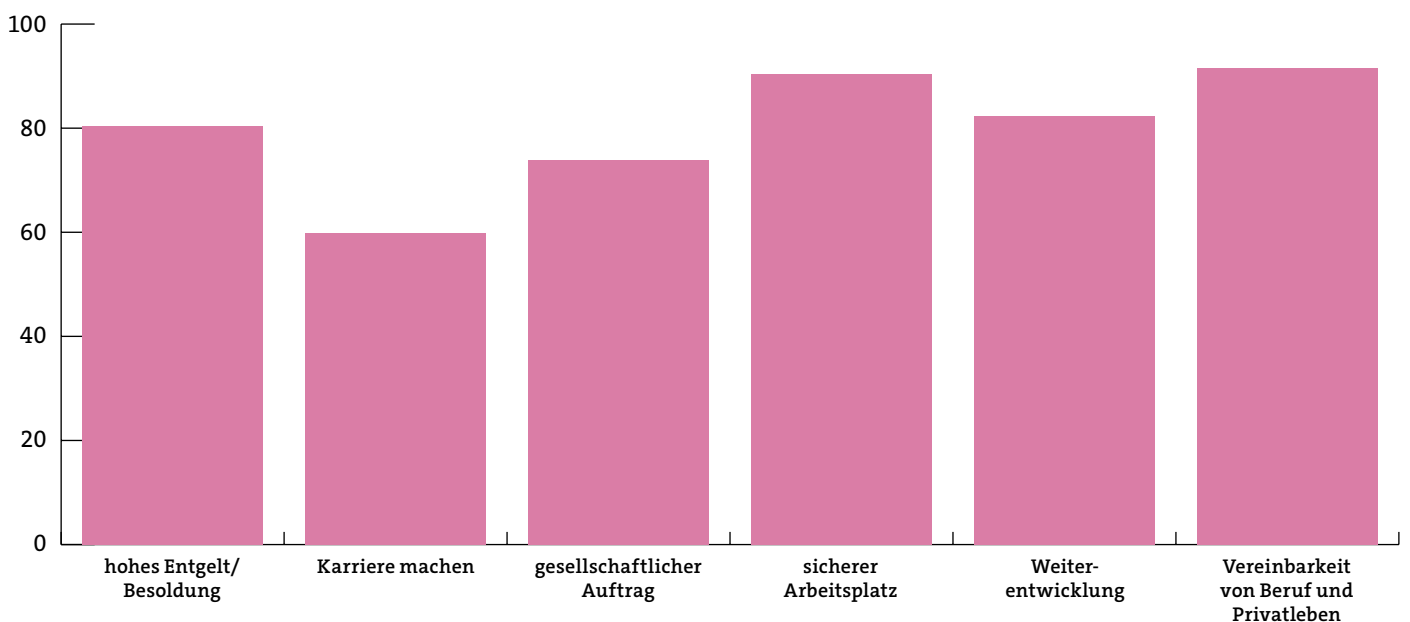
## Employee Net Promoter Score

Der Employee Net Promoter Score, zu deutsch etwa „Weiterempfehlungsrate“, ist eine Messgröße zur Arbeitgeberattraktivität. Auf einer Skala von eins bis zehn konnten die Befragten hier angeben, wie wahrscheinlich sie ihren Arbeitgeber an Freunde und Bekannte weiterempfehlen würden. Keine Empfehlung abgeben würden 27 Prozent – statistisch gesehen ist das jede/r vierte Beschäftigte. Knapp ein Drittel (32,9 Prozent) hat ein neutrales Verhältnis, 40,1 Prozent würden ihren Arbeitgeber aktiv weiterempfehlen.



- Gruppe 3 (Empfehlung)
- Gruppe 2 (neutral)
- Gruppe 1 (keine Empfehlung)

## Was ist den Beschäftigten wichtig?



# Reise und Erholung

## DEUTSCHLAND

**Insel Rügen – Ferienwohnungen**  
direkt am Wasser! Ruhig, sonnig, komfortabel, für 2–4 Personen, ab 45,-€, Fam. Jens, Puttbus/Neuendorf, Tel.: (038301) 602 89, [www.alte-bootswerft.de](http://www.alte-bootswerft.de)

**Nordsee**, Friedrichskoog-Spitze, komf. Fewo bis 4 Pers. WZ, 2 SZ, SAT, Stellplatz, 200 m Strand, Tel.: 04123/6336 [www.nordseeurlaub-friedrichskoog.com](http://www.nordseeurlaub-friedrichskoog.com)

[www.durchatmenaufpellworm.de](http://www.durchatmenaufpellworm.de)  
[www.aufatmenaufpellworm.de](http://www.aufatmenaufpellworm.de)

## ITALIEN

### TOSKANA

Weingut-FeWo, deutsche Betreuung. [www.begluockende-toskana.de](http://www.begluockende-toskana.de)

**Gardasee**, Limone, FeWo mit tollem Seeblick, 2 SZ, Bad + Küche neu, Tel. 089/46205821; [www.fewo-am-gardasee.de](http://www.fewo-am-gardasee.de)

**Westerland**, 2 FeWo in EFH, 2 u. 4 Pers., 300 m Strandnähe, Tel. 0177-7388241 [www.morelia-sylt.de](http://www.morelia-sylt.de)

**Mosel**, 10 FeWo in Bernkastel-Kues, 1–3 Schlafz., Burgblick-Balkon, 2–8 P. Tel. (06531) 1421, [www.mosel-ferien.de](http://www.mosel-ferien.de)

**Schwarzwald – Bauernhofurlaub**  
2 FeWo \*\*\*/\*\*\*\*  
Tel. 07806/8486, [www.bierpeterhof.de](http://www.bierpeterhof.de)

**Zellertal – Arberregion – Bayer. Wald:**  
ÜF ab 28,00 €! Komfortzimmer u. FeWos! Tel. (09945) 349, Fax 2353, [www.zur-poschinger-huette.de](http://www.zur-poschinger-huette.de)

## SPANIEN

Bei **MALAGA**, 4 FW von 2–6 P. im freistehenden Haus an der Grünzone. Info: [www.cmijas137.de](http://www.cmijas137.de), Panoramafotos

## TENERIFFA

**Teneriffa-Fewos** (2) f. bis 4 P. ab nur 50 €/Tag/Whg. Tel. 07803/9267445, [www.Teneriffa-Fewo.com](http://www.Teneriffa-Fewo.com)

## ÖSTERREICH

**SOMMER PAUSCHALE** ALL IN ONE

1 Woche Halbpension & Silverttcard ab € 525,-

**KOSTENLOS INKLUSIVE**  
Alle Bergbahnen in Paznaun/Silvretta, Wanderbus, geführte Wanderungen, MTB-Verleih, 4-Gang Abendmenü, Wellness mit Gartensauna, Tolles Programm für Kinder & Jugendliche vom TVB; Kinderermäßigung.

**BADESEE MIT FREIZEITANLAGE**

[www.postsee.at](http://www.postsee.at) [info@postsee.at](mailto:info@postsee.at)



## AKTIVURLAUB

**500 Fasten-Wanderungen überall.**  
Woche ab 350 €. Tel. /Fax 0631-47472, [www.fasten-wander-zentrale.de](http://www.fasten-wander-zentrale.de)

**Tirol**, FeWo, 2–6 Personen oder DZ, Tel. (0043) 5246/6613, [www.lechnerhof-tirol.com](http://www.lechnerhof-tirol.com)

# GLÜCK

„Man muss Glück teilen, um es zu multiplizieren.“

Marie von Ebner-Eschenbach

[sos-kinderdoerfer.de](http://sos-kinderdoerfer.de)

SOS KINDERDÖRFER WELTWEIT



## Anzeigen-Coupon für die Rubrik „Reise und Erholung“

Einfach ausfüllen und senden an: dbb verlag gmbh | Mediacyter | Dechenstr. 15 a | 40878 Ratingen | Fax 0 21 02/7 40 23-99 | E-Mail: [b.urbanski@dbbverlag.de](mailto:b.urbanski@dbbverlag.de)  
Haben Sie Fragen? Sie erreichen uns unter Telefon 0 21 02/7 40 23-7 12

Größe	Preis in €
(1-spaltig)	(sw)
8 mm	53,60
11 mm	73,70
13 mm	87,10
16 mm	107,20
18 mm	120,60

Die Mindestanzeigengröße beträgt 8 Millimeter. Die Preise verstehen sich zuzüglich Mehrwertsteuer.

Name \_\_\_\_\_ E-Mail \_\_\_\_\_  
Straße \_\_\_\_\_ PLZ/Ort \_\_\_\_\_  
Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_

Bei Einzugsermächtigung abzüglich 2 % Skonto

Kontoinhaber: \_\_\_\_\_  
Geldinstitut: \_\_\_\_\_ Ort: \_\_\_\_\_  
IBAN \_\_\_\_\_  
BIC \_\_\_\_\_  
Datum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_



Eine Buchung beinhaltet die Veröffentlichung im dbb magazin sowie in den Teilausgaben Aktiv im Ruhestand, BDZ magazin, BTB magazin, DSTG MAGAZIN, GDL Magazin VORAUS, komba magazin, Profil, Polizeispiegel, Strassenwärter, vbb magazin und VBOB Magazin.

### Ausgaben

(bitte ankreuzen)

- Januar/Februar
- März
- April
- Mai
- Juni
- Juli/August
- September
- Oktober
- November
- Dezember

### Rabatte

- 3 x 3 %
- 5 x 5 %
- 10 x 10 %

Nancy Faeser, Bundesministerin des Innern und für Heimat

## Die Entwicklung einer Dacharbeitgebermarke Bundesverwaltung ist ein wichtiger Schritt



**D**er öffentliche Dienst soll stark sein und attraktiver werden, damit die Modernisierung des Staates gelingt. So steht es im Koalitionsvertrag. Was bedeutet das für Sie konkret?

Wir wollen unser Land moderner und digitaler machen. Das geht nur mit einem starken öffentlichen Dienst. Da gibt es viel zu tun: von besseren Arbeitsbedingungen über modernere Ausstattung bis hin zu mehr Respekt und Wertschätzung. Der öffentliche Dienst hält unser Land am Laufen, gerade jetzt in der schweren Zeit der Pandemie. Viele Beschäftigte wachsen täglich über sich hinaus! Es ist eine große Motivation, für unser aller Wohl zu arbeiten. Ich freue mich sehr über die Ergebnisse des gerade veröffentlichten „Bleibebarmeters öffentlicher Dienst“. Eine große Mehrheit der Beschäftigten empfindet die eigene Arbeit als wichtig und abwechslungsreich. Die Digitalisierung bietet zudem die Chance für flachere Hierarchien und bessere Vernetzung auf allen Ebenen der Verwaltung. Hierzu gehören agile Projektteams und Innovationseinheiten. Das macht den öffentlichen Dienst gerade für junge Kolleginnen und Kollegen, die sich schnell weiterentwickeln wollen, attraktiver.

**Zwei Aspekte der Personalstruktur im Staatsdienst standen zuletzt im Fokus: Die Überalterung (fast 1,3 Millionen Beschäftigte sind über 55 und werden absehbar altersbedingt ausscheiden) und die Diversität. Wie wollen Sie diese Themen angehen?**

Wir wollen den öffentlichen Dienst vielfältiger machen. Wir wollen zum Beispiel auch jungen Menschen mit Migrationsgeschichte zeigen, dass ihr Land sie will und braucht. Wir wollen allen zeigen, dass Karriere bei uns unabhängig von Geschlecht und Herkunft ist. Das bringen wir zum Beispiel mit

**Wir wollen den öffentlichen Dienst vielfältiger machen. Wir wollen zum Beispiel auch jungen Menschen mit Migrationsgeschichte zeigen, dass ihr Land sie will und braucht. Wir wollen allen zeigen, dass Karriere bei uns unabhängig von Geschlecht und Herkunft ist.**

dem „Netzwerk Diversität“ von Bund, Ländern und Kommunen voran. Die öffentliche Verwaltung steht vor der Aufgabe, die stark ansteigenden Altersabgänge auszugleichen. Wir brauchen schnellere Einstellungsverfahren und müssen Talente gezielt ansprechen. Wir müssen im Wettbewerb mit der Wirtschaft den öffentlichen Dienst als Arbeitgeber attraktiver machen. Die Entwicklung einer Dacharbeitgebermarke Bundesverwaltung ist dafür ein wichtiger Schritt.

**Stichwort „Modernisierung“: Ihr Ministerium bleibt zuständig für die Digitalisierung der Verwaltung. Welche Prioritäten wollen Sie dabei setzen?**

Die Modernisierung des Staates und digitale Innovationen haben wir im Koalitionsvertrag bewusst an den Anfang gesetzt. Als Bundesinnenministerium wollen wir Vorbild und Antreiber für den digitalen Staat sein. Das bedeutet vor allem, dass Behörden von Bund, Ländern und Kommunen enger und schneller zusammenarbeiten müssen. Mit dem Onlinezugangsgesetz, sicheren digitalen Identitäten auch auf dem Smartphone und der Modernisierung der Registerlandschaft stemmen wir hier große Reformvorhaben. Klar ist aber auch: Digitaler Aufbruch ist ohne mehr und bessere Aus- und Fortbildung in der Verwaltung nicht zu denken. Beides muss aus einer Hand kommen, zum Beispiel an unserer Digitalakademie.

**Das Beamtentum war und ist eine tragende Säule der Bundesrepublik. Das Dienstrecht ist jedoch durch die Föderalismusreform 2006 in 17 verschiedene Rechtskreise (Bund und Länder) aufgeteilt, was zu einer enormen Gesetzesflut, Intransparenz und Verwaltungsintensität geführt hat. Wie beurteilen Sie diese Neuordnung heute?**

Bis zur Föderalismusreform I im Jahr 2006 hatten die Länder nur sehr eingeschränkte Entscheidungsmöglichkeiten bei der Besoldung ihrer Beamtinnen und Beamten. Die Länder sind seitdem in ihrer Organisations-, Personal- und Finanzhoheit gestärkt. Die für diese Verfassungsreform maßgeblichen Gründe gelten nach wie vor. Einer stärkeren Auseinanderentwicklung der Besoldung und Versorgung im Bund und in den Ländern sind durch das grundlegende Alimentationsprinzip Grenzen gesetzt.

Die Besoldung der Beamtinnen und Beamten muss angepasst werden, nachdem das Bundesverfassungsgericht wiederholt festgestellt hat, dass die Grundbesoldung und die Besoldung für kinderreiche Beamtenfamilien seit Jahren wesentlich zu niedrig sind. Außerdem gibt es bei den Bundesbeamtinnen

**und -beamten mit der Arbeitszeitanpassung noch ein echtes Dauerbrennerthema. Wann und wie wollen Sie diesen Punkt angehen?**

Bei der Beamtenbesoldung betreffen die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts erstmals auch den Bund. Auf der Grundlage der gerichtlichen Vorgaben werden wir für die Besoldungs- und Versorgungsberechtigten eine zielorientierte und sachgerechte Lösung finden. Auf der Prioritätenliste ist das Vorhaben ganz oben angesiedelt. Darüber hinaus ist es mir wichtig, die Beschäftigungsbedingungen zu verbessern. Wir wollen, dass mehr Stellen zu spürbarer Entlastung führen. Zu guten Arbeitszeitbedingungen gehören aber auch Flexibilität und eine gute Vereinbarkeit von Job, Kindern und Pflege älterer Angehöriger. Die müssen wir auch weiter stärken.

**Im letzten Jahr hat die alte Bundesregierung eine größere Novelle des Bundespersonalvertretungsgesetzes verabschiedet. Doch bereits da war breiter Konsens, dass einige Baustellen geblieben sind – gerade mit Blick auf die digitalisierte Arbeitswelt. Auf den nächsten Reformschritt müssen die Beschäftigten nicht wieder fast 50 Jahre warten, oder?**

Der Bundestag hat die Novelle nach einer langen Debatte verabschiedet, die von der vorherigen Bundesregierung durch einen Kommunikationsprozess – auch mit dem dbb – über mehrere Jahre vorbereitet wurde. So ist am Ende ein Paket entstanden, das vieles verbessert. Derzeit bereiten wir eine komplette Neufassung der praxisrelevanten Rundschreiben zum Personalvertretungsrecht vor. Und die im Koalitionsvertrag angesprochenen Online-Betriebsratswahlen sind auch für die Personalratswahlen ein spannendes Digitalisierungskonzept. ■

**Als Bundesinnenministerium wollen wir Vorbild und Antreiber für den digitalen Staat sein. Das bedeutet vor allem, dass Behörden von Bund, Ländern und Kommunen enger und schneller zusammenarbeiten müssen.**



# HAWESKO

Hanseatisches Wein und Sekt Kontor

»Bester Erzeuger Italien«  
LUCA MARONI  
2020

## Sangiovese vom besten Weingut Italiens!

SIE SPAREN  
**44%**



### 2021 GRAN SASSO SANGIOVESE WEINPAKET

TERRE DI CHIETI IGT, 8 FLASCHEN UND 2 WEINGLÄSER»PURE«

Der Gran Sasso ist ein reinsortiger Sangiovese und entstammt der ursprünglichen Gebirgsregion Abruzzen. Sein Duft nach fruchtiger Kirsche und zarten Frühlingsblüten ist sortentypisch. Am Gaumen überraschen die geschmeidigen Tannine und der Nachhall ist angenehm harmonisch. Ein erstklassiger Wein aus einer Region, von der wir in den nächsten Jahren noch viel Spannendes hören werden. Für Italien-Entdecker!

EINZELPREIS PRO FLASCHE € 6,99 (1L € 9,32)

8 Flaschen + 2 Weingläser statt € ~~70,82~~ nur €

# 39<sup>90</sup>

**JETZT VERSANDKOSTENFREI BESTELLEN: [hawesko.de/dbb](https://hawesko.de/dbb)**



**JAHREZHNTELANGE ERFAHRUNG** Über 55 Jahre Erfahrung im Versand und Leidenschaft für Wein bündeln sich zu einzigartiger Kompetenz.



**GARANTIERTE QUALITÄT** Wir stellen hohe Qualitätsanforderungen an unsere Weine – von der Entscheidung beim Winzer bis zur fachgerechten Lagerung.



**BESTER ONLINE WEINFACHHÄNDLER 2021** Ausgezeichnet von der Frankfurt International Trophy, Wine, Beer & Spirits Competition

Zusammen mit 8 Fl. im Vorteilspaket erhalten Sie 2 Gläser der Serie PURE von Zwiesel Glas, gefertigt aus TRITAN® Kristallglas, im Wert von € 14,90. Telefonische Bestellung unter 04122 50 44 55 mit Angabe der **Vorteilsnummer 1095582**

Versandkostenfrei innerhalb Deutschlands. Max. 3 Pakete pro Kunde und nur solange der Vorrat reicht. Es handelt sich um Flaschen von 0,75 Liter Inhalt. Alkoholische Getränke werden nur an Personen ab dem vollendeten 18. Lebensjahr geliefert. Informationen zu Lieferbedingungen und Datenschutz finden Sie unter [www.hawesko.de/service/lieferkonditionen](https://www.hawesko.de/service/lieferkonditionen) und [www.hawesko.de/datenschutz](https://www.hawesko.de/datenschutz). Ihr Hanseatisches Wein- und Sekt-Kontor Hawesko GmbH, Geschäftsführer: Gerd Stemmann, Alex Kim, Anschrift: Friesenweg 4, 22763 Hamburg, Handelsregistereintrag: HRB 99024 Amtsgericht Hamburg, USt-Identifikationsnr: DE 25 00 25 694.